



Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik (NLS)

Redaktion: Prof. Lothar Eichhorn
E-mail: lothar.eichhorn@nls.niedersachsen.de

Autoren: Prof. Lothar Eichhorn, Dr. Dirk Soyka

Zu beziehen durch: NLS - Schriftenvertrieb -
Postfach 910764, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. (05 11) 98 98 - 31 66, Fax - 41 33
E-Mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de
Internet: www.nls.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €

Erschienen im November 2007

ISSN 1432-5756

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2007. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Erwerbstätigkeit.....	12
Wirtschaft und Einkommen.....	14
Innovation	20
Humanpotenzial	25
Finanzen	26
Soziale Probleme, Sicherheit.....	29
Fazit.....	33

Tabellenteil

Bevölkerung.....	36
Erwerbstätigkeit.....	38
Wirtschaft und Einkommen.....	40
Innovation	45
Humanpotenzial	47
Finanzen	48
Soziale Probleme, Sicherheit.....	50

Textteil II

Verflechtungen zwischen China und Niedersachsen	54
---	----

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* erscheint mit dieser Ausgabe zum zehnten Mal. Seit 1998 legt das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) diese Publikation immer im Herbst vor. Der *Monitor* bezweckt eine umfassende und objektive Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Ländervergleich (Teil 1) sowie durch die vertiefte Darstellung eines jeweils aktuellen Schwerpunktthemas (Teil 2). Das diesjährige Schwerpunktthema befasst sich mit den Beziehungen Niedersachsens zu China, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Monitoring verfolgt das Ziel, durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und -zuständen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen zu begleiten und zu fundieren. Im Mittelpunkt steht dabei die systematische Informationsbereitstellung durch die Dokumentation von Veränderungen und Entwicklungsmustern. In diesem Sinne stellt der erste Teil des *Monitors* kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands insgesamt dar. Mittels hochverdichteter Indikatoren werden ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demographie, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen sowie soziale Probleme, Sicherheit. Im Laufe der Jahre wurde das Tabellenprogramm mehrfach von anfangs 35 auf 48 erweitert. Das Kapitel „Soziale Problemlagen, Sicherheit“ wurde im vergangenen Jahr komplett umgestaltet, da aufgrund der Arbeitsmarktreformen, vor allem der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) eine völlig neue Datenlage entstand.

Der *Ländervergleich* basiert auf einer Sammlung von 48 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich kommentiert werden. Alle Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundes-trend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10 Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als Westdeutschland,

die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als Ostdeutschland zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2006, die älteren Vergleichsdaten stammen somit meist aus 2005 bzw. 2001. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2006 gab. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2007 bzw. 2002 und 2006 zum Vergleich.

Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen. Zumeist sind dies amtliche Veröffentlichungen, die überwiegend im Internet zu finden sind. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. In manchen Fällen, so z.B. bei Tabellen, die auf monatlichen Konjunkturerhebungen beruhen, kann es kleine Abweichungen zwischen den hier publizierten Angaben und denen einzelner Statistischer Ämter für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich geben.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind oft für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Sie müssen standardisiert werden, um triviale Aussagen, wie z.B. dass es im großen Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslosenquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen.

Bei der Erstellung der Ausgabe 2007 des *Monitors* trat ein gewichtiges Datenproblem auf: Der Mikrozensus, die große repräsentative Bevölkerungsstichprobe mit einem Auswahlsatz von 1 %, konnte bis Redaktionsschluss (Mitte Oktober) noch keine bundesweiten Länderdaten über Erwerbstätige, erwerbstätige Frauen und über Alleinerziehende liefern. Der Mikrozensus wird seit Januar 2005 nicht mehr als Stichprobe für einen einzigen Monat im Frühjahr durchgeführt, sondern als ganzjährige Stichprobe in jedem Monat des Jahres. Seit 2005 sind daher alle Ergebnisse des Mikrozensus Jahresdurchschnitte aus 12 Monatswerten, die naturgemäß erst berechnet werden können, wenn auch der Dezemberwert komplett vorliegt. Daraus ergeben sich bedauerliche Verzögerungen; das

Statistische Bundesamt plant eine erste Veröffentlichung erst Ende November. Es konnten daher im Ergebnis drei Tabellen des *Monitors* leider nicht aktualisiert werden. Im-

merhin standen wenigstens die Daten über Niedersachsen zur Verfügung, so dass zumindest die Entwicklung des Landes im Zeitvergleich dargestellt werden konnte.



Bevölkerung

2006 abermals leichter Bevölkerungsrückgang – alle Stadtstaaten mit Gewinnen

Am 31.12.2004 hatte die Einwohnerzahl Niedersachsens mit 8 000 909 erstmals zum Jahresende die 8-Millionen-Grenze erreicht. Seitdem ist sie in etwa auf das Niveau von 2002 gesunken. Ende 2006 lebten in Niedersachsen noch 7 982 685 Menschen. Die Bevölkerung Niedersachsens und auch Deutschlands war im Jahr 2006 um - 0,1 % leicht rückläufig (Tab. 1). Verglichen mit dem Jahr 2001 ergibt sich für das Land aber immer noch ein leichter Zuwachs von + 0,3 %. Die Trendwende des demographischen Wandels zum allmählichen Bevölkerungsrückgang ist also bereits erreicht – der „Peak“ Ende 2004 markiert den Umschwung. Die Gründe dafür liegen in einem wachsenden Geburtendefizit bei gleichzeitig schwindenden Wanderungsgewinnen.

Nennenswerte Bevölkerungsgewinne konnten im Jahr 2006 nur noch die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie Bayern erzielen. Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein konnten mit minimalen Zuwächsen (+ 0,0 %) immerhin eine „schwarze Null“ erzielen. In 10 von 16 Ländern, darunter allen ostdeutschen Flächenländern, sank die Einwohnerzahl. Die größte Abnahmerate musste mit - 1,1 % einmal mehr Sachsen-Anhalt hinnehmen, die größten Gewinne konnte das derzeit kräftig wachsende Hamburg mit + 0,6 % erzielen. Insgesamt verlor Ostdeutschland im kurzfristigen Vergleich - 0,5 % seiner Einwohner, während in Westdeutschland der Stand knapp gehalten wurde. Bemerkenswert ist der Bevölkerungsgewinn der Stadtstaaten, der auf Zuwanderungen zurückgeht. Der Trend zum Bevölkerungsverlust der Großstädte durch Abwanderung ist zunächst gestoppt – das gilt übrigens auch für Niedersachsens größte Städte Hannover und Braunschweig, die beide im Jahr 2006 durch Zuwanderung wuchsen.

Sehr starker Geburtenrückgang – historischer Tiefstand bei den Geburten

Der Bevölkerungsverlust des Jahres 2006 von gut 11 000 Menschen geht auf ein Geburtendefizit von - 16 794 Personen (Tab. 3) zurück. Ein Geburtendefizit in dieser Höhe wurde in Niedersachsen noch nie zuvor beobachtet. Die Zahl der Lebensgeborenen lag in Niedersachsen im vergangenen Jahr nur noch bei 65 327 (Tab. 2). Das ist der niedrigste Wert seit Bestehen des Landes. Die Geburtenhäufigkeit lag 2006 in Niedersachsen bei 8,2 Geborenen je 1 000 Einwohner. Dieser Wert ist im Bundesvergleich nur noch durchschnittlich (Deutschland: 8,2) und liegt unter dem Wert der westlichen Länder von 8,3. Im mittelfristigen Vergleich von 2006 zu 2001 ist der Geburten-

rückgang in Niedersachsen mit - 13,2 % der bundesweit höchste.

Nach wie vor liegt die Geburtenhäufigkeit in Ostdeutschland mit einem Wert von 7,5 deutlich unter dem westdeutschen Wert, wenngleich sich die Werte der beiden Teilgebiete annähern: Im Westen sinken die Geburtenzahlen, im Osten nehmen sie leicht zu. Die höchsten Geburtenraten gibt es verblüffenderweise in den Stadtstaaten Hamburg (9,2) und Berlin (8,7), am niedrigsten sind sie in Sachsen-Anhalt und dem Saarland (6,9). Die relativ hohen Werte der Stadtstaaten sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass aus beruflichen Gründen relativ viele junge Frauen in diese Städte gezogen sind, die – nachdem sie sich beruflich einigermaßen etabliert haben – jetzt an die Familiengründung gehen.

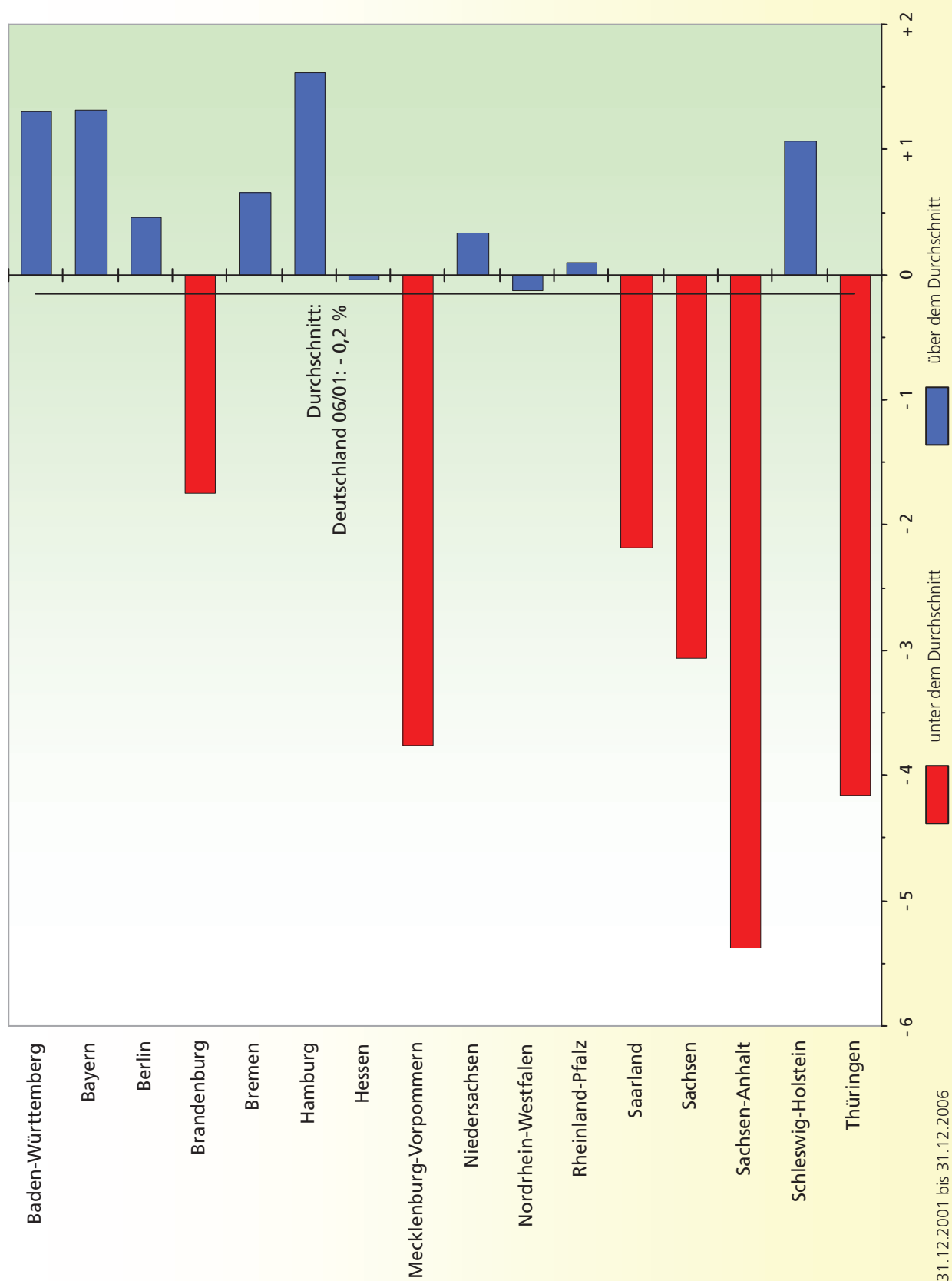
Wanderungssaldo auf + 5 474 geschrumpft – Ostdeutschland verliert weiter Menschen

Der Wanderungsgewinn Niedersachsens sank von + 9 266 im Jahr 2005 auf nur noch + 5 474 (Tab. 4) und konnte damit den Sterbeüberschuss nicht kompensieren. Pro 1 000 Einwohner gerechnet lag der Wanderungsgewinn damit bei 0,7. Dieser Wert ist im Bundesvergleich trotz des Rückganges immer noch relativ hoch bzw. im Mittelfeld der westdeutschen Flächenländer: bundesweit lag er bei 0,3, wobei es nach wie vor in Ost und West unterschiedliche Trends gibt: In den westdeutschen Ländern lag der Wanderungssaldo bei 1,0, in Ostdeutschland bei - 2,4. Ostdeutschland hat alles in allem im letzten Jahr 39 778 Menschen durch Abwanderung verloren, Westdeutschland hat 62 570 Einwohner durch Zuwanderung gewonnen. Es ist bemerkenswert, dass alle drei Stadtstaaten 2006 Wanderungsgewinne aufweisen konnten; dieser Trend in die Städte lässt sich wie gesagt auch in Niedersachsens Großstädten Hannover und Braunschweig feststellen.

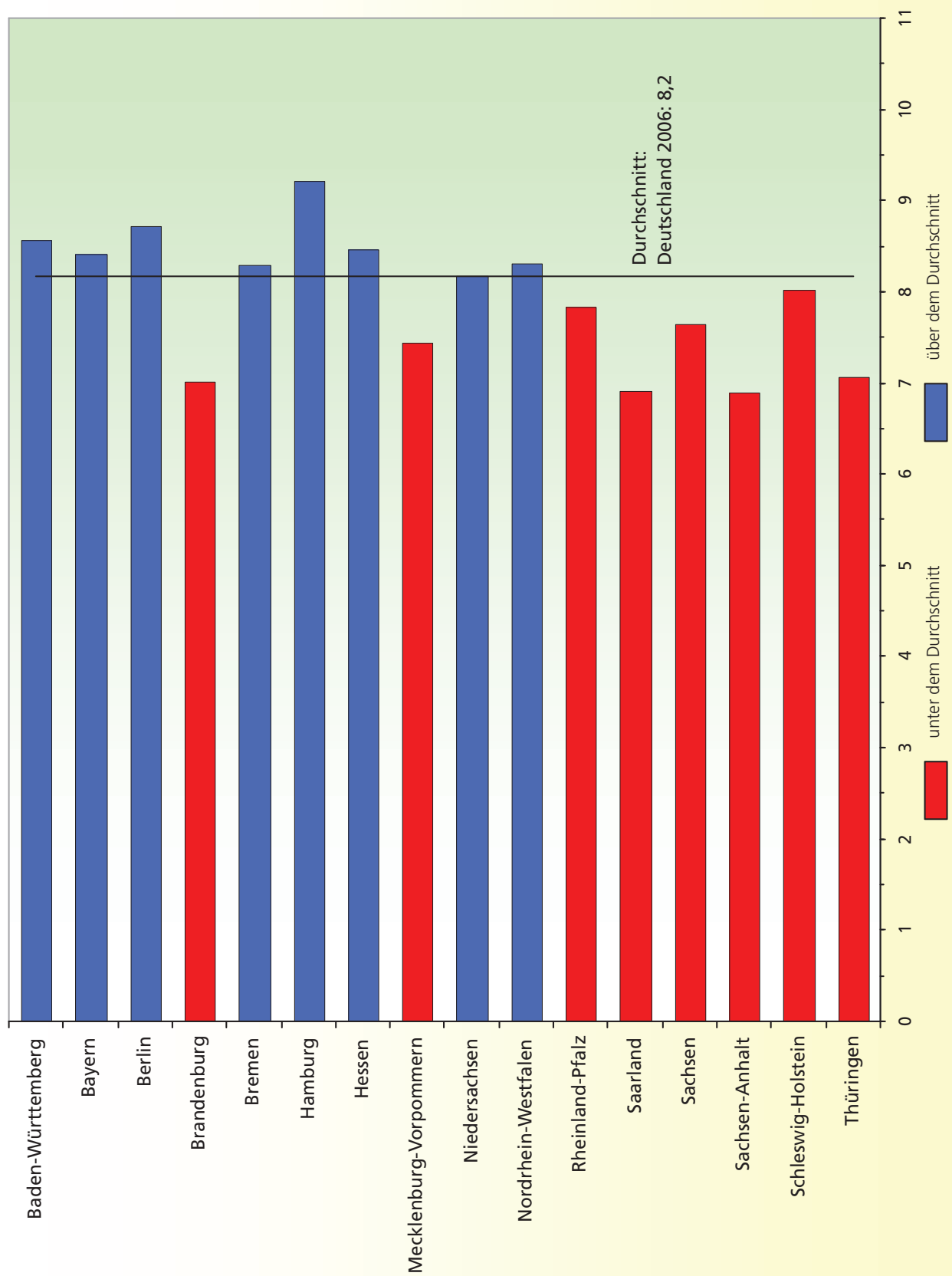
Erstmals seit 1945 weniger als 40 000 Eheschließungen – Nord-Süd-Gefälle wird sichtbar

Im Jahr 2006 wurden in Niedersachsen 39 091 Ehen geschlossen (Tab. 5). Dies ist der niedrigste Wert seit 1946, also seit Bestehen des Landes Niedersachsen. Ein geringerer Wert wurde letztmalig im Kriegsjahr 1945 mit seinerzeit 37 472 beobachtet. Im Bundesvergleich ist die Eheschließungshäufigkeit Niedersachsens mit 48,9 Eheschließungen je 10 000 Einwohner zwar immer noch überdurchschnittlich (Deutschland: 45,4, Westdeutschland 46,5, Ostdeutschland 41,1), aber in Niedersachsen geht die Zahl der Eheschließungen relativ schnell zurück – mit - 6,4 %

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2001 bis 2006



Lebendgeborene je 1 000 Einwohner 2006



im mittelfristigen Vergleich jedenfalls schneller als bundesweit (- 4,1 %). Im Ländervergleich zeigt sich, dass das West-Ost-Gefälle bei den Eheschließungen allmählich abnimmt – dafür nimmt ein Nord-Süd-Gefälle Kontur an: Die drei Küstenländer Schleswig-Holstein (57,4), Mecklenburg-Vorpommern (55,5) und Niedersachsen (48,9) liegen bundesweit klar an der Spitze.

Auch die Zahl der Ehescheidungen sinkt

In etwa parallel zur Entwicklung der Zahl der Eheschließungen verläuft die Entwicklung der Ehescheidungen (Tab. 6) und der auf je 10 000 Einwohner berechneten Scheidungshäufigkeit. Im Jahr 2006 gab es in Niedersachsen 19 058 Scheidungen. Das bedeutete einen Rückgang von - 5,5 % gegenüber 2005. Auch bundesweit war ein Rückgang von - 5,5 % zu verzeichnen; dieser fiel im Osten mit - 9,0 % wesentlich deutlicher als im Westen (- 4,7 %) aus.

Die Ehescheidungshäufigkeit lag in Niedersachsen 2006 bei 23,8 und damit exakt im Schnitt der westlichen Länder und leicht über dem nationalen Durchschnitt von 23,1. In Ostdeutschland liegt sie mit 20,7 klar niedriger. Dieser Indikator weist deutlich regionale Unterschiede auf:

Er liegt in Hamburg bei 26,2 und in Schleswig-Holstein sogar bei 26,6. Die niedrigsten Werte gibt es nicht etwa in den überwiegend katholisch geprägten Ländern, sondern in Sachsen (18,2) und Mecklenburg-Vorpommern (18,9).

Die Zahl der Scheidungen und auch die Scheidungshäufigkeit nahmen lange Zeit fast kontinuierlich zu. Bundesweit und auch in Niedersachsen sinken aber die Zahlen seit dem Höchststand 2003. Ein Teil der Erklärung dafür ist so platt wie wahr: Ehen, die gar nicht erst geschlossen werden, kann man auch nicht scheiden – die neuerdings rückläufige Entwicklung der Ehescheidungen ist also auch eine Folge sinkender Eheschließungszahlen. Dies erklärt aber nicht alles, denn die Scheidungen gehen seit dem Höchststand 2003 deutlich schneller als die Eheschließungen zurück. Wahrscheinlich spielt auch eine Rolle, dass sich viele Menschen in tendenziell eher unsicheren Zeiten stärker als zuvor auf das feste Fundament einer langjährigen Partnerschaft stützen wollen. Dafür sprechen u.a. die relativ niedrigen Scheidungshäufigkeiten in Ostdeutschland und die deutlich höheren im Westen. Die Kosten und das langfristige Risiko einer Trennung sind leichter zu tragen bei einigermaßen sicheren sonstigen Zukunftsaussichten.



Erwerbstätigkeit

Zahl der Erwerbstätigen steigt um + 2,1 %

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 3 473 000 Niedersachsen erwerbstätig. Dies ermittelte der Mikrozensus für die in Niedersachsen wohnhafte Bevölkerung; entsprechende Daten für Deutschland und die anderen Länder lagen noch nicht vor; die Tabellen 7 und 8 konnten daher nicht aktualisiert werden. Gegenüber dem Jahr 2005 bedeutete dies einen Zuwachs um + 2,1 %, gegenüber 2001 ein Plus von + 1,4 %. Noch etwas günstiger verlief die Entwicklung bei den weiblichen Erwerbstätigen, deren Zahl von 1 506 000 (2005) auf 1 547 000 im Jahr 2006 stieg. Das bedeutet ein Plus von 41 000 Frauen bzw. + 2,7 % im Vorjahresvergleich. Gegenüber dem Jahr 2001 gab es sogar einen Zuwachs von + 4,4 %.

Der Zuwachs resultiert aus Gewinnen bei den abhängig Beschäftigten; die Zahl der Selbstständigen ging binnen Jahresfrist leicht von 368 000 auf 365 000 im Jahr 2006 zurück. Die Selbstständigenquote, also der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen, sank damit von 10,8 auf 10,5 %.

Trendwende: Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze 2006 um 0,7 % gestiegen

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit *Arbeitsort* in Niedersachsen ist 2006 nach jahrelangem Rückgang endlich wieder gestiegen (Tab. 9). Am 30.6. 2006 waren in Niedersachsen 2,32 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig, das waren zwar - 4,1 % weniger als 2001, aber 0,7 % mehr als 2005. Mit der kurzfristigen Zuwachsrate von + 0,7 % liegt Niedersachsen exakt im Bundestrend (+ 0,7 %) und etwas besser als der Durchschnitt der westdeutschen Länder (+ 0,6 %). In Ostdeutschland konnte – nach erheblichen mittelfristigen Einbußen – eine Zuwachsrate von + 0,9 % erreicht werden.

Im mittelfristigen Vergleich zu 2001 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Niedersachsen zwar um - 4,1 % zurück – diese Abnahmerate ist aber vergleichsweise moderat, denn bundesweit betrug der Rückgang sogar - 5,3 %. Nur in drei Ländern konnten mittelfristig bessere Resultate erreicht werden; Rückgänge gab es aber mehr oder weniger stark überall.

Zu der Zunahme des Jahres 2006 haben einmal mehr vor allem die Teilzeitarbeitsplätze beigetragen. Deren Zahl stieg in Niedersachsen von 424 000 auf 436 000. 18,8 % aller Beschäftigten in Niedersachsen sind in Teilzeit tätig.

2005 lag diese Quote erst bei 18,4 %, bundesweit lag sie 2006 bei 17,2 %.

Abermals kräftiger Abbau der Arbeitslosigkeit

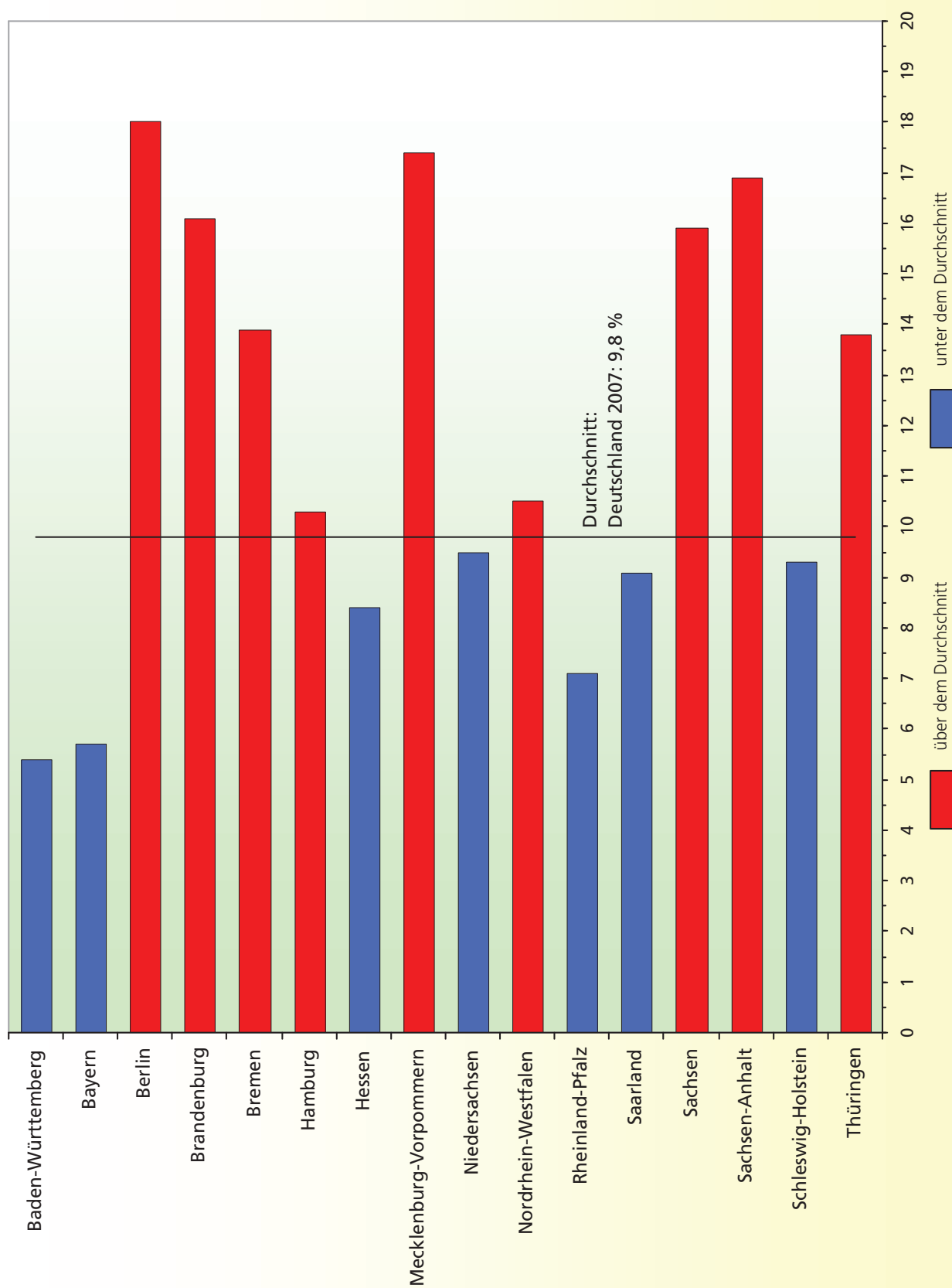
Im Juni 2007 waren in Niedersachsen 339 140 Menschen ohne Arbeit (Tab. 10); das entsprach einer Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten von 9,5 %. Ein Jahr zuvor lag die Quote noch bei 11,4 %. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich binnen Jahresfrist um 66 699 bzw. - 16,4 %, was vor allem auf die günstige Konjunktur zurückzuführen ist.

Die Arbeitsmarktdaten für Niedersachsen liegen im nationalen Trend. Die Arbeitslosenquote lag bundesweit mit 9,8 % etwas höher als in Niedersachsen, was an den Werten der ostdeutschen Länder liegt – deren Arbeitslosenquoten liegen – wenngleich sie auch hier deutlich zurückgingen – erheblich höher als im Westen. Die geringste Arbeitslosigkeit gab es in Baden-Württemberg (5,4 %) und Bayern (5,7 %), die höchsten Werte in Berlin (18,0 %) und Sachsen-Anhalt (16,9 %). Auch wenn man das Tempo des Rückgangs der Arbeitslosigkeit vergleicht, liegt Niedersachsen mit seiner Abnahmerate von - 16,4 % etwa im Bundestrend (- 16,1 %) und dem Westdeutschlands (- 18,1 %).

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes gestaltete sich dabei für die Männer etwas günstiger als für die Frauen (Tab. 12). Auch bei den Frauen ging die Arbeitslosigkeit kräftig zurück auf eine Quote von 10,0 % in Niedersachsen und 10,2 % bundesweit. Diese 10 % sind aber deutlich mehr als die Gesamtquote für beide Geschlechter von 9,5 %. Fünf Jahre zuvor war die Lage noch genau umgekehrt – seinerzeit lagen die Arbeitslosenquote der Frauen bei 9,4 % und die Gesamtquote deutlich höher bei 10,0 %. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass der aktuelle Konjunkturaufschwung besonders stark bei den produzierenden Sektoren, z.B. dem Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe, ausfällt – also bei klassischen Männerdomänen.

Erfreulich sind auch die Entwicklungen, die man den Daten über die Jugendarbeitslosigkeit (Tab. 11) entnehmen kann. Zwar gab es am 30.6.2007 immer noch 34 435 arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahre, aber die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag nur noch bei 8 % (Deutschland: 7,7 %) und damit deutlich niedriger als im Jahresdurchschnitt 2006 (11,6 %) bzw. Ende Juni 2006. Damals lag die Arbeitslosenquote der Jugendlichen bei 12,3 % – sie ist also um mehr als ein Drittel gesunken.

Arbeitslosenquote am 30.6.2007



Wirtschaft und Einkommen

Niedersachsens Wirtschaft wächst im Gleichtakt mit dem Bundesdurchschnitt – seit fünf Jahren steigt das Wachstumstempo an

Im Jahr 2006 erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Niedersachsens einen Wert von 197,1 Mrd. Euro. Das Land erwirtschaftete damit 8,5 % des BIP von ganz Deutschland. Das reale Wirtschaftswachstum lag nach 2006 bei + 2,6 % und damit nahe am Bundesdurchschnitt von + 2,7 %. Das Wachstumstempo hat sich somit in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich erhöht. Die Wachstumsraten für Niedersachsen entwickelten sich wie folgt:

2002: - 0,7 %
2003: + 0,4 %
2004: + 0,9 %
2005: + 1,8 %
2006: + 2,6 %

Die Wachstumsraten der Bundesländer lagen 2006 eng beieinander. Mit + 4,0 % wies Sachsen die höchste Steigerungsrate auf, die niedrigste gab es mit + 1,6 % im Saarland. Sachsen hat mit + 10,0 % auch im mittelfristigen Fünfjahresvergleich die Nase vorn. Zwischen Ost- und Westdeutschland sowie Nord- und Süddeutschland gab es keine Unterschiede im Wachstumstempo.

An dieser Stelle ist zum Verständnis der Tabellen, die aus dem Rechensystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stammen, eine methodische Anmerkung erforderlich: Die VGR stellt keine langfristigen preisbereinigten Daten über das BIP und die Bruttowertschöpfung (Tab. 13, 15, 16 und 17) mehr zur Verfügung, sondern nur noch Nachweisungen „in jeweiligen Preisen“. Die Rohdaten und die Beziehungszahlen (z.B. BIP pro Erwerbstätigen und Anteil an Deutschland) basieren auf diesen Daten. Bei den Veränderungsdaten zum Vorjahr und zum Jahr 2001 aber wurde die Wirkung der reinen Preisbewegung eliminiert, um die reale wirtschaftliche Veränderung preisbereinigt abzubilden.

Zahl der Arbeitsplätze steigt – nur geringe Unterschiede zwischen den Bundesländern

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Niedersachsen (Tab. 14) stieg von 2005 und 2006 um 0,6 % auf 3 555 700. Leichte Arbeitsplatzgewinne in ähnlicher Höhe traten in allen Bundesländern auf. Die Zuwachsraten streuten – ähnlich wie beim BIP-Wachstum – nur leicht um den Bundesdurchschnitt von + 0,7 % und reichten von + 0,1 % in Thüringen bis + 1,6 % in Berlin.

Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 13 und 14 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ ver-

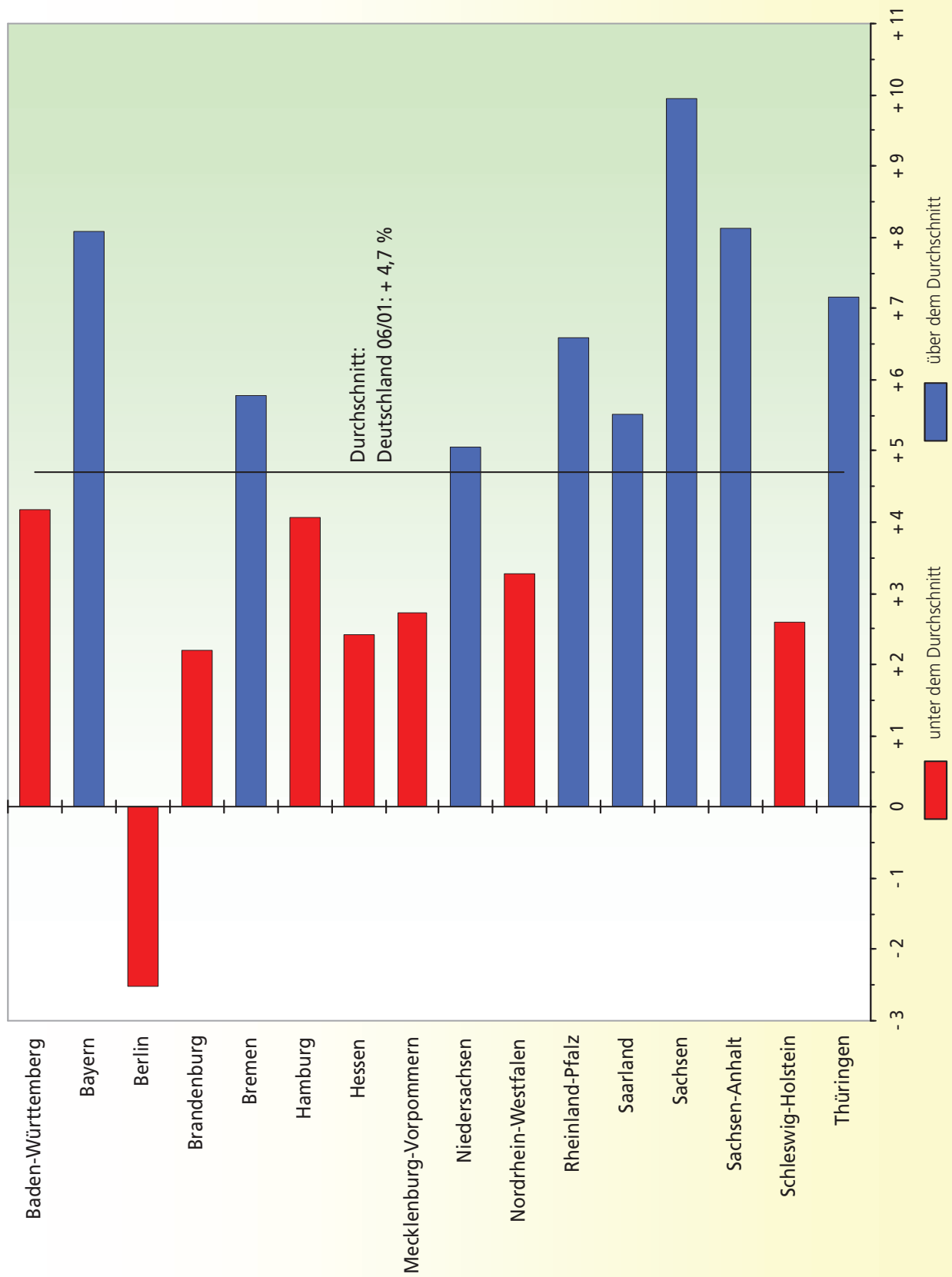
wendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 7 und 8 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Die „Erwerbstätigen“ der Tabellen 7 und 8 werden am Wohnort gezählt; diese Daten stammen aus der großen Haushalts- und Bevölkerungsstichprobe Mikrozensus. Es sind letztlich bevölkerungsstatistische Daten, die sich für 2005 erstmals auf einen Jahresdurchschnitt beziehen; bis dahin bezogen sie sich immer stichtagsbezogen auf die Situation eines Monats des Frühjahrs. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 13 und 14 auf die Erwerbstätigen am Arbeitsort; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2005 wieder und stammen aus der Erwerbstätigenrechnung. Dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, mit denen es konzeptionell eng verwandt ist, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in seiner sektoralen und regionalen Verteilung zu erstellen. Es sind somit im eigentlichen Sinne wirtschafts-, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Erhebung sachadäquat. Will man wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, greift man zu den Mikrozensusdaten. Will man wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nimmt man die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich, der von den zufälligen Schwankungen des Vorjahresvergleichs weniger betroffen ist, ergibt sich ein leicht modifiziertes Bild. Bundesweit trat in den fünf Jahren von 2001 bis 2006 ein Arbeitsplatzverlust von - 0,5 % auf, der den Osten (- 2,5 %) deutlich stärker traf als den Westen (- 0,1 %). Erst im letzten Jahr, also 2006, trat überall die Wende zum Positiven ein. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich konnten nur fünf Länder Gewinne verbuchen, darunter auch Niedersachsen mit + 0,5 %. Das war der drittbeste Wert nach Rheinland-Pfalz (+ 1,3 %) und Hamburg (+ 0,6 %).

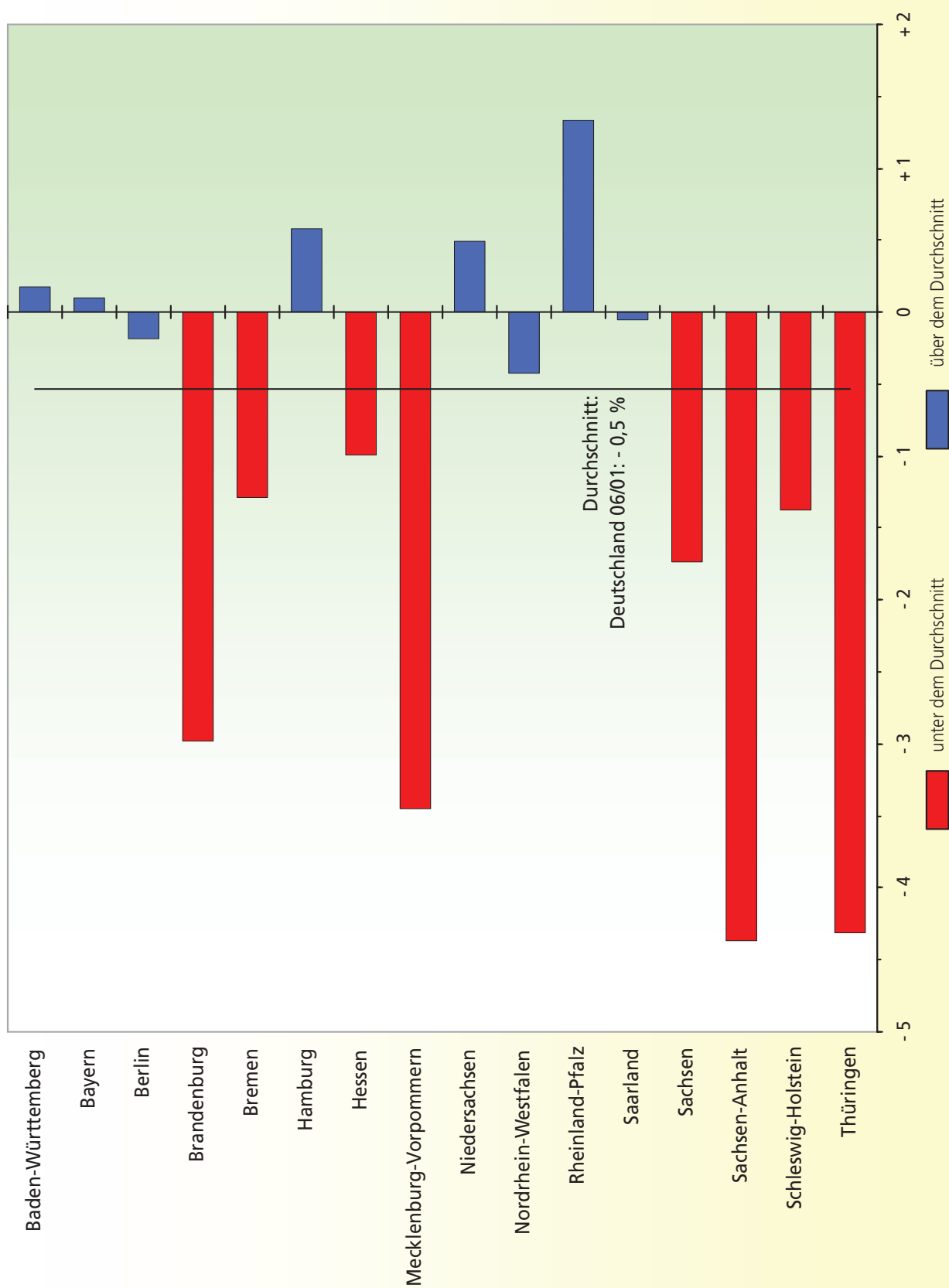
Hochproduktive Landwirtschaft als Standbein der Wirtschaftsentwicklung

Niedersachsen ist unter anderem durch eine hochproduktive Landwirtschaft gekennzeichnet (Tab. 15). Pro Erwerbstätigen wurden im Jahr 2006 in diesem Sektor 28 450 € erwirtschaftet; dieser Wert liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von 23 663 €. 1,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung (BWS) des Landes entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei. Das ist nur auf den ersten Blick wenig: Bundesweit liegt der Anteil der Landwirtschaft nur bei einem Prozent. Der Anteil dieses Sektors ist in Niedersachsen also fast doppelt so hoch.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2001 bis 2006 in Prozent



Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2001 bis 2006



Niedersachsen hat einen Anteil von 16,5 % an der nationalen BWS der Landwirtschaft und ist damit nach Bayern (20 % Anteil) das Agrarland Nr. 2. Die Leistungen der Landwirtschaft sind Basis für die industrielle Weiterverarbeitung in der Nahrungsindustrie; zunehmend werden auch nachwachsende Rohstoffe für den Energiesektor wichtig. Ein Problem könnte sein, dass die reale – also preisbereinigte – Wirtschaftsleistung der Landwirtschaft in Land und Bund kurz- und mittelfristig rückläufig ist. Um ihre Existenz zu sichern, werden die Landwirte zunehmend auf Energiepflanzen sowie auf „Klasse statt Masse“ setzen, denn die Verbraucher verlangen immer stärker Nahrungsmittel, die naturnah und tierschutzgerecht erzeugt werden, auch wenn solche Lebensmittel eben etwas teurer sind.

Knapp ein Drittel der Wirtschaftsleistung wird im Produzierenden Gewerbe erbracht ...

Das Produzierende Gewerbe – das ist der Oberbegriff für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau, die Energie- und Wasserversorgung und die Bauwirtschaft – erwirtschaftete in Niedersachsen eine BWS von 55,5 Mrd. € (Tab. 16). Das waren 31,2 % der gesamten BWS – der Anteil der produzierenden Sektoren der Volkswirtschaft nimmt langsam aber stetig ab. Die Arbeitsproduktivität – BWS je Erwerbstätigen – lag 2006 bei 63 565 € und damit leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Auch die Wachstumsrate des Landes ist im Vorjahresvergleich mit + 4,8 % durchschnittlich (Deutschland + 5,0, Westdeutschland + 4,7 %). Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich zum Jahr 2001 ist allerdings mit nur + 2,0 % ein unterdurchschnittliches Wachstumstempo des industriellen Sektors des Landes erkennbar. Bundesweit lag der mittelfristige Zuwachs bei + 7,4 %, wobei dieser in Ostdeutschland (+ 12,7 %) erheblich kräftiger als im Westen (+ 6,6 %) ausfiel.

... und zwei Drittel der Wertschöpfung erarbeiten die Dienstleistungen

Gut zwei Drittel der BWS werden von den dienstleistungsbereichen Wirtschaftsbereichen erarbeitet. Bundesweit waren es 2006 schon 69,1 %, in Niedersachsen mit 66,9 % etwas weniger (Tab. 17). Zu diesem Sektor gehören Handel, Gastgewerbe und Verkehr; Banken und Versicherungen; die unternehmensnahen Dienstleistungen mit Einschluss des Immobiliensektors; sowie öffentliche und private Dienstleister, wozu u.a. das Gesundheitswesen und der Staat gehören. Dieser äußerst differenzierte Sektor war in den vergangenen Jahren immer der Bereich, von dem die größten Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ausgingen. Im Jahr 2006 aber überholte das Produzierende Gewerbe den Dienstleistungssektor. Dessen Wertschöpfung stieg

real bundesweit um + 1,8 % und in Niedersachsen mit + 1,7 % nahezu im gleichen Tempo. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich mit dem Jahr 2001 legte das niedersächsische Dienstleistungsgewerbe + 8,2 % zu. Dies lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 5,1 % und war – nach Bayern und Bremen – das drittbeste Länderergebnis.

Pro Erwerbstätigen wurde in Niedersachsen eine BWS von 46 293 € erzielt. Damit liegt die hiesige Arbeitsproduktivität deutlich um - 8,8 % niedriger als die nationale von 50 775 €. Klar höhere Werte erzielen Hamburg, Hessen, Bayern und Bremen, also Länder mit vielen Unternehmens- und Konzernzentralen im Finanz- und Handelssektor.

Pleitetwelle ebbt ab

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen (Tab. 18) erreichte im Jahr 2005 einen neuen Höchststand; 2006 ebte die Pleitewelle endlich ab: Die 2 999 bei Gericht registrierten Firmenzusammenbrüche in Niedersachsen bedeuteten einen Rückgang um - 8,8 % gegenüber 2005. Dieser positive Trend hält an: Im ersten Halbjahr 2007 betrug der Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2006 sogar - 21 %. In allen Ländern bis auf Bayern ging 2006 die Pleitenzahl zurück; die Abnahmerate war bundesweit mit - 17,6 % sogar glatt doppelt so hoch wie in Niedersachsen.

Im Ländervergleich sind Niedersachsens Unternehmen überdurchschnittlich oft vom Insolvenzrisiko betroffen. Je 10 000 bestehende Unternehmen gingen 2006 hierzulande 115 in Konkurs; bundesweit lag diese Beziehungszahl nur bei 100. Von der Insolvenz sind besonders oft junge, meist noch nicht sehr kapitalkräftige Unternehmen betroffen. Daraus resultiert ein klares Ost-West-Gefälle, denn von den oft noch kleinen und jungen ostdeutschen Unternehmen, die zudem ihren Markt meist in einer Bevölkerung mit geringer Kaufkraft suchen müssen, gingen im vergangenen Jahr 133 von 10 000 in Konkurs, in Westdeutschland waren es nur 93. Die Insolvenzquote variierte so zwischen den Extremwerten 57,9 (Baden-Württemberg) und 169,6 (Sachsen-Anhalt).

260 429 kleine und mittlere Unternehmen – aber 0,3 % der Unternehmen erzielen 59 % der Umsätze

Als kleine und mittlere Unternehmen („KMU“) gelten in der EU Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Mio. €. Nach dieser Definition waren im Jahr 2005 99,7 % der Unternehmen mit Sitz in Niedersachsen KMU, nämlich 260 429 von insgesamt 261 203. Allerdings vereinigen die nur 774 Großunternehmen auf sich 59 % der Umsätze (vgl. Tab. 19 und 20). Der Anteil von 41,0 %, der auf die KMU entfällt, ist gegenüber dem Vor-

jahr leicht gestiegen – ein Jahr zuvor waren es nur 40,6 %. Dies ist darum bemerkenswert, weil in allen Jahren zuvor der Umsatzanteil der KMU stetig zurückging: noch 1999 lag ihr Anteil bei 48,2 %, 2001 bei 44,0 %. Ein Grund für den Anteilszuwachs ist der Anstieg der Zahl der KMU in Niedersachsen von 2004 auf 2005 um 7 917 bzw. 3,1 %. Dies wiederum ist eine Folge der Zunahme der Existenzgründungen.

Bundesweit ist der KMU-Umsatzanteil von 41,0 % überdurchschnittlich, vor allem im Vergleich der Westländer. Dieser Anteil lag national bei 39,1 %, und zwar im Osten, wo es wenig Großunternehmen gibt, mit 61,3 % deutlich höher als im Westen (36,9 %). Am niedrigsten ist er mit 19,1 % im von großen Handelskonzernen geprägten Hamburg, am höchsten mit 80,8 % in Thüringen.

Überdurchschnittliche Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe (Tab. 21) als auch im Bauhauptgewerbe (Tab. 22) konnten die niedersächsischen Betriebe im Jahr 2006 Umsatzzuwächse erzielen, die im kurz- wie auch mittelfristigen Ländervergleich überdurchschnittlich waren.

Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Umsatz von 2005 auf 2006 um + 7,8 % (Deutschland: + 6,5 %) und von 2001 bis 2006 um + 21,6 % (Deutschland: + 18,0 %). Die Zuwachsraten Ostdeutschlands waren dabei fast doppelt so hoch wie die des Westens – der Osten Deutschlands hat damit deutlich aufgeholt; die höchsten Zuwächse konnte die Industrie Sachsen-Anhalts mit einem Plus von 67,6 % im mittelfristigen Vergleich erzielen. Schwache Ergebnisse sind nur für die Stadtstaaten Berlin mit minimalen Zuwächsen und Bremen, wo sogar Umsatzrückgänge auftraten, zu vermelden. Zum Umsatzplus der niedersächsischen Industrie trugen überproportional die Auslandsumsätze bei. Diese stiegen von 2005 auf 2006 um + 10,7 %.

Es ist erstaunlich, dass die Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (vgl. Tab. 16) im mittelfristigen Vergleich (real) unterdurchschnittlich wächst, die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes als bei weitem gewichtigsten Bestandteil des Produzierenden Gewerbes aber ebenso eindeutig (nominal) überdurchschnittlich wachsen. Der Grund für diese auf den ersten Blick widersprüchliche Datenlage liegt darin, dass sich im Berichtszeitraum die Wertschöpfungstiefe verringert hat. Bereits aus dem hier dargestellten Material des Monatsberichtes im Verarbeitenden Gewerbe geht hervor, dass der Umsatz aus Eigenerzeugnissen „nur“ um + 14,7 % und damit deutlich geringer als der Gesamtumsatz (+ 21,6 %) wuchs; überproportional wuchs also der Umsatz aus Handelsware. Auch der Anteil der Vorleistungen am Umsatz hat sich überproportional erhöht.

Trendwende im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe trat bundesweit 2006 eine Trendwende ein. Nach Jahren des Rückgangs wuchs der Umsatz des Bauhauptgewerbes im Jahr 2006 national um + 9,3 %, in Niedersachsen sogar um + 12,9 %. Mittelfristig wird der Unterschied noch größer, denn im Vergleich zum Jahr 2001 sanken bundesweit die Umsätze um - 11,1 %, während sie in Niedersachsen als einzigem Land gegen den Trend der schwachen Baukonjunktur bis 2005 um immerhin + 2,5 % wuchsen.

Leichter Zuwachs im Tourismus in Niedersachsen – Städtetourismus boomt, Gewinne für Ostdeutschland

Nach den Einbußen der vergangenen Jahre konnte der Tourismus in Niedersachsen im Jahr 2006 wieder leicht zulegen. Die Zahl der Übernachtungen in Beherbergungsstätten ab 9 Betten sowie auf Campingplätzen stieg im Vergleich zu 2005 um + 1,8 %. Dieser Zuwachs lag leicht unter der bundesdeutschen Wachstumsrate von + 2,1 % und konnte die mittelfristigen Verluste noch nicht wettmachen: Die Übernachtungszahlen in Niedersachsen lagen 2006 um - 6,0 % unter denen des Jahres 2001. Das war das schlechteste Ergebnis aller Bundesländer; im nationalen Durchschnitt trat ein kleines Plus von + 0,9 % auf.

Besonders konnten die drei Stadtstaaten aufgrund des nach wie vor boomenden Städtetourismus zulegen. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich gewann z.B. Berlin + 38,7 % hinzu. Ansonsten schnitten die ostdeutschen Länder kurz- und vor allem mittelfristig deutlich besser als der Westen ab. Während die 10 westdeutschen Länder als Summe um - 1,7 % mittelfristig verloren, gewannen die sechs Ostländer + 10,7 % hinzu.

Die Zahl der Übernachtungen von Ausländern stieg in Niedersachsen mittelfristig zwar um 21,4 %, bundesweit aber war die Zuwachsrate mit + 29,8 % deutlich höher. Der Zuwachs der Übernachtungen von Auslandsgästen war natürlich auch auf die Fußball-WM im Sommer zurückzuführen. Für Niedersachsens Tourismus könnten die Ausländer noch ein deutlich höheres Potenzial darstellen: ihr Anteil an allen Übernachtungen lag 2006 in Niedersachsen erst bei 7,5 % – bundesweit lag er mit 15,1 % glatt doppelt so hoch. Das bei den Gästen aus dem Ausland mit Abstand beliebteste Ziel ist Bayern mit über 12 Mio. Übernachtungen. Niedersachsen weist für 2006 gut 2,6 Mio. Übernachtungen von Auslandsgästen auf – da ist angesichts der großen landschaftlichen und kulturellen Attraktionen des Landes noch viel Luft nach oben.

Kräftiges Wachstum im Export – ostdeutsche Länder holen auf

Parallel zum Wachstum des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tab. 21) konnten die niedersäch-

sischen Exporteure im Jahr 2006 zweistellige Zuwachsraten verbuchen (Tab. 24). In Niedersachsen trat ein Wachstum der Exporte von + 11,3 % im Vorjahresvergleich und sogar von + 38,1 % im Vergleich zum Jahr 2001 auf. Das Tempo des Zuwachses liegt geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt (+ 14,0 % bzw. + 40,4 %) und erfolgt in etwa im Gleichschritt der westdeutschen Länder. Ostdeutschland hat in letzter Zeit mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten Boden gut gemacht. Auch hier liegt Sachsen-Anhalt mit einer mittelfristigen Zuwachsrate von + 114,7 % auf dem ersten Platz; in diesem Fall trägt allerdings das geringe Ausgangsniveau zu einem Basiseffekt bei. Immer noch liegt der Wert der niedersächsischen Ausfuhr mit gut 67,1 Mrd. € höher als der aller sechs ostdeutschen Länder (62,6 Mrd. €) zusammen.

Sinkende Reallöhne der Arbeitnehmer

Die Bruttomonatsverdienste der ganzjährig vollbeschäftigten Arbeitnehmer (Tab. 25) stiegen von Oktober 2005 auf Oktober 2006 in Niedersachsen nur um 1,0 % auf 2 970 €. Der Verdienstzuwachs niedersächsischer Arbeitnehmer blieb damit hinter dem bundesweiten Zuwachs von 1,9 % zurück. Der höchste Verdienstzuwachs trat in Berlin (+ 2,6 %) und Hamburg (+ 2,5 %) auf, der bundesweit niedrigste Zuwachs ist der Niedersachsens. Vor allem aber: Dem Plus von 1 % bei den Bruttolöhnen steht eine Inflationsrate von 1,4 % in Niedersachsen 2006 gegenüber. Das bedeutet eine reale Verdiensteinbuße trotz guter Konjunktur.

Der Verdienstabstand Niedersachsens zum Bundesdurchschnitt ist damit gewachsen. Erreichte der Durchschnittsverdienst der niedersächsischen Arbeitnehmer im Jahr 2001 noch 97 % des Bundesdurchschnitts, so kam er 2006 nur noch auf 96 %.

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass der Erhebungsbereich der vierteljährlichen Verdienst-

erhebung nicht alle Branchen der Wirtschaft umfasst, sondern „nur“ das Produzierende Gewerbe, den Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Entwicklung in diesen Branchen die Gesamtentwicklung der Verdienste repräsentiert.

Verdienstrückstand der Frauen leicht verringert

Der Verdienstrückstand der weiblichen Arbeitnehmer (Tab. 26) gegenüber ihren männlichen Kollegen verringerte sich bis Oktober 2006 auf „nur noch“ 21,1 % in Niedersachsen. 2001 waren die Frauen noch um 22,4 % zurück. Die Frauenverdienste stiegen im Lande mit + 1,4 % etwas schneller als die der Männer; diese + 1,4 % blieben aber hinter der bundesdeutschen Zuwachsrate von + 2,0 % zurück. Eine vollbeschäftigte Arbeitnehmerin verdiente im Oktober 2006 in Niedersachsen im Schnitt 2 452 €; bundesweit waren es 2 600 €.

Eindrucksvoll zeigt sich in einem bestimmten Detail die lange Dauer von gesellschaftlichen Strukturen, wenngleich eine genaue Analyse der Ursachen geschlechtsspezifischer Verdienstdifferenzen an dieser Stelle nicht möglich ist: Während im Westen der Verdienstabstand von Frauen zu Männern 20,2 % beträgt (also in etwa der Wert, den auch Niedersachsen aufweist), beträgt er im Osten mit - 11,7 % nur die Hälfte. Zwar verdienen westdeutsche Frauen mehr als ostdeutsche, aber die ostdeutsche, aus DDR-Zeiten stammende Tradition einer starken Frauenerwerbstätigkeit, die nicht durch längere Babypausen unterbrochen wurde, wirkt weiter fort. Übrigens hat sich auch in Ostdeutschland die geschlechtsspezifische Verdienstdifferenz im Untersuchungszeitraum weiter verringert.



Innovation

Leichter Rückgang bei den Gewerbeanmeldungen

Nachdem die Zahl der Gewerbeanmeldungen auch infolge von Arbeitsmarktmaßnahmen („Existenzgründerzuschuss“) bis zum Jahr 2004 stark anstieg, war bereits 2005 ein Abflauen des Booms zu beobachten. Dieser Trend setzte sich in Niedersachsen mit einem Rückgang von - 0,9 % (Tab. 27) weiter fort, was geringfügig besser als der Bundestrend ist (- 1,5 % national, - 1,1 % in Westdeutschland). 2006 gab es nur in fünf Ländern ein Plus bei den Gewerbeanmeldungen, darunter alle drei Stadtstaaten. Bremen sticht mit einem Plus von 6,9 % positiv heraus.

Obwohl Niedersachsen im mittelfristigen Vergleich von 2006 zu 2001 mit + 23,3 % eine höhere Zuwachsrates als der Bund (+ 21,0 %) aufweist, bleibt die Gründungsintensität in Niedersachsen unterdurchschnittlich: Bezogen auf je 1 000 Einwohner gab es bundesweit 10,7 und in Niedersachsen nur 9,6 Gewerbeanmeldungen.

Die Zahl der Gewerbeabmeldungen (Tab. 28) stieg in Niedersachsen im Vergleich zu 2005 um + 0,5 % und damit in etwa im bundesweiten Tempo (Bund: + 0,3 %). Im mittelfristigen Vergleich zu 2001 sind der niedersächsische Wert und der des Bundes mit + 10,1 % sogar identisch. Das Wachstum der Zahl der Gewerbeabmeldungen ist eine Folge der mittelfristigen Zunahme bei den Anmeldungen: Wenn deren Zahl steigt, steigt mehr oder weniger automatisch auch die der Abmeldungen, denn nicht jede Existenzgründung führt zum Erfolg.

Setzt man die Zahl der 76 736 Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen zu den 60 435 Abmeldungen durch Division ins Verhältnis, ergibt sich ein Wert von + 1,27; dieser Wert ist etwas günstiger als die entsprechende bundesweite Quote von + 1,24.

Trotz erneuten Rückgangs überdurchschnittliche industrielle Investitionstätigkeit

Im Verarbeitenden Gewerbe Niedersachsens wurden im Jahr 2005 ca. 4,2 Mrd. € investiert (Tab. 29). Das waren pro Beschäftigten 8 013 €, ein Wert, der um + 4,4 % höher liegt als der nationale Durchschnittswert von 7 676 €. Der entsprechende Vergleichswert der westdeutschen Bundesländer wurde sogar um + 10,4 % übertroffen. In Ostdeutschland war die Investitionsintensität der Industrie deutlich höher – dort wurde pro Beschäftigten ein Wert von 10 679 € erreicht. Die bundesweit höchsten Werte von mehr als 13 000 € erreichten Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Im Zeitvergleich nahm die Investitionstätigkeit in Niedersachsen wie bereits im Vorjahr mit einem Rückgang von - 6,6 % etwas schneller als bundesweit (- 5,2 %) ab.

Bestand ausländischer Direktinvestitionen verringert sich um ein Drittel

Daten über den Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland und seinen Ländern werden von der Deutschen Bundesbank erhoben und liegen zum Stand 31.12.2005 vor (Tab. 30). Mit diesen Daten kann das Ausmaß der internationalen Verflechtung der Wirtschaft analysiert werden.

Ausländische Unternehmen hielten Ende des Jahres 2005 in Niedersachsen einen Investitionsbestand in Höhe von 15,95 Mrd. €. Das waren nur 3 Prozent des nationalen Werts – die Masse der Auslandsinvestitionen konzentriert sich auf die industriestarken Länder Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg sowie auf Hessen. In Hessen liegt der Finanzplatz Frankfurt, und dort wird ein Großteil der Investitionen getätigt. Diese Angaben beziehen sich auf den Unternehmenssitz, nicht auf die örtlichen betrieblichen Niederlassungen, die längst nicht so stark regional konzentriert sind. Zum Teil schwanken die Angaben von Jahr zu Jahr sehr stark, weil sie von einzelnen sehr großen Standortentscheidungen und mehr oder weniger freundlichen Übernahmen abhängig sind.

Das Tempo der Globalisierung hat sich in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends nach rasanten Zunahmen Ende der neunziger Jahre abgeschwächt. Im mittelfristigen Vergleich 2000 zu 2005 nahm der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland um + 4,0 %, in Niedersachsen um + 37,1 % zu. Zum Vergleich: Von 1995 bis 2000 betrug die nationale Zuwachsrates + 241,4 % und die niedersächsische + 46,3 %.

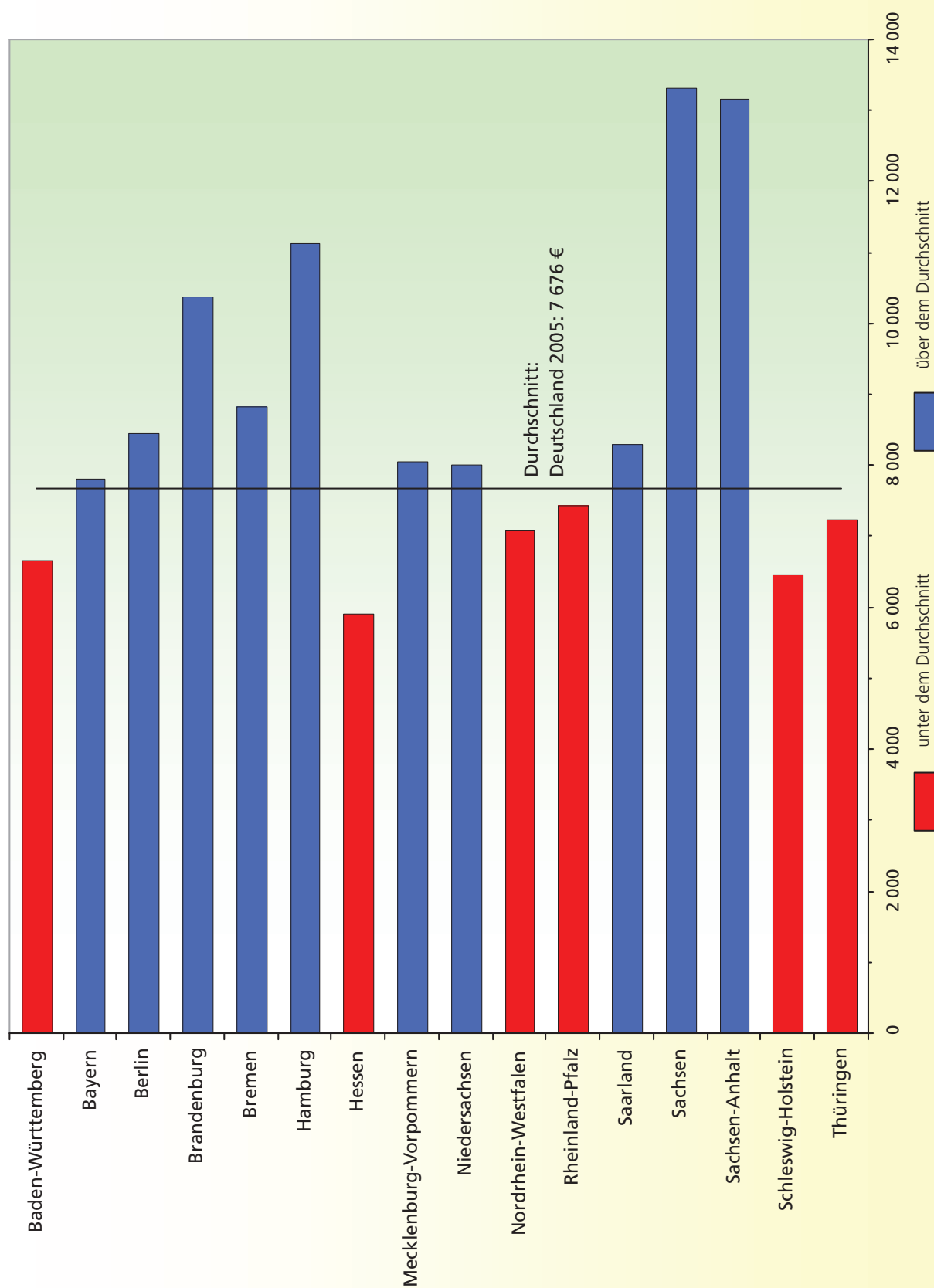
Abermals Rückgang bei den Patentanmeldungen

Die Zahl der Patentanmeldungen (Tab. 31) gilt als ein wichtiger Indikator der Innovationskraft und technologischen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass eine Patentanmeldung am Ende als Ergebnis eines Forschungsprozesses steht und dass mit der Anmeldung zum Patent noch nicht gesagt ist, dass dieses auch in die industrielle Praxis überführt wird.

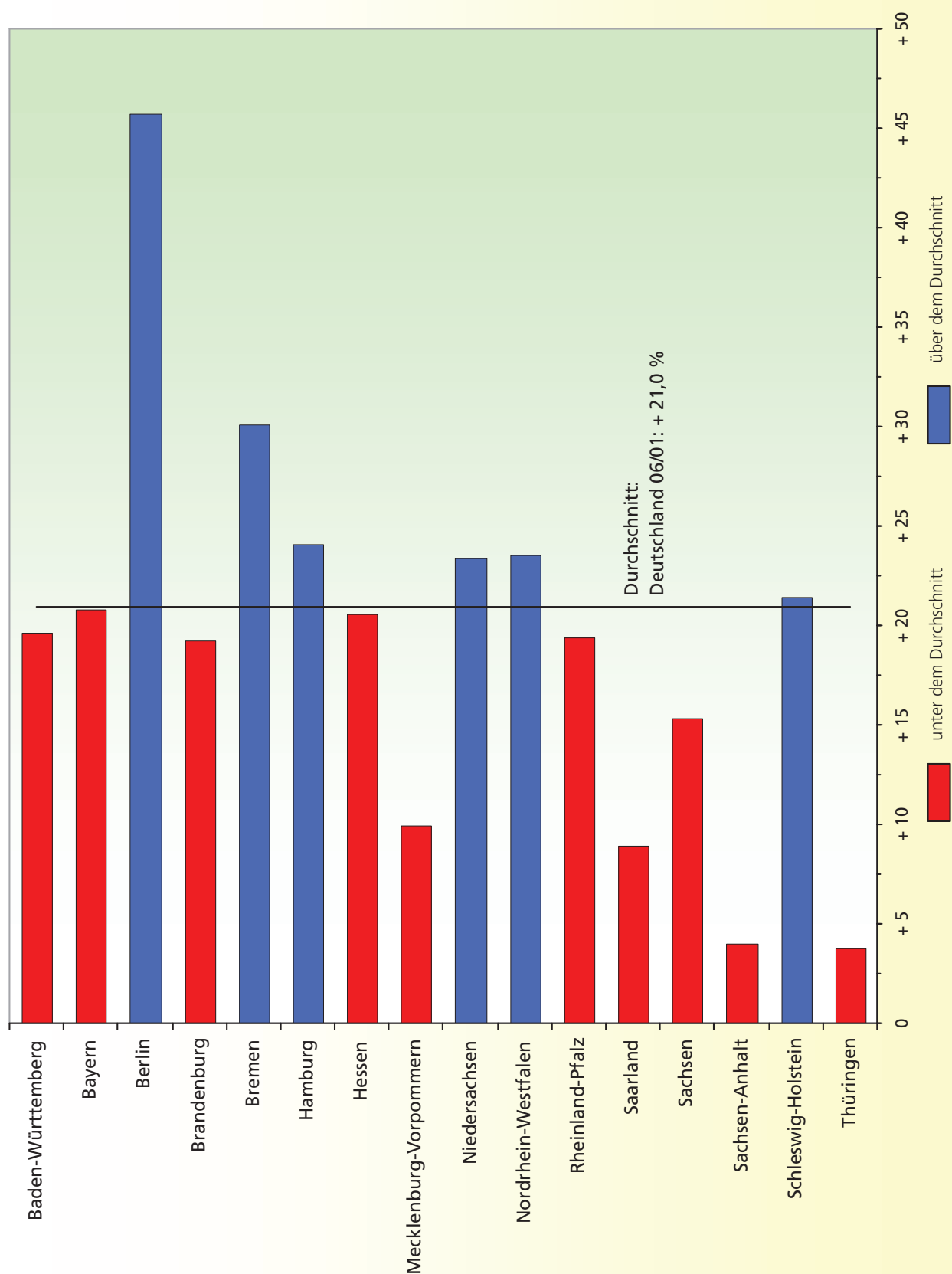
Im Jahr 2006 wurden in Niedersachsen nur noch 2 603 Erfindungen zum Patent angemeldet. Das waren - 4,9 %

Investitionen in Euro je Beschäftigten 2005

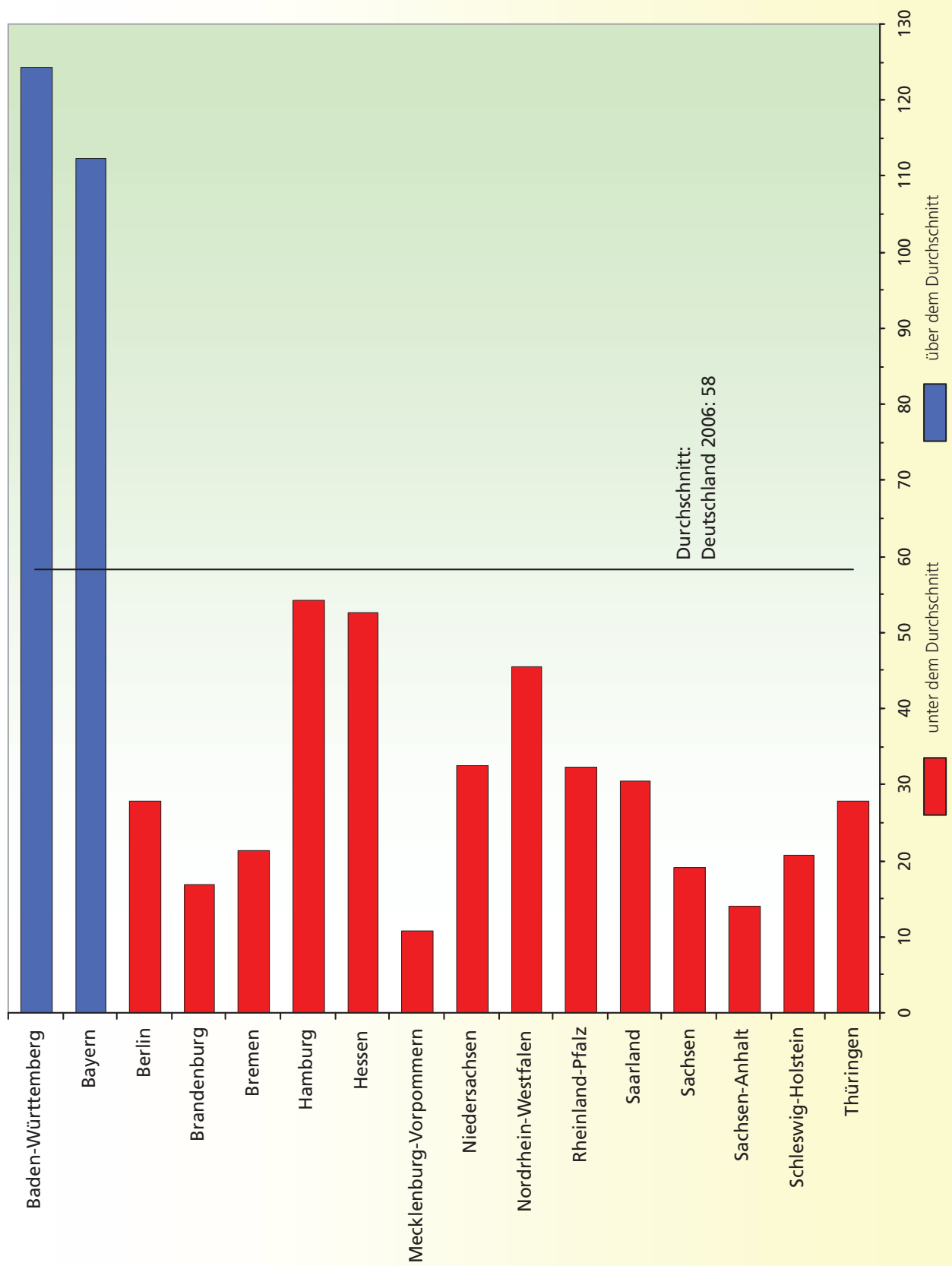
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 2001 bis 2006



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2006



weniger als 2005 und gegenüber dem Jahr 2001 sogar ein Rückgang um - 19,5 %. Der Rückgang war in Niedersachsen deutlich stärker ausgeprägt als bundesweit, wo Abnahmeraten von - 0,7 % im Vorjahres- und - 8,8 % im Fünfjahrsvergleich auftraten. Der Abstand zu den in diesem Bereich innovativsten Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen hat sich damit weiter erhöht. In diesen drei Ländern, auf die zusammen 35 552 aller bundesweit 48 012 Patentanmeldungen entfielen

– ein Anteil von 74 %! – nahm gegen den Trend die Zahl der Patentanmeldungen im Vorjahresvergleich zu. Es hat damit eine weitere regionale Konzentration des Patentgeschehens stattgefunden. Die Patentanmeldungsintensität, also die Zahl der Anmeldungen auf 100 000 Einwohner, sank damit in Niedersachsen von 41 (2001) auf 33 im Jahr 2006. Bundesweit lag dieser Indikator im vergangenen Jahr bei 58, in Baden-Württemberg bei 124 und in Bayern bei 112.



Humanpotenzial

Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss stark gesunken

Im Jahr 2006 verließen nur noch 7 749 junge Menschen Niedersachsens allgemein bildende Schulen, ohne dort zumindest einen Hauptschulabschluss erworben zu haben (Tab. 32). Diese Zahl liegt erfreulicherweise um 7,1 % unter der des Vorjahres und sogar um 9,0 % unter der des Jahres 2001. Auch bundesweit gingen die entsprechenden Zahlen zurück, und zwar kurzfristig um - 2,9 % und mittelfristig um - 14,6 %. In diesen Daten sind auch die Zahlen der Abgänger aus Förder- bzw. Sonderschulen enthalten, also von Schulformen, deren Ziel nicht primär der Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist. Es ist klar, dass diese 7 749 Schulabgänger in Niedersachsen – bundesweit sind es 75 897 – mit einer schweren Hypothek ins Erwerbsleben starten, auch wenn sie vielleicht in einer berufsbildenden Schule diesen Abschluss später nachholen. Ohne Schulabschluss sinkt die Chance auf eine Lehrstelle und erhöht sich das Risiko der Arbeitslosigkeit.

Um zu überprüfen, welches Ausmaß das Problem hat und wie sich die Lage entwickelt, reicht es nicht aus, nur die Entwicklung der absoluten Zahlen zu betrachten. Es könnte ja ein „Demographieeffekt“ vorliegen und die Zahlen nur darum zurückgehen, weil die entsprechenden Altersjahrgänge dünner besetzt sind. Für einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich wurden daher die Zahlen der Absolventen ohne Hauptschulabschluss in Relation zur gleichaltrigen Bevölkerung (= Durchschnitt der 14- und 15-Jährigen) gebracht. Ähnlich wie dies auch die Kultusministerkonferenz tut, wurde hier, um eine möglichst hohe Vergleichbarkeit zu gewährleisten, der jeweilige 1.1. (und nicht wie sonst der 31.12.) als Bezugszahl gewählt; für die Tabelle 33 (Abiturientenquote) gilt dasselbe.

Diese Berechnung ergibt, dass in Niedersachsen 8,2 % eines Jahrganges nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erwerben. Diese Quote liegt unter der des Vorjahres (8,8 %), deutlich unter der des Jahres 2001 (seinerzeit 9,9 %) und exakt im Bundesdurchschnitt. Im Regionalvergleich zeichnet sich ein deutliches West-Ost-Gefälle ab. Während in den ostdeutschen Ländern die Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss 12,3 % bei steigender Tendenz beträgt, lag sie im Durchschnitt aller westlichen Länder bei 7,4 % bei mittelfristig fallender Tendenz. Die Quote streut zwischen einem Maximalwert von 15,6 % in Mecklenburg-Vorpommern und einem Minimum von 6,3 % in Baden-Württemberg.

Abiturientenquote weiterhin bei 28 %

Im Jahr 2006 erwarben in den allgemein- und berufsbildenden Schulen Niedersachsens 24 925 Menschen die allgemeine Hochschulreife; im Vorjahr lag deren Zahl bei 24 335 (Tab. 33). Trotz dieser Zunahme um 2,4 % stagnierte die Abiturientenquote bei 27,8 % (Vorjahr: 27,7 %). Als Abiturientenquote bezeichnet man die Zahl der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife bezogen auf die entsprechende Altersklasse der 17 bis 19-Jährigen (in Ländern mit 12 Schuljahren) bzw. 18 bis 20-Jährigen (in Ländern mit 13 Schuljahren); maßgebend ist der Bevölkerungsstand am 1.1. des betreffenden Jahres. Bundesweit lag die Abiturientenquote 2006 bei 29,8 %, im Jahresvergleich eine Steigerung um 1,1 Prozentpunkte. Nur vier Bundesländer, unter ihnen Bayern, wiesen für 2006 niedrigere Abiturientenquoten auf. Die höchsten Quoten erzielten die drei Stadtstaaten Berlin (36,9), Bremen (35,4) und Hamburg (35,2).

Ein mittelfristiger Vergleich über alle Bundesländer hinweg mit dem Jahr 2001 ist nur eingeschränkt möglich: Die extrem niedrigen Quoten des Jahres 2001 für zwei Länder und die entsprechend astronomischen Zuwachsraten von 2001 auf 2006 haben ihre Ursache darin, dass seinerzeit dort von 12 auf 13 Schuljahre umgestiegen wurde, so dass 2001 in diesen beiden Ländern ein ganzer Abiturientenjahrgang ausfiel.

Deutliche Zunahme bei den hoch qualifizierten Beschäftigten – Klarer Aufholprozess des Landes

Die moderne Arbeitswelt verlangt von den Beschäftigten immer höhere Qualifikationen. Als Folge dessen nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss aufzuweisen haben (Tab. 34), laufend zu. Ihr Anteil an allen Beschäftigten lag Mitte 2006 bei 9,7 %. Niedersachsen hat hier einen Rückstand aufzuholen, denn die entsprechende Hochqualifiziertenquote lag am 30.6.2006 im Lande nur bei 7,5 %. Vor allem in den Stadtstaaten, aber als Erbe der DDR-Zeit auch in den ostdeutschen Ländern, liegt die Hochqualifiziertenquote deutlich höher.

Niedersachsen holt hier aber schnell auf. Die Zahl von 175 043 Hochqualifizierten, die im Lande 2006 tätig waren, bedeutet gegenüber 2005 ein Plus von + 3,6 % (Deutschland: + 2,5 %) und mittelfristig gegenüber 2001 ein Plus von + 15,3 % (Deutschland: + 6,0 %); das war mittelfristig der kräftigste Zuwachs aller Länder. Entsprechend stieg die Hochqualifiziertenquote in fünf Jahren rasch von 6,3 auf 7,5.

Finanzen

Niedrigere bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben sind 2006 in Niedersachsen um - 1,1 % zurückgegangen (Tab. 35). Mit 3 904 € je Einwohner liegt Niedersachsen weiterhin deutlich unter dem Durchschnittswert für Deutschland von 4 353 € und bleibt das Land mit den niedrigsten Gesamtausgaben. Die deutlich gestiegenen Steuereinnahmen führen dazu, dass nun 69,5 % der Gesamtausgaben durch Steuereinnahmen finanziert werden können, 2005 lag dieser Wert erst bei 61,3 %. Die Zunahme um 8,2 Prozentpunkte ist die zweitbeste Verbesserung nach Hamburg, wo dieser Wert um 9,9 % auf 84,0 % stieg.

Auch im Vergleich zu 2001 sind die bereinigten Gesamtausgaben leicht – um - 0,5 % – gesunken. Zu einem besonders kräftigen Rückgang kam es in Berlin, wo sich die Ausgaben sogar um - 9,4 % verringerten. Deutliche Zunahmen weisen das Saarland (8,8 %) und Schleswig-Holstein (8,5 %) auf.

Personalausgabenquote gestiegen

Die Personalausgaben sind in Niedersachsen um 0,5 % gestiegen, während es in Deutschland insgesamt zu einem Rückgang um - 1,6 % kam (Tab. 36). Auch bei den Personalausgaben liegt Niedersachsen mit 1 540 € je Einwohner weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt von Deutschland wie auch von Westdeutschland. Die Personalausgabenquote ist um 0,6 Prozentpunkte auf 39,5 % gestiegen und liegt 1,8 Prozentpunkte über dem Durchschnitt von Deutschland – gemessen an den Gesamtausgaben sind die Personalausgaben in Niedersachsen also eher hoch. Im Fünfjahresvergleich zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland: Während die Personalausgaben in Westdeutschland um 3,8 % gegenüber 2001 zunahmen, sind sie in Ostdeutschland um - 9,5 % zurückgegangen. Im Vergleich zu Westdeutschland insgesamt konnte Niedersachsen einen unterdurchschnittlichen Anstieg um lediglich 2,4 % erreichen.

Erster Anstieg der Sachinvestitionen seit 6 Jahren

Zum ersten Anstieg seit dem Jahr 2000 kam es in Niedersachsen bei den Sachinvestitionen, die um 0,7 % zunahmen (Tab. 37). Zu verdanken ist dies der zunehmenden Investitionstätigkeit in den Kommunen: Während die Sachinvestitionen des Landes erneut sanken (- 7,4 %), nahmen sie in den Gemeinden und Gemeindeverbänden um 1,6 % zu. Je Einwohner gerechnet weist Niedersachsen sehr niedrige Investitionen auf und befindet sich auf dem viertletzten Platz. Hohe Sachinvestitionen finden sich weiterhin in

Ostdeutschland, aber auch Bayern liegt in der Spitzengruppe und gibt mit 428 € je Einwohner mehr als doppelt so viel aus wie Niedersachsen (212 €). Die Sachinvestitionsquote liegt in Niedersachsen mit 5,4 % wie in den Vorjahren unter dem westdeutschen Durchschnitt (7,1 %). Differenziert nach Land und Kommunen ergibt sich für das Land eine Sachinvestitionsquote von nur 0,8 % (alle Landeshaushalte zusammen: 2,4 %) und von 10,3 % der Kommunen (alle Kommunen zusammen: 12,2 %). Im Vergleich zu 2001 sind die Sachinvestitionen in Niedersachsen um - 30,4 % zurückgegangen, dies ist der vierthöchste Rückgang nach Bremen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz und liegt deutlich über dem Rückgang in Deutschland insgesamt (- 21,3 %).

Deutlich höhere bereinigte Gesamteinnahmen

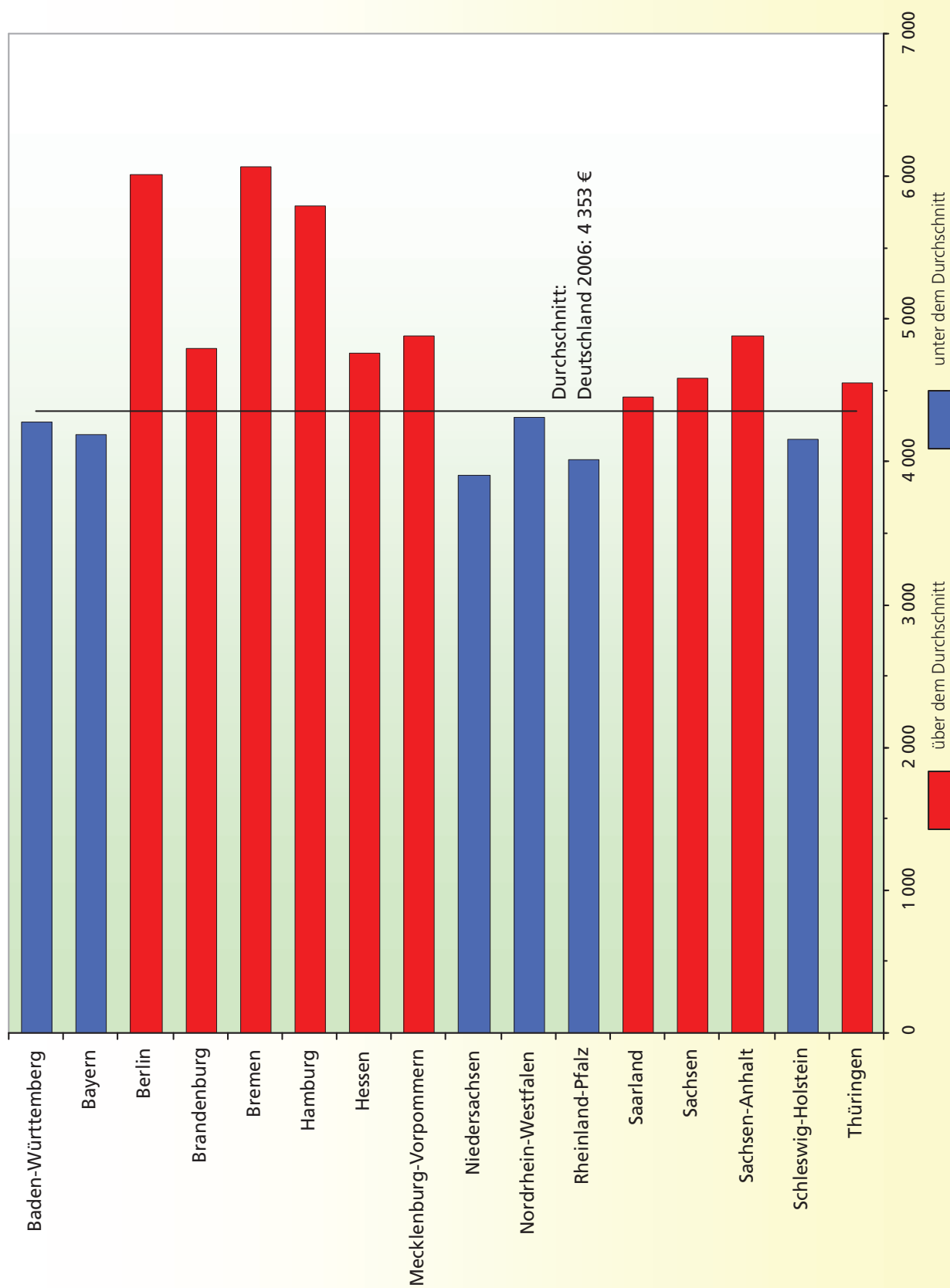
Sehr günstig entwickelten sich in Niedersachsen im Jahr 2006 die bereinigten Gesamteinnahmen (Tab. 38), mit einer Zunahme um 9,9 % konnte Niedersachsen den höchsten Zuwachs aller Länder verzeichnen und lag deutlich über dem Schnitt von Deutschland (+ 6,1 %). Mit diesem kräftigen Anstieg machte Niedersachsen bei den Gesamteinnahmen je Einwohner 2 Plätze gut und liegt nun nur noch auf dem viertletzten Platz. Auch gegenüber 2001 ergab sich in Niedersachsen mit 14,6 % eine überdurchschnittliche Zunahme (Deutschland: 9,7 %).

Ursache der günstigen Entwicklung ist die deutliche Zunahme der Steuereinnahmen, die in Niedersachsen sogar um 12,1 % zulegen konnten (Tab. 39). Der höchste Zuwachs ergab sich in Hessen mit + 15,2 %. Der Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamteinnahmen (Steuereinnahmequote) ist in Niedersachsen zwar um 1,4 Prozentpunkte auf 69,7 % gestiegen, liegt aber weiterhin deutlich unter dem Wert von Westdeutschland von 73,0 %. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zu Ostdeutschland, dort liegt die Steuereinnahmequote nur bei 48,3 %.

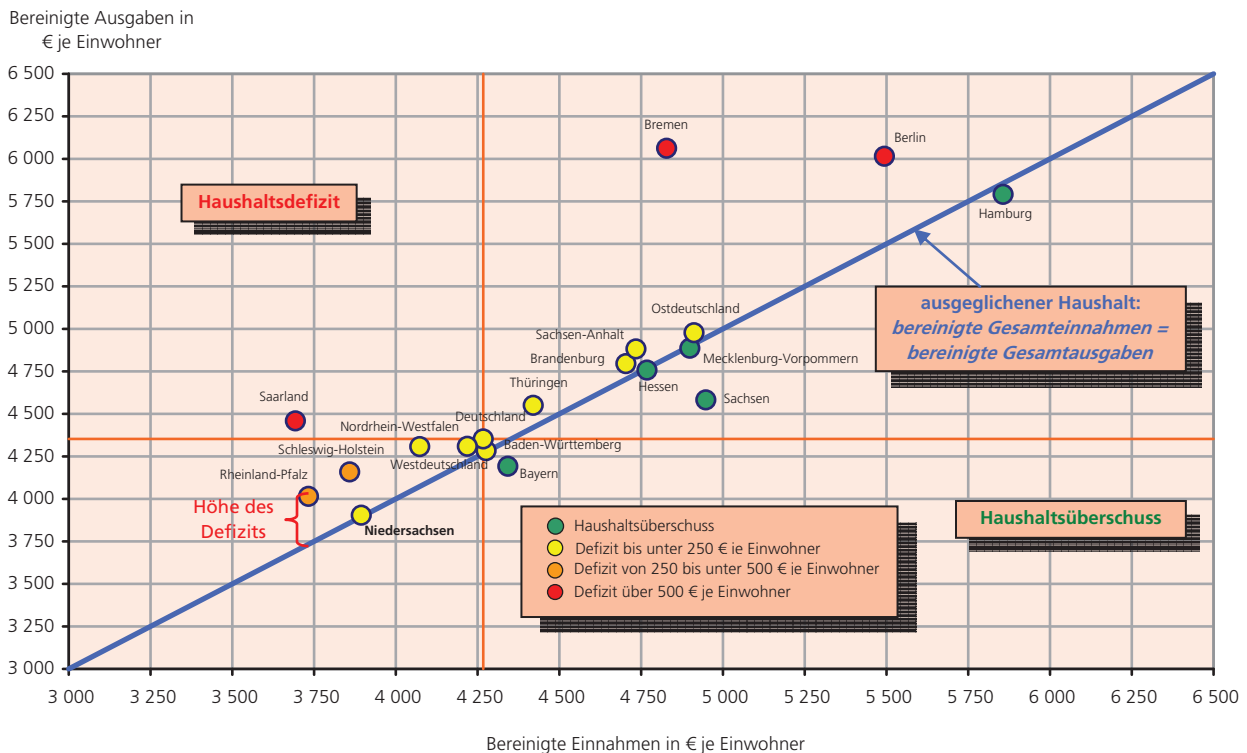
Finanzierungsdefizit sinkt kräftig

Die sehr gute Einnahmesituation führt zu einem erheblichen Rückgang des Finanzierungsdefizits: Lag der Saldo für die öffentlichen Haushalte Niedersachsens im Jahr 2005 noch bei - 402 € je Einwohner, ist er 2006 auf nur noch - 10 € zurückgegangen (Tab. 38). Dabei steht einem Überschuss von 26 € je Einwohner in den Kommunen ein Defizit von - 36 € je Einwohner für das Land gegenüber. Bei diesem sehr erfreulichen Ergebnis für die niedersächsischen Kommunen insgesamt ist zu beachten, dass es auch im vergangenen Jahr viele Kommunen mit einem un-

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2006



Bereinigte Ausgaben und Einnahmen der Länder und Kommunen 2006



ausgeglichene Verwaltungshaushalt gab, beispielsweise hatten 6 von 8 kreisfreien Städten ein Defizit im Verwaltungshaushalt.

In insgesamt 5 Ländern konnte sogar ein Überschuss erzielt werden, und lediglich im Saarland hat sich der Saldo verschlechtert. Das höchste Defizit je Einwohner ist in Bremen zu finden (- 1 234 €).

Weiterer Anstieg der Kreditmarktschulden

Die Kreditmarktschulden sind in Niedersachsen um 1,5 % gestiegen gegenüber einer Zunahme um 1,7 % in Deutschland insgesamt (Tab. 40). Je Einwohner gerechnet kletterten die Kreditmarktschulden von Land und Kommunen um 109 € auf 7 037 €. Trotz des niedrigen Saldos hat sich der Schuldenaufbau in Niedersachsen kaum verlangsamt. Dies erklärt sich in erster Linie durch Veränderungen bei den Kassenkrediten: Während die Kassenkredite der Kommunen um 463 Mio. € auf nun 4 495 Mio. € stiegen, hat das Land die höheren Steuereinnahmen genutzt, um seine Kassenkredite von 782 Mio. € auf 0 € zu reduzieren. Der Anstieg der kommunalen Kassenkredite – trotz des insgesamt positiven Saldos – ist Folge der bereits er-

wähnten unausgegliehenen Verwaltungshaushalte in vielen Kommunen.

Beim Vergleich mit dem Stand der Kreditmarktschulden im Jahr 2001 zeigt sich die ungünstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den letzten 5 Jahren: Gegenüber 2001 sind die Kreditmarktschulden in Niedersachsen um 26,0 % gestiegen, damit liegt Niedersachsen leicht unter dem Durchschnitt von Deutschland (27,5 %) und Westdeutschland (26,1 %). Die höchsten Zuwächse gab es in Berlin (53,8 %) und Bremen (50,5 %), und lediglich in Sachsen konnte ein kräftiger Anstieg des Schuldenstandes vermieden werden.

Um die Belastung der Haushalte durch die Kreditmarktschulden einschätzen zu können, kann der Schuldenstand auf die Steuereinnahmen bezogen werden. So ergibt sich der fiktive Zeitraum bis zur vollständigen Schuldentilgung, wenn die Steuereinnahmen ausschließlich hierfür verwendet würden. In Niedersachsen würden Land und Kommunen 2,6 Jahre brauchen, um auf diese Weise die Schulden vollständig zu tilgen, gegenüber 2,9 Jahre im Jahr 2005. Die deutlichste Verbesserung ergab sich für Berlin, wo der Zeitraum von 7,0 auf 6,5 Jahre sank. Auf dem letzten Platz liegt nun Bremen mit 6,6 Jahren.

Soziale Probleme, Sicherheit

Das Themengebiet der sozialen und öffentlichen Sicherheit wird mit acht Tabellen statistisch abgebildet. Diese folgen zunächst dem Lebenszyklus von Menschen und daraus folgenden problematischen Lebenslagen: Die erste Tabelle informiert über Schwangerschaftsabbrüche, die zweite über Alleinerziehende, die dritte über behördliche Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die vierte über Arbeitslosengeld II-Bezieher („Hartz IV-Empfänger“), die fünfte über Verbraucherinsolvenzen, die sechste über Hochbetagte. Es folgen zwei Nachweisungen zur Kriminalität und zur Verkehrssicherheit.

Weniger Schwangerschaftsabbrüche

Nahezu alle Schwangerschaftsabbrüche gehen auf eine „soziale Indikation“ zurück, sind also Folge einer problematischen Lebenslage oder gar Notlage. Medizinische oder ethische Indikationen sind sehr selten. Die Notlage muss nicht rein finanziell begründet sein, sondern sie kann z.B. darin bestehen, dass eine Schwangerschaft bzw. ein Kind nicht zur konkreten Lebenssituation der Frau und ihres Partners passt. Gründe können z.B. ein befristeter Arbeitsvertrag, eine Ausbildungssituation oder eine zerbrechende Partnerschaft sein. 10 547 niedersächsische Frauen ließen 2006 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen (Tab. 41). Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um - 0,9 %. Bundesweit ging die Zahl der Abtreibungen um - 3,5 % stärker zurück.

Um den Effekt demographischer Veränderungen – also der Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter – zu bereinigen, wurde die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf je 1 000 Lebendgeborene bezogen. Eine Zahl von 1 000 würde bedeuten, dass auf 1 000 Babys auch 1 000 Abtreibungen kommen. In Niedersachsen kommen 161 Abbrüche auf 1 000 Geburten. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 177 und etwas über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer (158). An der Quote lassen sich klare Länderstrukturen ablesen: Stark überdurchschnittliche Quoten gibt es zum einen in Ostdeutschland (mit leicht fallender Tendenz) und zum anderen in den Stadtstaaten. Die Quote ist am höchsten in Bremen (299) und am niedrigsten in Bayern (130).

Am Beispiel Niedersachsen zeigt sich, wie wichtig es ist, nicht nur die Entwicklung der absoluten Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu betrachten; diese geht, wie oben beschrieben, zurück. Die Beziehungszahl „Abbrüche je 1 000 Lebendgeborene“ aber ist von 144 (2001) über 159 (2005) bis auf 161 (2006) gestiegen. Der absolute Rückgang ist demographisch bedingt, und das Verhältnis

Schwangerschaftsabbrüche - Geburten hat sich weiter leicht verschlechtert.

Zahl der Alleinerziehenden steigt

Vergleichbare Länderdaten über Alleinerziehende liegen aus dem Mikrozensus 2006 noch nicht vor; die Tabelle 42 konnte daher nicht aktualisiert werden. Alleinerziehende im Sinne des Mikrozensus sind Menschen, die ohne festen Lebenspartner – ob mit oder ohne Trauschein ist dabei egal – Kinder betreuen. Für Niedersachsen lag dieses Datum allerdings vor: Im Jahr 2006 gab es im Lande 234 000 Alleinerziehende. Das waren 10 000 bzw. + 4,5 % mehr als im Jahr 2005. Auf 1 000 Einwohner kamen damit 29 Alleinerziehende. Diese Quote ist im Bundesvergleich zwar immer noch relativ niedrig – Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wiesen z.B. 2005 Werte von 44 auf – aber es ist bemerkenswert, dass es trotz rückläufiger Geburtenzahlen mehr Menschen gibt, die ohne Partner ihre Kinder versorgen und erziehen müssen.

Leichte Zunahme der vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche

Die Jugendämter haben 2006 in Niedersachsen 2 088 „vorläufige Schutzmaßnahmen“ (Tab. 43) angeordnet. Das bedeutet gegenüber 2005 und 2001 eine leichte Zunahme von + 1,4 % bzw. + 1,2 %.

Vorläufige Schutzmaßnahmen können ergriffen werden, wenn Gefahren für Kinder und Jugendliche erkannt werden oder diese selbst darum bitten. Die Maßnahmen erfolgen meistens in Form einer „Inobhutnahme“, um die Kinder zu schützen, seltener in Form einer „Herausnahme“ (vgl. § 42 SGB VIII, Abs. 1). Solche gravierenden Maßnahmen werden nur getroffen, wenn es schwerwiegende Gefahren für das leibliche oder seelische Wohl der Kinder gibt. Derartige Gefahren können in Misshandlungen, sexuellem Missbrauch oder auch „nur“ in Form einer völlig unzureichenden Betreuung durch überforderte Eltern bestehen. Die entsprechenden Maßnahmen sind also Ausdruck akuter und schwerer Probleme und Gefahren.

Um einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich zu ermöglichen, wurden diese Zahlen in Relation gesetzt zu je 1 000 Kindern und Jugendlichen. Diese Beziehungszahl lag 2006 in Niedersachsen bei 1,4 und damit geringfügig höher als 2001 (1,3), aber erfreulicherweise deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt von 1,8. Auffällig ist das Ost-West-Gefälle, denn in Ostdeutschland liegt diese Zahl

mit 3,1 fast doppelt so hoch wie im Westen. Auch in den Stadtstaaten, vor allem in Hamburg (4,2) liegt diese Zahl sehr hoch.

9 % der Bevölkerung auf Arbeitslosengeld II-Leistungen angewiesen – Tendenz steigend

Daten über „Hartz IV-Bezieher“ liegen seit Januar 2005 – in diesem Monat trat die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Kraft – monatlich vor. Die Berichterstattung reicht vom April 2005 bis April 2007; der April wurde aus dem ganz pragmatischen Grund als Berichtsmonat gewählt, weil bei Redaktionsschluss für diesen Monat die aktuellsten endgültigen Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit vorliegen. Die aktuelleren vorläufigen Werte werden hier nicht verwendet, weil diese oft noch erheblich nach oben korrigiert werden.

Von April 2006 bis April 2007 stieg die Zahl der Empfänger von Leistungen nach SGB II, das sind Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, in Niedersachsen um + 0,1% auf 714 850. Dieser Zuwachs von + 0,1 % trat auf, obwohl die Zahl der Arbeitslosen zurückging und obwohl bundesweit die Empfängerzahlen im gleichen Zeitraum um - 0,6 % zurückgingen. Trotz der günstigen Konjunktur gibt es also nach wie vor eine verfestigte Gruppe von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen. Dazu trägt bei, dass in vielen Fällen die Verdienste auch bei Erwerbstätigen so gering sind, dass sie trotzdem Anrecht auf SGB II-Leistungen haben.

Auf 1 000 Einwohner kamen in Niedersachsen im April 2007 89 SGB II-Empfänger. Diese Quote lag in etwa im Bundesdurchschnitt von 90, der sich aus einem hohen Wert von 150 für Ostdeutschland und einem Wert von 75 für den Westen zusammensetzt. Die Quoten variieren unter den Ländern sehr stark: Die Skala reicht von 45 in Bayern bis zu 182 in Berlin. Hier tritt das bekannte Südwest-Nordost-Gefälle auf: Niedrige Werte im Süden und Südwesten (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen) korrespondieren mit hohen Werten im Nordosten (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern).

Verbraucherinsolvenzen nehmen um knapp ein Drittel zu

Im Jahr 2006 gab es in Niedersachsen 12 574 Verbraucherinsolvenzen. Das bedeutet eine Zunahme von 31,0 % gegenüber dem Vorjahr (Tab. 45); dieser Zuwachs lag geringfügig unter dem entsprechenden Deutschlandwert von + 34,0 %. Die mittelfristige Zuwachsrate von + 560,7 % gegenüber 2001 ist von nur geringer Aussagekraft bzw. sie zeigt an, dass sich Gerichte, Anwälte, Verbraucher- und Schuldnerberater mit dem relativ neuen Rechtsinstru-

ment der Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiungsverfahren zunehmend vertraut gemacht haben.

Der starke Zuwachs von etwa einem Drittel binnen Jahresfrist ist darum mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren: Die Zahl der überschuldeten Haushalte nimmt fraglos trotz guter Konjunktur zu – der Aufschwung ist noch nicht überall in allen Schichten der Gesellschaft angekommen. Diese Problemlage hat aber nicht um ein Drittel – seien es 31 oder 34 % – zugenommen, sondern in diesem großen Zuwachs steckt auch die an sich erfreuliche Tatsache, dass das Instrument „Verbraucherinsolvenz“ zunehmend bekannt und darum genutzt wird.

Auch der Ländervergleich ist dadurch beeinträchtigt. Niedersachsen zählte im vergangenen Jahr 16 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 11. Der höchste regionale Wert trat in Bremen mit 31 auf. Plausibel sind auch die geringen Werte von jeweils 8 in den wirtschaftlich gut dastehenden Ländern Bayern und Baden-Württemberg. Aber die ebenfalls recht niedrigen Werte in einigen ostdeutschen Ländern mit ihren bekannt großen sozialen Problemlagen zeigen auch an, dass die Schuldnerberatung dort nicht überall richtig funktioniert.

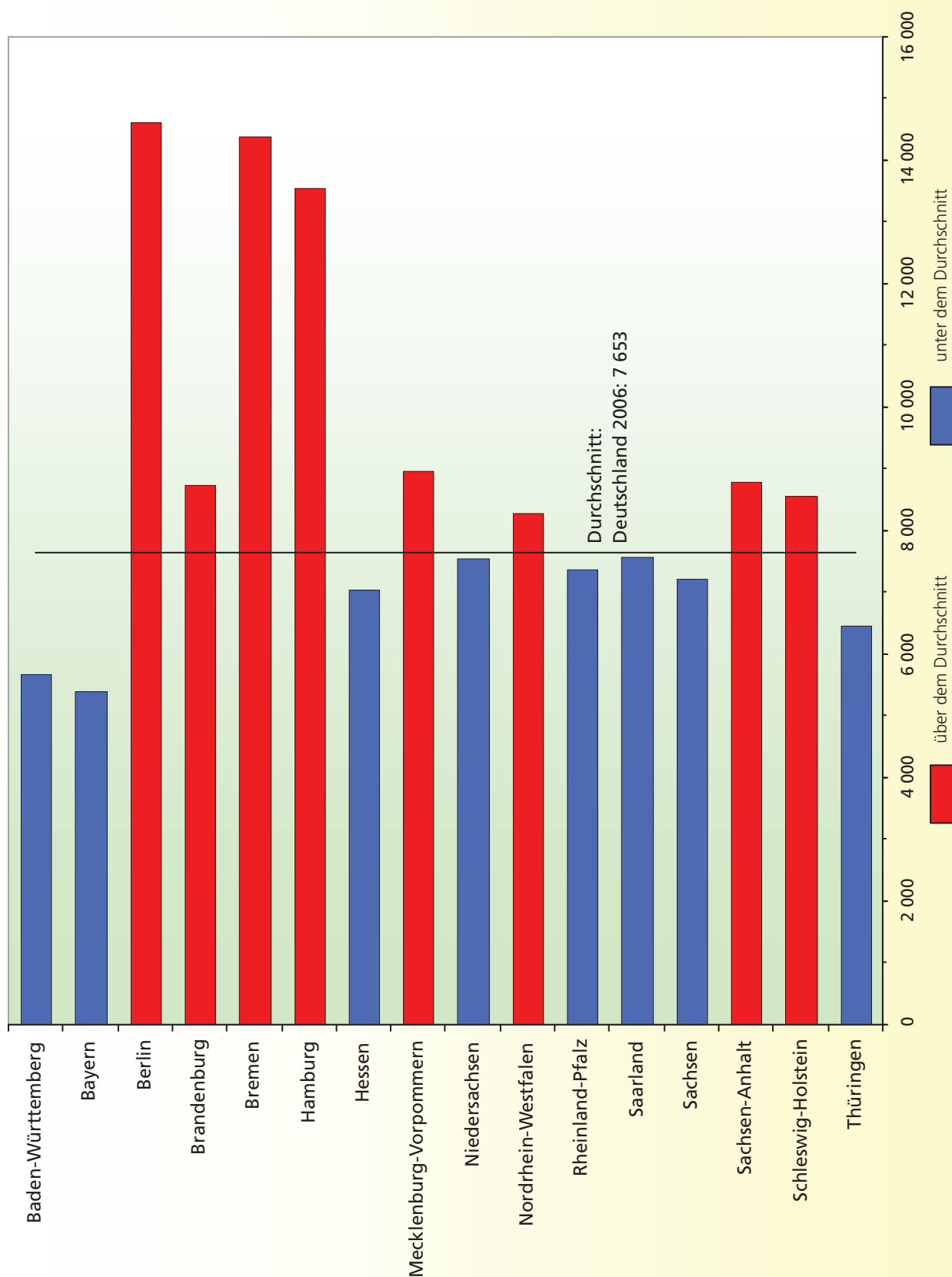
384 000 Hochbetagte – Anteil der sehr alten Menschen steigt

Ende 2006 lebten in Niedersachsen 384 480 Hochbetagte, also Einwohner im Alter von 80 und mehr Jahren (Tab. 46). Dies entsprach einem Bevölkerungsanteil von 4,8 %. Dieser Anteilswert liegt um 0,2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Deutschlandwert und 0,7 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2001. Der Bevölkerungsanteil der Hochbetagten und auch seine Zunahme streut unter den Ländern sehr wenig. Der Anteil war Ende 2006 am niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (3,7 %) und am höchsten in Bremen (5,4 %). Diese beiden Länder markierten bereits 2001 die beiden Extremwerte der Skala.

Der niedersächsische Zuwachs der Hochbetagtenquote um 0,7 Prozentpunkte liegt exakt im Bundestrend; die meisten Länder weisen ähnliche Werte auf. Nur Thüringen mit + 1,0 Prozentpunkten und Berlin mit nur + 0,1 fallen aus dem Rahmen. In Thüringen dürfte auch die Attraktivität von Städten wie Weimar, Erfurt und Eisenach als Altersruhesitz eine Rolle spielen und in Berlin hält umgekehrt der starke Zuzug von jungen Menschen den Alterungsprozess auf.

Der Anteil der Hochbetagten und seine Entwicklung wird weiter zu beobachten sein; in dieser Altersklasse wird nach den Ergebnissen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050 eine Zunahme von etwa + 15 % erwartet. Der Anteil der Hochbetagten wür-

Straftaten je 100 000 Einwohner 2006



de dann in Niedersachsen bei 15 % liegen. Dies wird einen steigenden Bedarf an medizinischen und Pflegedienstleistungen erzeugen. Zugleich könnte es sein, dass die Alterseinkünfte – gerade auch bei diskontinuierlichen Erwerbsbiographien infolge von Arbeitslosigkeit – zumindest für bestimmte Bevölkerungsgruppen sinken. Dies ist nicht unausweichlich, aber man wird beobachten müssen, ob sich eine Altersarmut entwickelt.

Leichter Zuwachs der Kriminalität

Der Polizei in Niedersachsen wurden im Jahr 2006 insgesamt 603 597 Straftaten gemeldet (Tab. 47), von denen mehr als die Hälfte (55,5 %) laut Polizeilicher Kriminalstatistik aufgeklärt sind. Die Ausklärungsquote lag damit ziemlich exakt im Bundesdurchschnitt von 55,4 %.

Die Kriminalitätsbelastung (Straftaten je 100 000 Einwohner) lag damit 2006 in Niedersachsen bei einem Wert von 7 548. Dieser Wert liegt zwar immer noch um 1,4 % niedriger als der entsprechende Deutschlandwert von 7 653, aber die Tendenz sieht für das Land weniger günstig aus: Die Kriminalitätsbelastung wuchs in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um + 0,4 % und gegenüber dem Jahr 2001 um + 5,5 %. Die Entwicklung verlief damit schlechter als im Bundesdurchschnitt, wo die Häufigkeitszahl kurzfristig um - 1,2 und mittelfristig um - 1,1 % abnahm.

Die Kriminalitätsbelastung weist klare regionale Strukturen auf. Sie ist am höchsten in den drei Stadtstaaten – Großstädte sind schon immer ein „heißes Pflaster“ gewesen. Aktuell geht allerdings erfreulicherweise die Krimina-

litätsbelastung in allen drei Stadtstaaten zurück, ohne dass sie damit ihre „Spitzenplätze“ einbüßen. Ansonsten gibt es auch hier das Südwest-Nordost-Gefälle mit niedrigen Werten im Südwesten der Republik und hohen im Nordosten.

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr 2006 weiter gesunken

Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr (Tab. 48) ist im Jahr 2006 weiter gesunken. Der Begriff „Verunglückte“ umfasst alle Personen, die körperlich zu Schaden gekommen sind, weil sie verletzt oder gar getötet wurden. 2006 gab es in Niedersachsen 44 215 Verunglückte. Das waren - 3,7 % weniger als 2005 und sogar - 16,0 % weniger als 2001. Diese klare Zunahme der Verkehrssicherheit liegt im Bundestrend – der Rückgang ist in Niedersachsen aber etwas stärker ausgeprägt als im nationalen Durchschnitt. Eine Zunahme der Zahl der Verunglückten trat 2006 gegen den positiven Bundestrend nur in Bremen und Berlin auf.

Nach wie vor liegt die niedersächsische Unfallhäufigkeit (Verunglückte je 100 000 Einwohner) mit 553 deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von 519. Die wichtigste Erklärung dafür ist wahrscheinlich, dass Niedersachsen ein Transitland ist, das von den großen Ost-West- und Nord-Süd-Magistralen des europäischen Straßenverkehrs durchzogen wird. Zu den Verkehrsunfallgeschehen in Niedersachsen tragen darum im erheblichen Maße auch Transitunfälle bei.



Fazit

Das Gesamtfazit des *Niedersachsen-Monitors* kann alles in allem erheblich günstiger ausfallen als in den beiden Vorjahren, als die Fundamentaldaten aus Wirtschaft und Arbeitsmarkt insgesamt wenig erfreulich waren. 2006 vollzog sich, auch aufgrund der wieder anziehenden Konjunktur, eine Trendwende zum Positiven:

- Das Wirtschaftswachstum zog kräftig an.
- Im Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Umsätze; die Bauwirtschaft und der Tourismus konnten 2006 manche Einbuße der Vorjahre wieder wettmachen.
- Die Pleitewelle der Unternehmen ist gestoppt.
- Die Zahl der Arbeitsplätze und Erwerbstätigen stieg, die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote nahmen stark ab.
- Die Lage der öffentlichen Haushalte stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich günstiger dar. Ursache ist vor allem eine deutliche Verbesserung der Einnahmesituation – in Verbindung mit leicht gesunkenen Ausgaben.
- Als Folge fiel auch das Finanzierungsdefizit erheblich niedriger aus.
- Sehr positiv ist auch die deutliche Abnahme der Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss und die

weitere Steigerung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten zu bewerten.

Trotz dieser schwer wiegenden positiven Effekte gibt es einige Schwachpunkte in der Entwicklung des Landes:

- Die demographischen Fundamentaldaten haben sich verschlechtert. Der Bevölkerungsrückgang vollzieht sich schneller als erwartet, und die Geburtenzahlen sind stark gefallen.
- Die positiven Folgen des Wachstums sind noch nicht überall angekommen: Die Reallöhne der Arbeitnehmer sind geschrumpft, und am „unteren Rand“ der Gesellschaft partizipieren noch nicht alle, denn es gibt mehr „Hartz IV“-Bezieher und auch mehr Verbraucherinsolvenzen.
- Im Themenbereich „Innovation“ sind Schwächen erkennbar: Es gibt weniger Patentanmeldungen, die Zahl der Gewerbemeldungen und die Investitionen der Unternehmen gehen zurück. Kritisch sind auch die weiterhin sehr geringen Sachinvestitionen der öffentlichen Hand zu sehen.

Trotz dieser notwendigen kritischen Einschränkungen hat sich die Lage des Landes und seiner Menschen im Jahr 2006 klar verbessert.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am				Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl		
	in 1 000			Länderanteil		31.12.06/01	31.12.06/05	
	31.12.2001	31.12.2005	31.12.2006	2001				2006
	Anzahl (1 000)			%				Anzahl
Baden-Württemberg	10 601	10 736	10 739	12,9	13,0	300	+ 1,3	+ 0,0
Bayern	12 330	12 469	12 493	15,0	15,2	177	+ 1,3	+ 0,2
Berlin	3 388	3 395	3 404	4,1	4,1	3 816	+ 0,5	+ 0,3
Brandenburg	2 593	2 559	2 548	3,1	3,1	86	- 1,7	- 0,5
Bremen	660	663	664	0,8	0,8	1 644	+ 0,7	+ 0,1
Hamburg	1 726	1 744	1 754	2,1	2,1	2 323	+ 1,6	+ 0,6
Hessen	6 078	6 092	6 075	7,4	7,4	288	- 0,0	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 760	1 707	1 694	2,1	2,1	73	- 3,8	- 0,8
Niedersachsen	7 956	7 994	7 983	9,7	9,7	168	+ 0,3	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	18 052	18 058	18 029	21,9	21,9	529	- 0,1	- 0,2
Rheinland-Pfalz	4 049	4 059	4 053	4,9	4,9	204	+ 0,1	- 0,1
Saarland	1 066	1 050	1 043	1,3	1,3	406	- 2,2	- 0,7
Sachsen	4 384	4 274	4 250	5,3	5,2	231	- 3,1	- 0,6
Sachsen-Anhalt	2 581	2 470	2 442	3,1	3,0	119	- 5,4	- 1,1
Schleswig-Holstein	2 804	2 833	2 834	3,4	3,4	180	+ 1,1	+ 0,0
Thüringen	2 411	2 335	2 311	2,9	2,8	143	- 4,2	- 1,0
Deutschland	82 440	82 438	82 315	100,0	100,0	231	- 0,2	- 0,1
Westdeutschland	65 323	65 698	65 667	79,2	79,8	264	+ 0,5	- 0,0
Ostdeutschland	17 118	16 740	16 648	20,8	20,2	153	- 2,7	- 0,5

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	101 366	94 279	91 913	9,6	8,8	8,6	- 9,3	- 2,5
Bayern	115 964	107 308	104 822	9,4	8,6	8,4	- 9,6	- 2,3
Berlin	28 624	28 976	29 625	8,5	8,5	8,7	+ 3,5	+ 2,2
Brandenburg	17 692	17 910	17 883	6,8	7,0	7,0	+ 1,1	- 0,2
Bremen	5 831	5 489	5 505	8,8	8,3	8,3	- 5,6	+ 0,3
Hamburg	15 786	16 179	16 088	9,2	9,3	9,2	+ 1,9	- 0,6
Hessen	56 228	53 369	51 401	9,3	8,8	8,5	- 8,6	- 3,7
Mecklenburg-Vorpommern	12 968	12 357	12 638	7,3	7,2	7,4	- 2,5	+ 2,3
Niedersachsen	75 239	66 993	65 327	9,5	8,4	8,2	- 13,2	- 2,5
Nordrhein-Westfalen	167 752	153 372	149 925	9,3	8,5	8,3	- 10,6	- 2,2
Rheinland-Pfalz	35 781	32 592	31 753	8,9	8,0	7,8	- 11,3	- 2,6
Saarland	8 196	7 484	7 222	7,7	7,1	6,9	- 11,9	- 3,5
Sachsen	31 943	32 581	32 556	7,2	7,6	7,6	+ 1,9	- 0,1
Sachsen-Anhalt	18 073	17 166	16 927	7,0	6,9	6,9	- 6,3	- 1,4
Schleswig-Holstein	25 681	23 027	22 688	9,2	8,1	8,0	- 11,7	- 1,5
Thüringen	17 351	16 713	16 402	7,2	7,1	7,1	- 5,5	- 1,9
Deutschland	734 475	685 795	672 675	8,9	8,3	8,2	- 8,4	- 1,9
Westdeutschland	607 824	560 092	546 644	9,3	8,5	8,3	- 10,1	- 2,4
Ostdeutschland	126 651	125 703	126 031	7,4	7,5	7,5	- 0,5	+ 0,3

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	7 270	205	- 748	0,7	0,0	- 0,1	- 8 018	- 953
Bayern	- 1 966	- 12 018	- 13 911	- 0,2	- 1,0	- 1,1	- 11 945	- 1 893
Berlin	- 4 202	- 3 009	- 1 900	- 1,2	- 0,9	- 0,6	+ 2 302	+ 1 109
Brandenburg	- 8 197	- 8 159	- 8 465	- 3,2	- 3,2	- 3,3	- 268	- 306
Bremen	- 1 642	- 1 930	- 1 708	- 2,5	- 2,9	- 2,6	- 66	+ 222
Hamburg	- 2 083	- 1 195	- 1 014	- 1,2	- 0,7	- 0,6	+ 1 069	+ 181
Hessen	- 3 142	- 5 179	- 6 438	- 0,5	- 0,9	- 1,1	- 3 296	- 1 259
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 211	- 5 027	- 4 647	- 2,4	- 2,9	- 2,7	- 436	+ 380
Niedersachsen	- 7 277	- 15 983	- 16 794	- 0,9	- 2,0	- 2,1	- 9 517	- 811
Nordrhein-Westfalen	- 17 072	- 33 055	- 33 816	- 0,9	- 1,8	- 1,9	- 16 744	- 761
Rheinland-Pfalz	- 6 441	- 10 192	- 10 220	- 1,6	- 2,5	- 2,5	- 3 779	- 28
Saarland	- 4 120	- 4 828	- 5 074	- 3,9	- 4,6	- 4,8	- 954	- 246
Sachsen	- 17 301	- 16 327	- 15 671	- 3,9	- 3,8	- 3,7	+ 1 630	+ 656
Sachsen-Anhalt	- 11 548	- 12 111	- 12 225	- 4,4	- 4,9	- 5,0	- 677	- 114
Schleswig-Holstein	- 3 986	- 6 642	- 7 127	- 1,4	- 2,3	- 2,5	- 3 141	- 485
Thüringen	- 8 148	- 8 982	- 9 202	- 3,4	- 3,8	- 4,0	- 1 054	- 220
Deutschland	- 94 066	- 144 432	- 148 960	- 1,1	- 1,8	- 1,8	- 54 894	- 4 528
Westdeutschland	- 40 459	- 90 817	- 96 850	- 0,6	- 1,4	- 1,5	- 56 391	- 6 033
Ostdeutschland	- 53 607	- 53 615	- 52 110	- 3,1	- 3,2	- 3,1	+ 1 497	+ 1 505

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	+ 69 222	+ 18 145	+ 3 930	6,6	1,7	0,4	- 65 292	- 14 215
Bayern	+ 101 425	+ 37 506	+ 37 336	8,3	3,0	3,0	- 64 089	- 170
Berlin	+ 10 467	+ 10 201	+ 10 679	3,1	3,0	3,1	+ 212	+ 478
Brandenburg	- 673	- 136	- 3 293	-0,3	-0,1	-1,3	- 2 620	- 3 157
Bremen	+ 1 068	+ 2 181	+ 2 182	1,6	3,3	3,3	+ 1 114	+ 1
Hamburg	+ 13 436	+ 10 124	+ 11 730	7,8	5,8	6,7	- 1 706	+ 1 606
Hessen	+ 12 839	- 3 219	- 12 987	2,1	-0,5	-2,1	- 25 826	- 9 768
Mecklenburg-Vorpommern	- 11 446	- 7 352	- 8 858	-6,5	-4,3	-5,2	+ 2 588	- 1 506
Niedersachsen	+ 37 499	+ 9 266	+ 5 474	4,7	1,2	0,7	- 32 025	- 3 792
Nordrhein-Westfalen	+ 59 299	+ 15 625	+ 4 396	3,3	0,9	0,2	- 54 903	- 11 229
Rheinland-Pfalz	+ 20 950	+ 7 855	+ 4 183	5,2	1,9	1,0	- 16 767	- 3 672
Saarland	+ 1 887	- 1 307	- 2 066	1,8	-1,2	-2,0	- 3 953	- 759
Sachsen	- 23 764	- 6 253	- 8 310	-5,4	-1,5	-1,9	+ 15 454	- 2 057
Sachsen-Anhalt	- 23 201	- 12 610	- 15 726	-8,9	-5,1	-6,4	+ 7 475	- 3 116
Schleswig-Holstein	+ 18 469	+ 10 748	+ 8 392	6,6	3,8	3,0	- 10 077	- 2 356
Thüringen	- 11 719	- 11 820	- 14 270	-4,8	-5,0	-6,1	- 2 551	- 2 450
Deutschland	+ 275 758	+ 78 954	+ 22 792	3,3	1,0	0,3	- 252 966	- 56 162
Westdeutschland	+ 336 094	+ 50 984	+ 62 570	5,2	0,8	1,0	- 273 524	+ 11 586
Ostdeutschland	- 60 336	- 27 970	- 39 778	-3,5	-1,7	-2,4	+ 20 558	- 11 808

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	51 382	50 272	48 780	48,7	46,8	45,4	- 5,1	- 3,0
Bayern	60 226	59 617	57 387	49,1	47,9	46,0	- 4,7	- 3,7
Berlin	12 903	12 058	11 634	38,1	35,6	34,2	- 9,8	- 3,5
Brandenburg	9 744	11 504	11 316	37,5	44,9	44,3	+ 16,1	- 1,6
Bremen	3 153	2 960	2 850	47,7	44,7	42,9	- 9,6	- 3,7
Hamburg	7 020	6 976	6 921	40,8	40,1	39,6	- 1,4	- 0,8
Hessen	29 832	28 669	27 644	49,1	47,1	45,5	- 7,3	- 3,6
Mecklenburg-Vorpommern	7 869	9 743	9 440	44,5	56,9	55,5	+ 20,0	- 3,1
Niedersachsen	41 780	40 687	39 091	52,6	50,8	48,9	- 6,4	- 3,9
Nordrhein-Westfalen	89 529	85 528	81 502	49,7	47,4	45,2	- 9,0	- 4,7
Rheinland-Pfalz	20 608	20 265	20 003	51,0	49,9	49,3	- 2,9	- 1,3
Saarland	5 417	5 069	4 670	50,8	48,2	44,6	- 13,8	- 7,9
Sachsen	15 421	17 156	16 754	35,0	40,1	39,3	+ 8,6	- 2,3
Sachsen-Anhalt	9 359	10 980	10 114	36,0	44,2	41,2	+ 8,1	- 7,9
Schleswig-Holstein	16 773	17 131	16 263	60,0	60,6	57,4	- 3,0	- 5,1
Thüringen	8 575	9 836	9 312	35,4	41,9	40,1	+ 8,6	- 5,3
Deutschland	389 591	388 451	373 681	47,3	47,1	45,4	- 4,1	- 3,8
Westdeutschland	325 720	317 174	305 111	50,0	48,3	46,5	- 6,3	- 3,8
Ostdeutschland	63 871	71 277	68 570	37,2	42,5	41,1	+ 7,4	- 3,8

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	22 736	23 854	22 686	21,5	22,2	21,1	- 0,2	- 4,9
Bayern	28 347	28 417	27 259	23,1	22,8	21,8	- 3,8	- 4,1
Berlin	8 731	9 785	8 317	25,8	28,9	24,5	- 4,7	- 15,0
Brandenburg	6 043	5 792	5 525	23,3	22,6	21,6	- 8,6	- 4,6
Bremen	1 804	1 777	1 647	27,3	26,8	24,8	- 8,7	- 7,3
Hamburg	4 328	4 994	4 583	25,2	28,7	26,2	+ 5,9	- 8,2
Hessen	15 078	15 552	15 405	24,8	25,5	25,3	+ 2,2	- 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 021	3 858	3 213	22,7	22,5	18,9	- 20,1	- 16,7
Niedersachsen	19 485	20 177	19 058	24,5	25,2	23,8	- 2,2	- 5,5
Nordrhein-Westfalen	46 913	47 480	45 409	26,0	26,3	25,2	- 3,2	- 4,4
Rheinland-Pfalz	10 301	10 653	10 078	25,5	26,2	24,9	- 2,2	- 5,4
Saarland	3 100	2 924	2 497	29,1	27,8	23,9	- 19,5	- 14,6
Sachsen	8 430	8 429	7 759	19,1	19,7	18,2	- 8,0	- 7,9
Sachsen-Anhalt	5 829	5 227	5 097	22,4	21,0	20,7	- 12,6	- 2,5
Schleswig-Holstein	7 604	7 940	7 524	27,2	28,1	26,6	- 1,1	- 5,2
Thüringen	4 748	4 834	4 617	19,6	20,6	19,9	- 2,8	- 4,5
Deutschland	197 498	201 693	190 674	24,0	24,5	23,1	- 3,5	- 5,5
Westdeutschland	159 696	163 768	156 146	24,5	24,9	23,8	- 2,2	- 4,7
Ostdeutschland	37 802	37 925	34 528	22,0	22,6	20,7	- 8,7	- 9,0

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2005	Veränderung insgesamt	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005		05/00	05/04
	Anzahl (1 000)							%	
Baden-Württemberg	4 909	4 945	5 093	482	507	521	10,2	+ 3,7	+ 3,0
Bayern	5 879	5 827	5 926	682	693	725	12,2	+ 0,8	+ 1,7
Berlin	1 471	1 411	1 434	180	202	220	15,3	- 2,5	+ 1,6
Brandenburg	1 145	1 102	1 129	103	110	127	11,2	- 1,4	+ 2,5
Bremen	280	258	262	25	26	27	10,3	- 6,4	+ 1,6
Hamburg	799	777	802	98	101	105	13,1	+ 0,4	+ 3,2
Hessen	2 751	2 702	2 760	292	306	327	11,8	+ 0,3	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	780	701	732	58	68	74	10,1	- 6,2	+ 4,4
Niedersachsen	3 420	3 325	3 401	331	357	368	10,8	- 0,6	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	7 605	7 401	7 637	700	742	786	10,3	+ 0,4	+ 3,2
Rheinland-Pfalz	1 809	1 744	1 813	183	184	200	11,0	+ 0,2	+ 4,0
Saarland	450	426	435	41	40	43	9,9	- 3,3	+ 2,1
Sachsen	1 908	1 780	1 839	172	192	215	11,7	- 3,6	+ 3,3
Sachsen-Anhalt	1 064	1 018	1 035	70	86	97	9,4	- 2,7	+ 1,7
Schleswig-Holstein	1 238	1 216	1 250	136	143	147	11,8	+ 1,0	+ 2,8
Thüringen	1 095	1 027	1 019	89	95	99	9,7	- 6,9	- 0,8
Deutschland	36 604	35 659	36 567	3 643	3 852	4 080	11,2	- 0,1	+ 2,5
Westdeutschland	29 140	28 621	29 379	2 970	3 099	3 248	11,1	+ 0,8	+ 2,6
Ostdeutschland	7 463	7 039	7 188	672	753	832	11,6	- 3,7	+ 2,1

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Erwerbstätigenquote der weiblichen Gesamtbevölkerung			Veränderung insgesamt	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005	05/00	05/04
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 130	2 214	2 269	39,8	40,6	41,5	+ 6,5	+ 2,5
Bayern	2 571	2 600	2 633	41,2	41,0	41,4	+ 2,4	+ 1,3
Berlin	683	673	689	39,3	38,8	39,7	+ 0,9	+ 2,4
Brandenburg	517	516	526	39,2	39,7	40,7	+ 1,7	+ 1,9
Bremen	126	118	119	36,8	34,5	34,8	- 5,6	+ 0,8
Hamburg	363	354	365	41,2	39,7	40,8	+ 0,6	+ 3,1
Hessen	1 193	1 208	1 229	38,6	38,9	39,5	+ 3,0	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	345	322	340	38,2	37,0	39,5	- 1,4	+ 5,6
Niedersachsen	1 459	1 458	1 506	36,1	35,7	36,9	+ 3,2	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	3 209	3 249	3 390	34,7	35,0	36,6	+ 5,6	+ 4,3
Rheinland-Pfalz	769	759	803	37,4	36,7	38,8	+ 4,4	+ 5,8
Saarland	190	185	193	34,5	34,0	35,7	+ 1,6	+ 4,3
Sachsen	865	837	862	37,7	37,9	39,4	- 0,3	+ 3,0
Sachsen-Anhalt	474	470	479	35,0	36,6	37,9	+ 1,1	+ 1,9
Schleswig-Holstein	538	545	563	37,8	37,7	38,9	+ 4,6	+ 3,3
Thüringen	492	471	466	39,4	39,2	39,3	- 5,3	- 1,1
Deutschland	15 924	15 978	16 432	37,9	37,9	39,0	+ 3,2	+ 2,8
Westdeutschland	12 548	12 690	13 070	37,8	37,8	38,9	+ 4,2	+ 3,0
Ostdeutschland	3 376	3 289	3 362	38,1	38,2	39,4	- 0,4	+ 2,2

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte			Insgesamt je 1 000 Einw.	Veränderung insgesamt	
	2001	2005	2006	2005	2006	2006		06/01	06/05
	Anzahl (1 000)				%	Anzahl		%	
Baden-Württemberg	3 851	3 716	3 741	596	616	16,5	348,3	- 2,9	+ 0,7
Bayern	4 431	4 271	4 320	712	739	17,1	346,2	- 2,5	+ 1,1
Berlin	1 126	1 014	1 024	193	202	19,7	301,4	- 9,1	+ 1,0
Brandenburg	779	699	706	103	108	15,3	276,5	- 9,4	+ 1,0
Bremen	286	270	272	51	52	19,1	409,3	- 4,9	+ 0,7
Hamburg	775	738	752	126	131	17,4	430,6	- 3,0	+ 1,9
Hessen	2 203	2 090	2 096	364	377	18,0	344,9	- 4,9	+ 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	566	499	504	73	80	15,9	296,1	- 11,0	+ 1,0
Niedersachsen	2 420	2 305	2 320	424	436	18,8	290,1	- 4,1	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	5 930	5 556	5 561	896	925	16,6	308,3	- 6,2	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	1 194	1 149	1 158	210	217	18,7	285,6	- 3,0	+ 0,8
Saarland	357	341	340	52	54	15,9	324,4	- 4,8	- 0,3
Sachsen	1 477	1 332	1 343	211	221	16,5	315,0	- 9,1	+ 0,8
Sachsen-Anhalt	808	720	725	106	114	15,7	295,0	- 10,3	+ 0,7
Schleswig-Holstein	819	771	780	147	152	19,5	275,5	- 4,8	+ 1,2
Thüringen	795	708	713	101	106	14,9	307,0	- 10,3	+ 0,7
Deutschland	27 817	26 178	26 354	4 365	4 530	17,2	319,9	- 5,3	+ 0,7
Westdeutschland	22 266	21 207	21 340	3 578	3 699	17,3	324,9	- 4,2	+ 0,6
Ostdeutschland	5 551	4 972	5 014	787	831	16,6	300,4	- 9,7	+ 0,9

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2002	2006	2007	30.06.2002	30.06.2006	30.06.2007	2007/2002	2007/2006
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	279 801	346 330	266 325	5,7	7,0	5,4	- 4,8	- 23,1
Bayern	353 637	418 330	329 631	6,3	7,3	5,7	- 6,8	- 21,2
Berlin	284 613	289 945	262 841	18,7	19,9	18,0	- 7,6	- 9,3
Brandenburg	231 750	219 509	195 667	18,5	18,3	16,1	- 15,6	- 10,9
Bremen	40 414	48 070	40 974	13,6	16,3	13,9	+ 1,4	- 14,8
Hamburg	77 242	97 197	80 455	10,1	12,7	10,3	+ 4,2	- 17,2
Hessen	209 772	283 291	230 729	7,6	10,3	8,4	+ 10,0	- 18,6
Mecklenburg-Vorpommern	161 133	159 577	140 284	19,0	19,9	17,4	- 12,9	- 12,1
Niedersachsen	355 109	405 839	339 140	10,0	11,4	9,5	- 4,5	- 16,4
Nordrhein-Westfalen	793 162	1 022 450	852 387	9,9	12,7	10,5	+ 7,5	- 16,6
Rheinland-Pfalz	139 082	157 992	129 652	7,7	8,7	7,1	- 6,8	- 17,9
Saarland	45 292	50 178	41 969	9,8	10,9	9,1	- 7,3	- 16,4
Sachsen	405 681	355 506	312 406	19,4	18,1	15,9	- 23,0	- 12,1
Sachsen-Anhalt	262 373	226 388	196 120	21,1	19,6	16,9	- 25,3	- 13,4
Schleswig-Holstein	114 893	134 794	116 161	9,2	10,8	9,3	+ 1,1	- 13,8
Thüringen	200 407	181 762	152 378	17,1	16,5	13,8	- 24,0	- 16,2
Deutschland	3 954 361	4 397 158	3 687 119	10,5	11,8	9,8	- 6,8	- 16,1
Westdeutschland	2 560 366	2 964 471	2 427 423	8,4	- 5,2	- 18,1
Ostdeutschland	1 393 995	1 432 687	1 259 696	19,3	- 9,6	- 12,1

11. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren			Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2002	2006	30.06.2007	2002	2006	30.06.2007	07/02	07/06
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	37 670	38 788	22 799	5,4	5,7	3,4	- 39,5	- 41,2
Bayern	51 597	56 912	34 168	6,3	7,1	4,3	- 33,8	- 40,0
Berlin	35 307	33 223	25 099	19,2	19,7	15,5	- 28,9	- 24,5
Brandenburg	29 965	28 800	21 649	16,9	18,0	14,0	- 27,8	- 24,8
Bremen	4 325	4 824	3 619	12,1	14,1	10,5	- 16,3	- 25,0
Hamburg	8 489	8 911	6 436	9,3	10,1	7,3	- 24,2	- 27,8
Hessen	25 496	33 724	23 093	7,1	10,1	7,0	- 9,4	- 31,5
Mecklenburg-Vorpommern	21 134	20 016	14 803	15,8	16,9	12,9	- 30,0	- 26,0
Niedersachsen	43 675	50 683	34 345	9,4	11,6	8,0	- 21,4	- 32,2
Nordrhein-Westfalen	95 123	108 168	82 687	9,3	11,1	8,4	- 13,1	- 23,6
Rheinland-Pfalz	19 749	21 877	14 670	7,9	8,9	6,0	- 25,7	- 32,9
Saarland	5 595	5 488	3 529	9,5	9,7	6,4	- 36,9	- 35,7
Sachsen	48 053	45 787	32 905	15,4	16,9	12,4	- 31,5	- 28,1
Sachsen-Anhalt	30 260	27 011	19 433	17,4	17,5	13,1	- 35,8	- 28,1
Schleswig-Holstein	15 948	16 857	12 770	10,1	11,0	8,4	- 19,9	- 24,2
Thüringen	25 216	21 707	14 292	14,3	14,2	9,8	- 43,3	- 34,2
Deutschland	497 602	522 776	366 297	9,7	10,8	7,7	- 26,4	- 29,9
Westdeutschland	307 668	346 232	238 116	7,8	9,1	...	- 22,6	- 31,2
Ostdeutschland	189 934	176 545	128 181	16,4	17,2	...	- 32,5	- 27,4

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2002	2006	2007	30.06.2002	30.06.2006	30.06.2007	07/02	07/06
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	128 455	173 374	140 326	5,6	7,3	5,9	+ 9,2	- 19,1
Bayern	164 432	216 412	178 888	6,1	7,8	6,5	+ 8,8	- 17,3
Berlin	117 935	125 478	113 916	15,9	17,4	15,8	- 3,4	- 9,2
Brandenburg	112 602	104 861	96 395	18,4	17,8	16,1	- 14,4	- 8,1
Bremen	16 181	21 229	18 832	11,7	15,0	13,3	+ 16,4	- 11,3
Hamburg	30 499	43 297	36 533	8,2	11,5	9,5	+ 19,8	- 15,6
Hessen	90 359	135 453	114 646	7,0	10,3	8,6	+ 26,9	- 15,4
Mecklenburg-Vorpommern	76 652	75 724	68 056	18,6	19,4	17,3	- 11,2	- 10,1
Niedersachsen	155 538	195 998	170 541	9,4	11,5	10,0	+ 9,6	- 13,0
Nordrhein-Westfalen	329 120	477 903	417 884	8,8	12,5	10,8	+ 27,0	- 12,6
Rheinland-Pfalz	61 836	76 996	65 917	7,4	8,9	7,6	+ 6,6	- 14,4
Saarland	18 678	24 231	21 208	9,0	11,3	9,8	+ 13,5	- 12,5
Sachsen	201 662	179 144	162 501	19,8	18,7	16,9	- 19,4	- 9,3
Sachsen-Anhalt	132 742	113 109	101 771	21,9	20,1	18,0	- 23,3	- 10,0
Schleswig-Holstein	46 463	63 931	56 681	7,8	10,4	9,3	+ 22,0	- 11,3
Thüringen	102 843	94 664	82 239	18,1	17,7	15,3	- 20,0	- 13,1
Deutschland	1 785 997	2 121 804	1 846 334	10,0	11,8	10,2	+ 3,4	- 13,0
Westdeutschland	1 105 294	1 428 824	1 221 456	7,8	+ 10,5	- 14,5
Ostdeutschland	680 703	692 980	624 878	19,3	- 8,2	- 9,8

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	309 522	325 893	337 117	57 021	60 352	61 993	+ 4,2	+ 3,5
Bayern	369 518	398 450	409 478	57 719	62 702	63 896	+ 8,1	+ 2,8
Berlin	78 686	78 862	80 621	50 079	51 090	51 406	- 2,5	+ 1,9
Brandenburg	45 946	48 068	49 490	43 935	47 655	48 775	+ 2,2	+ 1,9
Bremen	22 728	24 585	25 313	58 176	64 492	65 639	+ 5,8	+ 2,4
Hamburg	76 417	82 938	86 153	72 365	79 210	81 118	+ 4,1	+ 3,1
Hessen	189 495	200 575	204 282	61 646	66 252	67 126	+ 2,4	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	30 658	31 670	32 509	41 639	44 756	45 732	+ 2,7	+ 2,0
Niedersachsen	181 852	191 265	197 094	51 398	54 125	55 430	+ 5,0	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	461 887	487 123	501 707	54 270	57 807	59 202	+ 3,3	+ 2,4
Rheinland-Pfalz	91 053	97 787	100 716	51 345	54 946	56 046	+ 6,6	+ 2,7
Saarland	25 151	27 405	28 014	49 473	54 031	55 133	+ 5,5	+ 1,6
Sachsen	78 098	85 143	88 713	40 258	44 986	46 540	+ 10,0	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	44 008	48 215	50 138	42 331	48 804	50 431	+ 8,1	+ 3,0
Schleswig-Holstein	66 472	68 534	69 862	53 042	56 023	56 524	+ 2,6	+ 1,9
Thüringen	41 669	44 487	45 994	39 749	44 414	45 853	+ 7,2	+ 3,1
Deutschland	2 113 160	2 241 000	2 307 200	53 748	57 724	58 999	+ 4,7	+ 2,7
Westdeutschland	1 794 095	1 904 555	1 959 736	56 180	60 117	61 417	+ 4,7	+ 2,7
Ostdeutschland	319 065	336 445	347 464	43 227	47 107	48 277	+ 4,4	+ 2,8

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2001	2005	2006	2006			06/01	06/05
	1 000			%				
Baden-Württemberg	5 428,3	5 399,8	5 438,0	1,9	32,8	65,3	+ 0,2	+ 0,7
Bayern	6 402,0	6 354,7	6 408,5	3,0	28,8	68,2	+ 0,1	+ 0,8
Berlin	1 571,2	1 543,6	1 568,3	0,3	13,7	86,0	- 0,2	+ 1,6
Brandenburg	1 045,8	1 008,7	1 014,7	3,7	22,3	74,0	- 3,0	+ 0,6
Bremen	390,7	381,2	385,6	0,4	21,0	78,7	- 1,3	+ 1,2
Hamburg	1 056,0	1 047,1	1 062,1	0,5	15,1	84,4	+ 0,6	+ 1,4
Hessen	3 073,9	3 027,5	3 043,3	1,4	22,7	75,8	- 1,0	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	736,3	707,6	710,9	4,0	18,5	77,5	- 3,5	+ 0,5
Niedersachsen	3 538,1	3 533,8	3 555,7	3,3	24,5	72,2	+ 0,5	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	8 510,9	8 426,7	8 474,4	1,5	24,5	74,0	- 0,4	+ 0,6
Rheinland-Pfalz	1 773,4	1 779,7	1 797,0	2,8	25,9	71,4	+ 1,3	+ 1,0
Saarland	508,4	507,2	508,1	0,8	28,4	70,8	- 0,1	+ 0,2
Sachsen	1 939,9	1 892,6	1 906,2	2,2	26,5	71,3	- 1,7	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	1 039,6	987,9	994,2	2,9	23,5	73,6	- 4,4	+ 0,6
Schleswig-Holstein	1 253,2	1 223,3	1 236,0	3,2	19,6	77,2	- 1,4	+ 1,0
Thüringen	1 048,3	1 001,6	1 003,1	2,7	28,8	68,5	- 4,3	+ 0,1
Deutschland	39 316,0	38 823,0	39 106,0	2,2	25,5	72,4	- 0,5	+ 0,7
Westdeutschland	31 934,9	31 680,9	31 908,7	2,1	26,2	71,7	- 0,1	+ 0,7
Ostdeutschland	7 381,1	7 142,1	7 197,3	2,3	22,2	75,4	- 2,5	+ 0,8

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2001	2005	2006	2001	2006	2006		06/01	06/05
	Mio. €			%		€			
Baden-Württemberg	2 850	2 364	2 384	1,0	0,8	11,9	23 387	+ 5,1	- 2,7
Bayern	4 949	3 980	4 013	1,5	1,1	20,0	20 941	+ 3,4	- 2,9
Berlin	132	97	97	0,2	0,1	0,5	18 992	- 13,3	- 4,1
Brandenburg	1 228	928	953	3,0	2,1	4,7	25 664	- 1,2	- 1,5
Bremen	57	59	62	0,3	0,3	0,3	44 846	+ 3,6	+ 2,3
Hamburg	148	143	142	0,2	0,2	0,7	27 184	+ 20,5	- 4,2
Hessen	1 217	908	921	0,7	0,5	4,6	21 081	- 3,5	- 3,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 321	807	798	4,8	2,7	4,0	28 330	- 22,7	- 6,7
Niedersachsen	4 251	3 185	3 305	2,6	1,9	16,5	28 450	- 0,6	- 2,6
Nordrhein-Westfalen	3 564	2 763	2 770	0,9	0,6	13,8	21 845	+ 0,2	- 4,2
Rheinland-Pfalz	1 410	1 409	1 471	1,7	1,6	7,3	29 576	+ 37,0	+ 0,1
Saarland	87	60	59	0,4	0,2	0,3	15 305	- 11,0	- 5,2
Sachsen	1 146	828	770	1,6	1,0	3,8	18 457	- 12,5	- 10,2
Sachsen-Anhalt	1 147	741	755	2,9	1,7	3,8	25 799	- 16,1	- 3,8
Schleswig-Holstein	1 507	1 032	952	2,5	1,5	4,7	23 813	- 16,9	- 9,9
Thüringen	927	607	637	2,5	1,5	3,2	23 448	- 10,4	+ 0,7
Deutschland	25 940	19 910	20 090	1,4	1,0	100,0	23 663	- 0,8	- 3,5
Westdeutschland	20 039	15 902	16 081	1,2	0,9	80,0	23 632	+ 2,7	- 3,3
Ostdeutschland	5 901	4 008	4 009	2,1	1,3	20,0	23 790	- 12,8	- 4,5

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2001	2005	2006	2001	2006			06/01	06/05
	Mio. €			%			€	%	
Baden-Württemberg	106 693	112 973	118 603	38,2	39,0	19,1	66 479	+ 9,4	+ 5,9
Bayern	103 639	110 205	115 084	31,1	31,2	18,5	62 411	+ 11,0	+ 5,6
Berlin	13 112	13 097	13 291	18,5	18,3	2,1	61 980	- 1,0	+ 0,8
Brandenburg	10 505	10 798	11 437	25,4	25,6	1,8	50 560	+ 0,9	+ 4,0
Bremen	5 820	6 092	6 299	28,4	27,6	1,0	77 879	+ 1,2	+ 2,7
Hamburg	13 575	13 338	14 188	19,7	18,3	2,3	88 595	- 2,7	+ 5,1
Hessen	43 730	44 801	46 138	25,6	25,1	7,4	66 691	+ 2,7	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	5 389	5 410	5 741	19,5	19,6	0,9	43 658	+ 3,0	+ 5,6
Niedersachsen	52 118	52 662	55 457	31,8	31,2	8,9	63 565	+ 2,0	+ 4,8
Nordrhein-Westfalen	121 483	127 582	133 034	29,2	29,4	21,4	64 147	+ 5,3	+ 3,7
Rheinland-Pfalz	26 845	28 067	29 354	32,7	32,3	4,7	63 128	+ 7,3	+ 4,5
Saarland	7 400	8 552	8 825	32,6	35,0	1,4	61 127	+ 12,6	+ 2,1
Sachsen	19 544	21 578	23 805	27,8	29,8	3,8	47 094	+ 22,8	+ 11,2
Sachsen-Anhalt	10 611	12 298	13 456	26,8	29,8	2,2	57 684	+ 20,2	+ 8,4
Schleswig-Holstein	13 631	13 643	14 043	22,8	22,3	2,3	58 085	+ 0,5	+ 3,1
Thüringen	11 085	12 284	13 276	29,5	32,0	2,1	45 975	+ 20,3	+ 8,6
Deutschland	565 180	593 380	622 030	29,7	29,9	100,0	62 465	+ 7,4	+ 5,0
Westdeutschland	494 935	517 915	541 025	30,6	30,6	87,0	64 729	+ 6,6	+ 4,7
Ostdeutschland	70 245	75 465	81 005	24,4	25,9	13,0	50 639	+ 12,7	+ 7,1

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2001	2005	2006	2001	2006			06/01	06/05
	Mio. €			%			€		%
Baden-Württemberg	169 414	178 777	182 786	60,7	60,2	12,7	51 460	+ 2,5	+ 2,0
Bayern	224 441	245 411	249 881	67,4	67,7	17,4	57 143	+ 8,4	+ 1,6
Berlin	57 672	57 978	59 259	81,3	81,6	4,1	43 936	- 1,7	+ 2,1
Brandenburg	29 676	31 654	32 205	71,7	72,2	2,2	42 864	+ 4,1	+ 1,2
Bremen	14 607	16 036	16 448	71,3	72,1	1,1	54 218	+ 9,1	+ 2,3
Hamburg	55 147	61 370	63 301	80,1	81,5	4,4	70 594	+ 6,9	+ 2,7
Hessen	125 836	135 306	137 018	73,7	74,4	9,5	59 373	+ 3,7	+ 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	20 921	22 365	22 755	75,7	77,7	1,6	41 282	+ 5,3	+ 1,4
Niedersachsen	107 525	116 767	118 839	65,6	66,9	8,3	46 293	+ 8,2	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	291 230	309 277	316 280	70,0	70,0	22,0	50 413	+ 3,9	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	53 807	58 776	59 928	65,6	66,0	4,2	46 736	+ 7,1	+ 1,8
Saarland	15 181	16 121	16 359	67,0	64,8	1,1	45 456	+ 3,7	+ 1,3
Sachsen	49 696	54 435	55 364	70,6	69,3	3,9	40 739	+ 7,0	+ 1,4
Sachsen-Anhalt	27 905	30 474	30 967	70,4	68,5	2,2	42 326	+ 5,9	+ 1,0
Schleswig-Holstein	44 769	47 176	47 957	74,7	76,2	3,3	50 258	+ 5,1	+ 1,8
Thüringen	25 542	27 257	27 532	68,0	66,4	1,9	40 067	+ 3,7	+ 0,6
Deutschland	1 313 370	1 409 180	1 436 880	69,0	69,1	100,0	50 775	+ 5,1	+ 1,8
Westdeutschland	1 101 957	1 185 017	1 208 797	68,2	68,5	84,1	52 855	+ 5,4	+ 1,8
Ostdeutschland	211 413	224 163	228 083	73,5	72,8	15,9	42 011	+ 3,5	+ 1,4

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2001	2005	2006	2001	2006 ¹⁾	06/01	06/05
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	2 723	2 893	2 425	66,5	57,9	- 10,9	- 16,2
Bayern	3 943	4 289	4 300	77,2	79,5	+ 9,1	+ 0,3
Berlin	2 108	1 722	1 381	190,0	115,8	- 34,5	- 19,8
Brandenburg	1 522	1 242	940	196,5	114,0	- 38,2	- 24,3
Bremen	184	306	228	85,4	102,9	+ 23,9	- 25,5
Hamburg	728	818	729	93,9	89,7	+ 0,1	- 10,9
Hessen	2 001	2 214	1 954	86,5	81,2	- 2,3	- 11,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 303	948	672	258,0	129,9	- 48,4	- 29,1
Niedersachsen	2 869	3 290	2 999	115,4	114,8	+ 4,5	- 8,8
Nordrhein-Westfalen	6 573	10 758	7 359	105,2	114,1	+ 12,0	- 31,6
Rheinland-Pfalz	1 281	1 659	1 586	85,4	103,4	+ 23,8	- 4,4
Saarland	290	403	343	85,2	99,2	+ 18,3	- 14,9
Sachsen	2 682	2 465	2 212	198,8	157,8	- 17,5	- 10,3
Sachsen-Anhalt	1 674	1 420	1 131	252,2	169,6	- 32,4	- 20,4
Schleswig-Holstein	1 072	1 387	1 317	107,4	127,1	+ 22,9	- 5,0
Thüringen	1 325	1 029	781	181,1	105,0	- 41,1	- 24,1
Deutschland	32 278	36 843	30 357	110,5	100,0	- 6,0	- 17,6
Westdeutschland	21 664	28 017	23 240	90,0	92,9	+ 7,3	- 17,1
Ostdeutschland	10 614	8 826	7 117	206,8	133,1	- 32,9	- 19,4

¹⁾ Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2005.

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2001	2004	2005	2001	2004	2005	05/01	05/04
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	409 625	412 020	419 088	408 278	410 565	417 523	+ 2,3	+ 1,7
Bayern	510 432	526 174	541 050	509 102	524 787	539 599	+ 6,0	+ 2,8
Berlin	110 942	113 917	119 237	110 749	113 726	119 046	+ 7,5	+ 4,7
Brandenburg	77 459	78 836	82 441	77 398	78 758	82 354	+ 6,4	+ 4,6
Bremen	21 552	21 858	22 166	21 425	21 723	22 033	+ 2,8	+ 1,4
Hamburg	77 539	78 801	81 234	77 132	78 395	80 779	+ 4,8	+ 3,1
Hessen	231 315	235 001	240 565	230 549	234 287	239 817	+ 4,0	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	50 513	50 305	51 750	50 470	50 256	51 693	+ 2,4	+ 2,9
Niedersachsen	248 648	253 250	261 203	247 968	252 512	260 429	+ 5,0	+ 3,1
Nordrhein-Westfalen	624 775	628 567	645 227	622 580	626 302	642 861	+ 3,3	+ 2,7
Rheinland-Pfalz	149 914	151 108	153 359	149 606	150 797	153 025	+ 2,3	+ 1,5
Saarland	34 029	34 138	34 562	33 939	34 040	34 458	+ 1,6	+ 1,2
Sachsen	134 908	135 984	140 176	134 806	135 858	140 041	+ 3,9	+ 3,1
Sachsen-Anhalt	66 374	65 294	66 667	66 322	65 218	66 576	+ 0,4	+ 2,1
Schleswig-Holstein	99 798	99 157	103 620	99 536	98 899	103 356	+ 3,8	+ 4,5
Thüringen	73 160	72 763	74 413	73 107	72 706	74 352	+ 1,7	+ 2,3
Deutschland	2 920 983	2 957 173	3 036 758	2 912 967	2 948 829	3 027 942	+ 4,0	+ 2,7
Westdeutschland	2 407 627	2 440 074	2 502 074	2 400 115	2 432 307	2 493 880	+ 3,9	+ 2,5
Ostdeutschland	513 356	517 099	534 684	512 852	516 522	534 062	+ 4,2	+ 3,4

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen
	2001	2004	2005	2001	2004	2005	05/01	05/04	2005
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	680 407	712 485	744 347	275 425	266 543	272 965	+ 9,4	+ 4,5	36,7
Bayern	701 373	716 150	760 833	304 266	295 711	307 796	+ 8,5	+ 6,2	40,5
Berlin	107 590	115 205	123 275	49 670	46 282	49 281	+ 14,6	+ 7,0	40,0
Brandenburg	50 261	52 814	57 530	35 767	34 226	36 605	+ 14,5	+ 8,9	63,6
Bremen	51 789	51 379	50 959	19 759	18 991	19 850	- 1,6	- 0,8	39,0
Hamburg	245 993	281 668	304 199	57 771	55 913	58 128	+ 23,7	+ 8,0	19,1
Hessen	386 040	372 082	391 742	144 127	134 445	136 156	+ 1,5	+ 5,3	34,8
Mecklenburg-Vorpommern	32 981	31 422	33 238	25 994	24 325	25 269	+ 0,8	+ 5,8	76,0
Niedersachsen	371 713	391 423	403 529	163 674	158 907	165 620	+ 8,6	+ 3,1	41,0
Nordrhein-Westfalen	1 180 224	1 138 528	1 186 324	429 043	410 861	418 456	+ 0,5	+ 4,2	35,3
Rheinland-Pfalz	147 691	155 320	162 900	80 811	79 012	80 597	+ 10,3	+ 4,9	49,5
Saarland	40 413	44 639	47 990	19 347	18 981	19 290	+ 18,7	+ 7,5	40,2
Sachsen	81 000	88 510	92 093	62 225	60 980	63 533	+ 13,7	+ 4,0	69,0
Sachsen-Anhalt	41 860	43 576	47 362	33 805	32 510	33 325	+ 13,1	+ 8,7	70,4
Schleswig-Holstein	108 939	108 331	115 712	59 094	57 258	60 157	+ 6,2	+ 6,8	52,0
Thüringen	44 611	43 975	45 364	36 452	35 422	36 660	+ 1,7	+ 3,2	80,8
Deutschland	4 272 885	4 347 506	4 567 397	1 797 230	1 730 366	1 783 688	+ 6,9	+ 5,1	39,1
Westdeutschland	3 914 582	3 972 005	4 168 535	1 553 317	1 496 621	1 539 015	+ 6,5	+ 4,9	36,9
Ostdeutschland	358 303	375 501	398 862	243 913	233 745	244 673	+ 11,3	+ 6,2	61,3

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			06/01	06/05
	2001	2005	2006	2001	2005	2006		
	Mio. €							
Baden-Württemberg	242 640	261 848	284 050	103 618	122 919	136 661	+17,1	+8,5
Bayern	252 843	291 310	310 225	104 961	132 346	145 156	+22,7	+6,5
Berlin	30 631	30 452	30 979	7 539	9 254	9 642	+1,1	+1,7
Brandenburg	16 503	18 717	20 703	3 096	4 072	4 885	+25,4	+10,6
Bremen	20 800	18 833	18 018	11 090	10 150	9 146	-13,4	-4,3
Hamburg	68 423	65 972	72 380	10 995	12 667	15 788	+5,8	+9,7
Hessen	83 230	90 001	95 298	31 298	38 899	42 818	+14,5	+5,9
Mecklenburg-Vorpommern	8 152	9 763	10 864	1 701	1 934	2 693	+33,3	+11,3
Niedersachsen	139 612	157 380	169 710	56 527	63 111	69 895	+ 21,6	+ 7,8
Nordrhein-Westfalen	296 621	322 292	329 324	105 055	124 802	133 833	+11,0	+2,2
Rheinland-Pfalz	61 848	68 559	74 174	26 068	32 404	35 201	+19,9	+8,2
Saarland	19 975	22 760	23 640	8 632	10 130	11 044	+18,3	+3,9
Sachsen	34 387	44 410	50 934	9 656	13 588	17 292	+48,1	+14,7
Sachsen-Anhalt	20 544	29 652	34 432	3 787	6 948	8 811	+67,6	+16,1
Schleswig-Holstein	27 874	32 059	33 943	8 897	13 203	13 968	+21,8	+5,9
Thüringen	19 731	24 638	27 030	4 619	7 200	8 006	+37,0	+9,7
Deutschland	1 343 813	1 488 647	1 585 703	497 537	603 626	664 839	+ 18,0	+ 6,5
Westdeutschland	1 213 866	1 331 014	1 410 762	467 141	560 631	613 510	+16,2	+6,0
Ostdeutschland	129 948	157 632	174 942	30 398	42 996	51 329	+34,6	+11,0

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	11 116	9 168	10 379	12,0	12,2	12,6	-6,6	+13,2
Bayern	17 506	14 278	15 998	18,9	18,9	19,4	-8,6	+12,0
Berlin	3 018	2 255	2 154	3,3	3,0	2,6	-28,6	-4,5
Brandenburg	4 031	3 005	3 320	4,3	4,0	4,0	-17,6	+10,5
Bremen	760	541	585	0,8	0,7	0,7	-23,0	+8,0
Hamburg	2 145	1 521	1 682	2,3	2,0	2,0	-21,6	+10,6
Hessen	6 280	5 100	5 405	6,8	6,8	6,6	-13,9	+6,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 268	1 817	1 802	2,4	2,4	2,2	-20,5	-0,8
Niedersachsen	8 473	7 695	8 685	9,1	10,2	10,5	+ 2,5	+ 12,9
Nordrhein-Westfalen	15 067	12 854	13 399	16,3	17,0	16,3	-11,1	+4,2
Rheinland-Pfalz	4 276	3 711	4 236	4,6	4,9	5,1	-0,9	+14,2
Saarland	1 084	986	1 037	1,2	1,3	1,3	-4,3	+5,2
Sachsen	6 857	4 933	5 603	7,4	6,5	6,8	-18,3	+13,6
Sachsen-Anhalt	3 725	2 888	3 026	4,0	3,8	3,7	-18,8	+4,8
Schleswig-Holstein	2 702	2 025	2 208	2,9	2,7	2,7	-18,3	+9,0
Thüringen	3 375	2 629	2 875	3,6	3,5	3,5	-14,8	+9,4
Deutschland	92 684	75 405	82 394	100,0	100,0	100,0	- 11,1	+ 9,3
Westdeutschland	69 409	57 878	63 614	74,9	76,8	77,2	-8,3	+9,9
Ostdeutschland	23 274	17 526	18 780	25,1	23,2	22,8	-19,3	+7,2

23. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			06/01	06/05
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	%	
Anzahl (1 000)								
Baden-Württemberg	41 887	40 501	40 857	5 504	6 572	7 261	-2,5	+0,9
Bayern	78 661	74 574	74 691	9 685	11 016	12 055	-5,0	+0,2
Berlin	11 472	14 620	15 910	3 073	5 026	5 925	+38,7	+8,8
Brandenburg	9 530	9 380	9 552	552	593	666	+0,2	+1,8
Bremen ¹⁾	1 288	1 376	1 469	273	305	349	-	+6,8
Hamburg ¹⁾	4 770	6 435	7 177	1 091	1 311	1 562	-	+11,5
Hessen	26 615	25 174	25 968	4 816	5 091	5 441	-2,4	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	23 036	24 494	24 772	467	646	696	+7,5	+1,1
Niedersachsen	37 094	34 285	34 885	2 146	2 463	2 605	-6,0	+1,8
Nordrhein-Westfalen	37 942	38 439	39 264	5 984	7 105	7 740	+3,5	+2,1
Rheinland-Pfalz	20 228	19 918	19 916	4 409	4 733	4 856	-1,5	-0,0
Saarland	2 267	2 152	2 195	212	267	285	-3,2	+2,0
Sachsen	14 938	15 404	16 378	890	1 169	1 327	+9,6	+6,3
Sachsen-Anhalt	5 790	6 009	6 414	321	338	424	+10,8	+6,7
Schleswig-Holstein	23 294	22 362	23 044	924	1 103	1 225	-1,1	+3,0
Thüringen	9 055	8 858	8 731	441	507	531	-3,6	-1,4
Deutschland	347 941	343 981	351 224	40 780	48 246	52 947	+0,9	+2,1
Westdeutschland	274 120	265 214	269 467	35 036	39 967	43 379	-1,7	+1,6
Ostdeutschland	73 822	78 767	81 757	5 744	8 280	9 568	+10,7	+3,8

¹⁾ Bremen und Hamburg 2001 ohne Campingplätze.

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2006	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2001	2005	2006		06/01	06/05
	Mio. €				%	
Baden-Württemberg	105 615	123 144	141 924	19,6	+34,4	+15,3
Bayern	98 301	126 891	141 266	19,5	+43,7	+11,3
Berlin	9 150	9 964	11 373	1,6	+24,3	+14,1
Brandenburg	4 633	6 658	8 808	1,2	+90,1	+32,3
Bremen	10 209	12 533	12 270	1,7	+20,2	-2,1
Hamburg	23 779	22 245	28 074	3,9	+18,1	+26,2
Hessen	32 955	39 461	44 831	6,2	+36,0	+13,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 894	2 889	3 764	0,5	+30,1	+30,3
Niedersachsen	48 604	60 346	67 145	9,3	+ 38,1	+ 11,3
Nordrhein-Westfalen	118 047	144 811	160 446	22,1	+35,9	+10,8
Rheinland-Pfalz	25 646	33 981	36 307	5,0	+41,6	+6,8
Saarland	9 594	11 557	12 583	1,7	+31,2	+8,9
Sachsen	13 209	17 696	19 555	2,7	+48,0	+10,5
Sachsen-Anhalt	4 614	7 720	9 904	1,4	+114,7	+28,3
Schleswig-Holstein	11 137	16 283	17 459	2,4	+56,8	+7,2
Thüringen	5 048	7 859	9 238	1,3	+83,0	+17,5
Deutschland ¹⁾	638 282	786 200	895 979	100,0	+ 40,4	+ 14,0
Westdeutschland	483 887	591 252	662 305	91,4	+36,9	+12,0
Ostdeutschland	39 548	52 786	62 642	8,6	+58,4	+18,7

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungs-fähiger Exporte.

25. Bruttonomatsverdienste der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmer(in) im Oktober			Deutschland = 100		Veränderung je Arbeitnehmer(in)	
	2001	2005	2006	2005	2006	06/01	06/05
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	2 901	3 230	3 286	106,3	106,1	+ 13,3	+ 1,7
Bayern	2 810	3 124	3 179	102,8	102,7	+ 13,1	+ 1,8
Berlin	-	3 098	3 179	101,9	102,7	-	+ 2,6
Brandenburg	2 094	2 363	2 392	77,8	77,3	+ 14,2	+ 1,2
Bremen	2 974	3 190	3 240	105,0	104,7	+ 8,9	+ 1,6
Hamburg	3 161	3 575	3 663	117,6	118,3	+ 15,9	+ 2,5
Hessen	2 960	3 312	3 369	109,0	108,8	+ 13,8	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	2 027	2 200	2 250	72,4	72,7	+ 11,0	+ 2,3
Niedersachsen	2 702	2 942	2 970	96,8	95,9	+ 9,9	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	2 821	3 079	3 153	101,3	101,8	+ 11,8	+ 2,4
Rheinland-Pfalz	2 732	3 036	3 104	99,9	100,3	+ 13,6	+ 2,2
Saarland	2 675	2 942	3 018	96,8	97,5	+ 12,8	+ 2,6
Sachsen	2 042	2 235	2 270	73,5	73,3	+ 11,2	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	2 048	2 283	2 321	75,1	75,0	+ 13,3	+ 1,7
Schleswig-Holstein	2 666	2 964	3 005	97,5	97,1	+ 12,7	+ 1,4
Thüringen	1 969	2 155	2 180	70,9	70,4	+ 10,7	+ 1,2
Deutschland	2 749	3 039	3 096	100,0	100,0	+ 12,6	+ 1,9
Westdeutschland ¹⁾	2 835	3 134	3 193	103,1	103,1	+ 12,6	+ 1,9
Ostdeutschland ²⁾	2 035	2 282	2 316	75,1	74,8	+ 13,8	+ 1,5

26. Bruttonomatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmerin im Oktober			Veränderung		Abstand zu den männlichen Arbeitnehmern		
	2001	2005	2006	06/01	06/05	2001	2005	2006
	€			%		%		
Baden-Württemberg	2 337	2 603	2 655	+ 13,6	+ 2,0	- 24,8	- 24,2	- 23,9
Bayern	2 308	2 604	2 660	+ 15,3	+ 2,2	- 22,7	- 20,8	- 20,3
Berlin	-	2 779	2 832	-	+ 1,9	-	- 14,9	- 15,7
Brandenburg	1 939	2 206	2 234	+ 15,2	+ 1,3	- 10,1	- 9,2	- 9,1
Bremen	2 397	2 561	2 607	+ 8,8	+ 1,8	- 23,3	- 23,2	- 23,1
Hamburg	2 719	3 064	3 122	+ 14,8	+ 1,9	- 19,3	- 19,0	- 19,6
Hessen	2 560	2 895	2 964	+ 15,8	+ 2,4	- 17,5	- 16,1	- 15,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 892	2 017	2 048	+ 8,2	+ 1,5	- 9,0	- 11,6	- 12,4
Niedersachsen	2 208	2 418	2 452	+ 11,1	+ 1,4	- 22,4	- 21,6	- 21,1
Nordrhein-Westfalen	2 382	2 605	2 651	+ 11,3	+ 1,8	- 19,3	- 19,0	- 19,6
Rheinland-Pfalz	2 288	2 565	2 637	+ 15,3	+ 2,8	- 20,3	- 19,1	- 18,5
Saarland	2 110	2 371	2 411	+ 14,3	+ 1,7	- 25,1	- 22,8	- 23,5
Sachsen	1 831	1 997	2 037	+ 11,3	+ 2,0	- 14,1	- 14,5	- 13,8
Sachsen-Anhalt	1 914	2 110	2 143	+ 12,0	+ 1,6	- 8,5	- 10,1	- 10,2
Schleswig-Holstein	2 195	2 495	2 540	+ 15,7	+ 1,8	- 23,0	- 20,5	- 20,1
Thüringen	1 730	1 912	1 942	+ 12,3	+ 1,6	- 16,3	- 15,5	- 15,1
Deutschland	2 294	2 550	2 600	+ 13,3	+ 2,0	- 21,0	- 20,2	- 20,1
Westdeutschland ¹⁾	2 355	2 623	2 676	+ 13,6	+ 2,0	- 21,4	- 20,3	- 20,2
Ostdeutschland ²⁾	1 846	2 085	2 118	+ 14,7	+ 1,6	- 12,6	- 11,9	- 11,7

¹⁾ Einschl. Berlin-West. – ²⁾ Einschl. Berlin-Ost.

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	2001	2005	2006		2001	2006		
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl		06/01	06/05
Baden-Württemberg	91 341	111 044	109 218	10,2	71 993	88 438	+ 19,6	- 1,6
Bayern	121 289	149 257	146 463	11,7	94 421	119 725	+ 20,8	- 1,9
Berlin	31 414	44 015	45 762	13,5	25 938	40 860	+ 45,7	+ 4,0
Brandenburg	21 394	26 310	25 499	10,0	18 126	20 781	+ 19,2	- 3,1
Bremen	5 094	6 197	6 625	10,0	4 238	5 831	+ 30,1	+ 6,9
Hamburg	17 694	21 931	21 955	12,6	14 323	19 097	+ 24,1	+ 0,1
Hessen	63 641	78 532	76 700	12,6	49 293	63 394	+ 20,5	- 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	14 072	17 200	15 465	9,1	11 929	13 444	+ 9,9	- 10,1
Niedersachsen	62 214	77 461	76 736	9,6	49 484	63 874	+ 23,3	- 0,9
Nordrhein-Westfalen	150 943	188 613	186 413	10,3	122 036	158 235	+ 23,5	- 1,2
Rheinland-Pfalz	37 270	43 558	44 480	11,0	29 704	37 297	+ 19,3	+ 2,1
Saarland	8 465	9 582	9 216	8,8	6 923	7 906	+ 8,9	- 3,8
Sachsen	37 926	45 386	43 736	10,3	31 720	37 853	+ 15,3	- 3,6
Sachsen-Anhalt	19 149	21 615	19 908	8,1	15 544	17 475	+ 4,0	- 7,9
Schleswig-Holstein	27 056	32 219	32 847	11,6	22 133	26 287	+ 21,4	+ 1,9
Thüringen	20 016	22 224	20 768	8,9	16 091	17 659	+ 3,8	- 6,6
Deutschland	728 978	895 144	881 791	10,7	583 896	738 156	+ 21,0	- 1,5
Westdeutschland	585 007	718 394	710 653	10,8	464 548	590 084	+ 21,5	- 1,1
Ostdeutschland	143 971	176 750	171 138	10,3	119 348	148 072	+ 18,9	- 3,2

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	2001	2005	2006		2001	2006		
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl		06/01	06/05
Baden-Württemberg	81 576	89 277	90 411	8,4	60 948	69 269	+ 10,8	+ 1,3
Bayern	100 008	112 183	113 657	9,1	67 925	86 173	+ 13,6	+ 1,3
Berlin	26 893	32 833	32 773	9,6	21 386	27 890	+ 21,9	- 0,2
Brandenburg	19 793	20 755	21 279	8,3	15 869	16 834	+ 7,5	+ 2,5
Bremen	4 467	5 316	5 596	8,4	3 756	4 848	+ 25,3	+ 5,3
Hamburg	13 398	14 936	14 785	8,5	10 187	12 420	+ 10,4	- 1,0
Hessen	57 146	61 902	62 492	10,3	43 747	49 333	+ 9,4	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	14 677	14 185	13 359	7,9	12 355	11 388	- 9,0	- 5,8
Niedersachsen	54 898	60 153	60 435	7,6	42 433	47 644	+ 10,1	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	132 746	154 507	156 128	8,7	103 267	128 036	+ 17,6	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	31 509	34 593	35 490	8,8	24 038	28 481	+ 12,6	+ 2,6
Saarland	7 425	8 390	7 867	7,5	5 721	6 581	+ 6,0	- 6,2
Sachsen	36 090	35 776	35 256	8,3	30 186	29 433	- 2,3	- 1,5
Sachsen-Anhalt	20 589	18 913	17 464	7,1	17 257	15 182	- 15,2	- 7,7
Schleswig-Holstein	23 688	25 984	25 816	9,1	17 815	19 975	+ 9,0	- 0,6
Thüringen	20 258	18 550	17 373	7,5	16 399	13 952	- 14,2	- 6,3
Deutschland	645 161	708 253	710 181	8,6	493 289	567 439	+ 10,1	+ 0,3
Westdeutschland	506 861	567 241	572 677	8,7	379 837	452 760	+ 13,0	+ 1,0
Ostdeutschland	138 300	141 012	137 504	8,2	113 452	114 679	- 0,6	- 2,5

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der	
	insgesamt		je Beschäftigten		Investitionen insgesamt	
	2000	2004	2005		05/00	05/04
	Mio. €		€		%	
Baden-Württemberg	9 004,0	9 015,1	7 992,5	6 652	-11,2	-11,3
Bayern	10 622,2	9 095,0	8 982,9	7 803	-15,4	-1,2
Berlin	925,4	831,8	836,1	8 448	-9,6	+0,5
Brandenburg	1 127,5	1 171,8	872,4	10 380	-22,6	-25,6
Bremen	660,8	527,3	514,2	8 829	-22,2	-2,5
Hamburg	822,7	1 042,2	1 040,8	11 132	+26,5	-0,1
Hessen	3 554,7	2 623,6	2 442,9	5 909	-31,3	-6,9
Mecklenburg-Vorpommern	531,5	386,0	403,6	8 057	-24,1	+4,6
Niedersachsen	4 570,6	4 446,5	4 154,6	8 013	- 9,1	- 6,6
Nordrhein-Westfalen	10 901,8	8 823,9	9 020,7	7 084	-17,3	+2,2
Rheinland-Pfalz	2 582,7	2 105,8	2 036,7	7 425	-21,1	-3,3
Saarland	835,2	874,6	813,4	8 301	-2,6	-7,0
Sachsen	2 716,8	3 603,9	3 062,4	13 315	+12,7	-15,0
Sachsen-Anhalt	1 351,5	1 588,3	1 458,2	13 167	+7,9	-8,2
Schleswig-Holstein	1 016,6	764,3	807,7	6 456	-20,5	+5,7
Thüringen	1 254,4	1 110,5	1 061,9	7 239	-15,3	-4,4
Deutschland	52 478,5	48 010,6	45 501,0	7 676	- 13,3	- 5,2
Westdeutschland	44 571,3	39 318,3	37 806,4	7 260	-15,2	-3,8
Ostdeutschland	7 907,1	8 692,3	7 694,6	10 679	-2,7	-11,5

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2000	2004	2005	2000	2006	05/00	05/04
	Mio. €			%		%	
Baden-Württemberg	52 925	70 124	70 737	10,5	13,4	+ 33,7	+ 0,9
Bayern	38 143	68 671	74 588	7,5	14,2	+ 95,5	+ 8,6
Berlin	14 423	16 260	15 912	2,8	3,0	+ 10,3	- 2,1
Brandenburg	1 229	944	891	0,2	0,2	- 27,5	- 5,6
Bremen	1 619	4 035	4 172	0,3	0,8	+ 157,7	+ 3,4
Hamburg	35 276	55 981	65 842	7,0	12,5	+ 86,6	+ 17,6
Hessen	95 138	102 986	101 484	18,8	19,3	+ 6,7	- 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	756	2 408	2 796	0,1	0,5	+ 269,8	+ 16,1
Niedersachsen	11 632	24 181	15 952	2,3	3,0	+ 37,1	- 34,0
Nordrhein-Westfalen	230 695	157 005	143 901	45,6	27,3	- 37,6	- 8,3
Rheinland-Pfalz	10 191	11 771	10 301	2,0	2,0	+ 1,1	- 12,5
Saarland	1 105	1 976	2 139	0,2	0,4	+ 93,6	+ 8,2
Sachsen	1 334	2 013	2 232	0,3	0,4	+ 67,3	+ 10,9
Sachsen-Anhalt	3 449	4 192	4 077	0,7	0,8	+ 18,2	- 2,7
Schleswig-Holstein	6 803	9 950	9 447	1,3	1,8	+ 38,9	- 5,1
Thüringen	1 395	1 972	2 066	0,3	0,4	+ 48,1	4,8
Deutschland	506 112	534 468	526 536	100,0	100,0	+ 4,0	- 1,5
Westdeutschland	483 527	506 680	498 563	95,5	94,7	+ 3,1	- 1,6
Ostdeutschland	22 586	27 789	27 974	4,5	5,3	+ 23,9	+ 0,7

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen ¹⁾	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	11 884	12 828	13 347	113	120	124	+ 12,3	+ 4,0
Bayern	14 511	13 688	14 010	118	110	112	- 3,5	+ 2,4
Berlin	1 197	866	943	35	26	28	- 21,2	+ 8,9
Brandenburg	384	311	428	15	12	17	+ 11,5	+ 37,6
Bremen	197	173	142	30	26	21	- 27,9	- 17,9
Hamburg	1 459	919	946	85	53	54	- 35,2	+ 2,9
Hessen	4 176	3 402	3 202	69	56	53	- 23,3	- 5,9
Mecklenburg-Vorpommern	179	197	183	10	11	11	+ 2,2	- 7,1
Niedersachsen	3 234	2 738	2 603	41	34	33	- 19,5	- 4,9
Nordrhein-Westfalen	9 880	8 151	8 195	55	45	45	- 17,1	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	2 440	2 218	1 311	60	55	32	- 46,3	- 40,9
Saarland	357	360	318	33	34	30	- 10,9	- 11,7
Sachsen	902	847	810	20	20	19	- 10,2	- 4,4
Sachsen-Anhalt	397	366	343	15	15	14	- 13,6	- 6,3
Schleswig-Holstein	661	600	585	24	21	21	- 11,5	- 2,5
Thüringen	792	703	646	33	30	28	- 18,4	- 8,1
Deutschland	52 650	48 367	48 012	64	59	58	- 8,8	- 0,7
Westdeutschland	48 799	45 077	44 659	75	69	68	- 8,5	- 0,9
Ostdeutschland	3 851	3 290	3 353	22	20	20	- 12,9	+ 1,9

¹⁾ Bedingt durch die Reform des internationalen Patentrechts (PCT) 2004 sind die Werte ab 2004 mit denen der Vorjahre nicht direkt vergleichbar.

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	9 152	8 419	7 932	7,9	6,7	6,3	- 13,3	- 5,8
Bayern	13 666	10 878	10 463	10,5	7,5	7,2	- 23,4	- 3,8
Berlin	4 280	3 576	3 390	12,1	10,4	11,0	- 20,8	- 5,2
Brandenburg	3 359	3 397	3 555	8,8	10,2	13,6	+ 5,8	+ 4,7
Bremen	678	690	580	11,2	10,7	9,0	- 14,5	- 15,9
Hamburg	1 867	1 771	1 802	12,7	11,1	11,3	- 3,5	+ 1,8
Hessen	6 012	5 280	5 435	9,8	7,9	8,2	- 9,6	+ 2,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 076	2 548	2 768	11,2	11,1	15,6	- 10,0	+ 8,6
Niedersachsen	8 512	8 345	7 749	9,9	8,8	8,2	- 9,0	- 7,1
Nordrhein-Westfalen	13 418	14 741	14 444	6,9	6,9	6,8	+ 7,6	- 2,0
Rheinland-Pfalz	4 129	3 487	3 613	9,3	7,2	7,5	- 12,5	+ 3,6
Saarland	1 239	939	889	11,0	7,9	7,5	- 28,2	- 5,3
Sachsen	6 801	4 830	4 316	11,8	9,7	10,9	- 36,5	- 10,6
Sachsen-Anhalt	5 207	3 845	3 486	14,6	12,5	14,3	- 33,1	- 9,3
Schleswig-Holstein	3 072	3 098	3 164	10,9	9,5	9,6	+ 3,0	+ 2,1
Thüringen	4 413	2 308	2 311	13,2	8,1	10,3	- 47,6	+ 0,1
Deutschland	88 881	78 152	75 897	9,7	8,1	8,2	- 14,6	- 2,9
Westdeutschland	61 745	57 648	56 071	8,9	7,6	7,4	- 9,2	- 2,7
Ostdeutschland	27 136	20 504	19 826	11,9	10,3	12,3	- 26,9	- 3,3

¹⁾ Durchschnitt der 14- bis unter 16-Jährigen am 1.1.

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife					Veränderung der Quoten	
	Absolventen 2005	Absolventen 2006	Abiturientenquote ¹⁾			06/01	06/05
	Anzahl		%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	38 949	41 564	29,8	32,0	33,6	+ 9,7	+ 3,8
Bayern	28 932	30 764	19,6	21,1	22,1	+ 9,1	+ 2,7
Berlin	13 429	13 988	32,3	35,9	36,9	+ 12,7	+ 2,3
Brandenburg	11 263	11 803	30,8	31,0	32,5	+ 7,3	+ 6,1
Bremen	2 407	2 602	31,6	34,0	35,4	+ 10,1	+ 5,5
Hamburg	5 712	6 108	31,1	33,2	35,2	+ 10,6	+ 4,4
Hessen	18 605	19 975	29,5	29,2	30,9	+ 2,1	+ 4,5
Mecklenburg-Vorpommern	6 757	7 149	4,0	26,2	27,6	+ 605,6	+ 8,3
Niedersachsen	24 335	24 925	24,3	27,7	27,8	+ 11,1	- 0,6
Nordrhein-Westfalen	61 159	65 448	29,4	30,8	32,0	+ 5,5	+ 3,7
Rheinland-Pfalz	12 130	13 297	24,3	26,2	27,8	+ 13,3	+ 8,5
Saarland	2 713	3 050	22,6	23,6	26,0	+ 13,1	+ 10,4
Sachsen	16 631	16 804	29,1	29,5	30,3	+ 7,5	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	9 280	8 751	3,2	27,3	25,8	+ 715,9	- 4,5
Schleswig-Holstein	8 426	9 052	25,2	29,0	30,0	+ 13,6	+ 2,4
Thüringen	9 934	10 176	28,7	30,6	31,9	+ 15,9	+ 7,0
Deutschland	270 662	285 456	25,6	28,7	29,8	+ 14,4	+ 3,5
Westdeutschland	203 368	216 785	26,5	28,3	29,5	+ 8,0	+ 3,5
Ostdeutschland	67 294	68 671	22,9	30,2	31,0	+ 38,0	+ 3,8

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	343 220	371 261	382 159	8,9	10,0	10,2	+11,3	+2,9
Bayern	371 774	399 114	413 092	8,4	9,3	9,6	+11,1	+3,5
Berlin	138 602	135 623	139 159	12,3	13,4	13,6	+0,4	+2,6
Brandenburg	72 155	68 941	68 805	9,3	9,9	9,7	-4,6	-0,2
Bremen	27 433	28 796	29 558	9,6	10,7	10,9	+7,7	+2,6
Hamburg	84 459	89 035	92 884	10,9	12,1	12,4	+10,0	+4,3
Hessen	225 873	233 091	239 094	10,3	11,2	11,4	+5,9	+2,6
Mecklenburg-Vorpommern	48 431	45 173	45 489	8,6	9,1	9,0	-6,1	+0,7
Niedersachsen	151 760	169 000	175 043	6,3	7,3	7,5	+15,3	+3,6
Nordrhein-Westfalen	477 583	499 527	509 011	8,1	9,0	9,2	+6,6	+1,9
Rheinland-Pfalz	78 057	80 331	82 959	6,5	7,0	7,2	+6,3	+3,3
Saarland	23 925	25 262	26 013	6,7	7,4	7,7	+8,7	+3,0
Sachsen	179 067	173 050	174 769	12,1	13,0	13,0	-2,4	+1,0
Sachsen-Anhalt	66 067	62 631	63 126	8,2	8,7	8,7	-4,5	+0,8
Schleswig-Holstein	44 293	46 361	47 871	5,4	6,0	6,1	+8,1	+3,3
Thüringen	83 152	72 679	72 606	10,5	10,3	10,2	-12,7	-0,1
Deutschland	2 415 851	2 499 875	2 561 638	8,7	9,5	9,7	+6,0	+2,5
Westdeutschland	1 828 377	1 941 778	1 997 684	8,2	9,2	9,4	+9,3	+2,9
Ostdeutschland	587 474	558 097	563 954	10,6	11,2	11,2	-4,0	+1,0

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuerein./ber. Ausgaben 2006
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	44 906	45 205	46 007	4 252	4 212	4 284	+2,5	+1,8	74,4
Bayern	50 650	51 576	52 311	4 125	4 140	4 192	+3,3	+1,4	74,9
Berlin	22 576	21 580	20 449	6 671	6 363	6 015	-9,4	-5,2	44,6
Brandenburg	12 093	11 962	12 242	4 656	4 669	4 795	+1,2	+2,3	47,4
Bremen	4 189	4 142	4 027	6 342	6 250	6 062	-3,9	-2,8	50,2
Hamburg	9 568	10 027	10 117	5 565	5 768	5 791	+5,7	+0,9	84,0
Hessen	28 055	28 094	28 913	4 620	4 611	4 758	+3,1	+2,9	74,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 579	8 493	8 311	4 850	4 958	4 886	-3,1	-2,1	45,8
Niedersachsen	31 391	31 559	31 222	3 954	3 942	3 904	-0,5	-1,1	69,5
Nordrhein-Westfalen	75 010	80 748	77 711	4 162	4 471	4 308	+3,6	-3,8	69,5
Rheinland-Pfalz	15 976	15 859	16 277	3 954	3 907	4 015	+1,9	+2,6	66,1
Saarland	4 292	4 428	4 668	4 022	4 207	4 459	+8,8	+5,4	58,2
Sachsen	18 944	19 107	19 530	4 300	4 461	4 582	+3,1	+2,2	51,5
Sachsen-Anhalt	12 369	12 375	11 994	4 758	4 983	4 882	-3,0	-3,1	47,7
Schleswig-Holstein	10 856	11 899	11 776	3 884	4 206	4 158	+8,5	-1,0	65,2
Thüringen	11 189	10 604	10 571	4 620	4 522	4 550	-5,5	-0,3	48,2
Deutschland	351 239	357 692	358 549	4 266	4 337	4 353	+2,1	+0,2	67,5
Westdeutschland	274 893	283 537	283 029	4 219	4 316	4 309	+3,0	-0,2	71,5
Ostdeutschland	85 750	84 121	83 097	4 992	5 014	4 977	-3,1	-1,2	47,6

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2006
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	17 700	18 988	19 133	1 676	1 769	1 781	+8,1	+0,8	41,6
Bayern	19 663	21 177	21 544	1 601	1 700	1 726	+9,6	+1,7	41,2
Berlin	7 188	6 642	6 279	2 124	1 958	1 847	-12,6	-5,5	30,7
Brandenburg	3 941	3 570	3 537	1 517	1 393	1 386	-10,3	-0,9	28,9
Bremen	1 329	1 279	1 261	2 012	1 930	1 898	-5,1	-1,4	31,3
Hamburg	3 275	3 372	3 336	1 905	1 940	1 910	+1,9	-1,1	33,0
Hessen	9 872	10 302	10 394	1 626	1 691	1 710	+5,3	+0,9	35,9
Mecklenburg-Vorpommern	2 846	2 649	2 406	1 609	1 546	1 414	-15,5	-9,2	28,9
Niedersachsen	12 027	12 263	12 319	1 515	1 532	1 540	+2,4	+0,5	39,5
Nordrhein-Westfalen	28 944	30 355	28 519	1 606	1 681	1 581	-1,5	-6,0	36,7
Rheinland-Pfalz	6 552	6 693	6 769	1 621	1 649	1 670	+3,3	+1,1	41,6
Saarland	1 814	1 801	1 750	1 700	1 711	1 672	-3,5	-2,8	37,5
Sachsen	6 231	6 153	6 092	1 414	1 436	1 429	-2,2	-1,0	31,2
Sachsen-Anhalt	4 400	3 807	3 761	1 692	1 533	1 531	-14,5	-1,2	31,4
Schleswig-Holstein	4 338	4 673	4 471	1 552	1 652	1 579	+3,1	-4,3	38,0
Thüringen	3 691	3 550	3 520	1 524	1 514	1 515	-4,6	-0,8	33,3
Deutschland	133 810	137 273	135 092	1 625	1 665	1 640	+1,0	-1,6	37,7
Westdeutschland	105 514	110 903	109 496	1 619	1 688	1 667	+3,8	-1,3	38,7
Ostdeutschland	28 297	26 371	25 595	1 647	1 572	1 533	-9,5	-2,9	30,8

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitions- quote 2006
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 876	3 569	3 873	462	333	361	-20,6	+8,5	8,4
Bayern	6 495	4 907	5 346	529	394	428	-17,7	+8,9	10,2
Berlin	372	351	335	110	104	99	-9,9	-4,6	1,6
Brandenburg	1 554	1 020	1 094	598	398	429	-29,6	+7,3	8,9
Bremen	271	144	103	410	217	155	-62,0	-28,5	2,6
Hamburg	575	519	442	334	299	253	-23,1	-14,8	4,4
Hessen	2 264	2 127	1 956	373	349	322	-13,6	-8,0	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	961	710	757	543	414	445	-21,2	+6,6	9,1
Niedersachsen	2 440	1 688	1 699	307	211	212	-30,4	+0,7	5,4
Nordrhein-Westfalen	4 530	3 704	3 470	251	205	192	-23,4	-6,3	4,5
Rheinland-Pfalz	1 674	1 086	1 144	414	268	282	-31,7	+5,3	7,0
Saarland	268	267	254	251	254	243	-5,2	-4,9	5,4
Sachsen	2 204	2 122	2 209	500	495	518	+0,2	+4,1	11,3
Sachsen-Anhalt	1 422	860	758	547	346	309	-46,7	-11,9	6,3
Schleswig-Holstein	929	842	849	332	298	300	-8,6	+0,8	7,2
Thüringen	1 329	948	1 028	549	404	442	-22,6	+8,4	9,7
Deutschland	32 164	24 865	25 319	391	302	307	-21,3	+1,8	7,1
Westdeutschland	24 322	18 853	19 136	373	287	291	-21,3	+1,5	6,8
Ostdeutschland	7 842	6 011	6 181	457	358	370	-21,2	+2,8	7,4

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Fin.-Saldo je
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	Einwohner 2006
	Mio. €			€			%		€
Baden-Württemberg	41 422	43 230	45 925	3 922	4 028	4 276	+10,9	+6,2	- 8
Bayern	49 071	50 966	54 186	3 997	4 091	4 342	+10,4	+6,3	150
Berlin	17 339	18 392	18 676	5 124	5 423	5 494	+7,7	+1,5	- 522
Brandenburg	11 378	11 545	12 007	4 381	4 506	4 703	+5,5	+4,0	- 92
Bremen	3 883	3 081	3 207	5 878	4 649	4 828	-17,4	+4,1	-1 234
Hamburg	8 141	9 656	10 231	4 735	5 554	5 857	+25,7	+6,0	65
Hessen	26 962	27 095	28 975	4 440	4 447	4 768	+7,5	+6,9	10
Mecklenburg-Vorpommern	7 931	8 095	8 333	4 483	4 725	4 899	+5,1	+2,9	13
Niedersachsen	27 170	28 344	31 143	3 422	3 540	3 894	+14,6	+9,9	- 10
Nordrhein-Westfalen	67 149	72 333	73 480	3 726	4 005	4 073	+9,4	+1,6	- 235
Rheinland-Pfalz	14 413	14 522	15 134	3 567	3 577	3 733	+5,0	+4,2	- 282
Saarland	4 190	3 640	3 866	3 927	3 459	3 693	-7,7	+6,2	- 766
Sachsen	18 775	19 202	21 087	4 261	4 483	4 948	+12,3	+9,8	365
Sachsen-Anhalt	11 198	11 225	11 630	4 307	4 520	4 734	+3,9	+3,6	- 148
Schleswig-Holstein	10 442	10 211	10 928	3 736	3 609	3 859	+4,7	+7,0	- 299
Thüringen	10 412	9 839	10 269	4 299	4 196	4 420	-1,4	+4,4	- 130
Deutschland	320 472	331 409	351 498	3 892	4 019	4 267	+9,7	+6,1	- 86
Westdeutschland	252 843	263 078	277 075	3 881	4 005	4 219	+9,6	+5,3	- 91
Ostdeutschland	77 033	78 298	82 002	4 484	4 666	4 912	+6,5	+4,7	- 66

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmequote 2006
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	30 342	31 261	34 210	2 873	2 913	3 185	+12,7	+9,4	74,5
Bayern	34 623	36 069	39 180	2 820	2 895	3 140	+13,2	+8,6	72,3
Berlin	8 035	8 190	9 114	2 374	2 415	2 681	+13,4	+11,3	48,8
Brandenburg	5 436	5 334	5 807	2 093	2 082	2 275	+6,8	+8,9	48,4
Bremen	1 765	1 815	2 023	2 672	2 739	3 046	+14,6	+11,5	63,1
Hamburg	6 724	7 434	8 501	3 911	4 276	4 866	+26,4	+14,4	83,1
Hessen	19 636	18 696	21 547	3 234	3 068	3 545	+9,7	+15,2	74,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 671	3 439	3 808	2 075	2 007	2 239	+3,7	+10,7	45,7
Niedersachsen	18 925	19 357	21 702	2 384	2 418	2 714	+14,7	+12,1	69,7
Nordrhein-Westfalen	47 379	49 810	54 000	2 629	2 758	2 993	+14,0	+8,4	73,5
Rheinland-Pfalz	9 301	9 732	10 767	2 302	2 397	2 656	+15,8	+10,6	71,1
Saarland	2 470	2 540	2 716	2 315	2 413	2 594	+10,0	+6,9	70,3
Sachsen	9 365	8 974	10 053	2 126	2 095	2 359	+7,3	+12,0	47,7
Sachsen-Anhalt	5 465	5 220	5 718	2 102	2 102	2 328	+4,6	+9,5	49,2
Schleswig-Holstein	6 844	6 920	7 681	2 449	2 446	2 712	+12,2	+11,0	70,3
Thüringen	5 024	4 729	5 094	2 074	2 017	2 193	+1,4	+7,7	49,6
Deutschland	215 006	219 522	241 921	2 611	2 662	2 937	+12,5	+10,2	68,8
Westdeutschland	178 009	183 634	202 327	2 732	2 796	3 081	+13,7	+10,2	73,0
Ostdeutschland	36 996	35 886	39 594	2 154	2 139	2 372	+7,0	+10,3	48,3

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt		Schulden/ Steuerrein. 2006
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05	
	Mio. €			€			%		Jahre
Baden-Württemberg	39 060	46 027	47 586	3 699	4 289	4 431	+21,8	+3,4	1,4
Bayern	30 605	37 743	37 569	2 493	3 030	3 011	+22,8	-0,5	1,0
Berlin	38 350	57 380	58 995	11 332	16 919	17 354	+53,8	+2,8	6,5
Brandenburg	15 311	18 602	18 778	5 895	7 260	7 356	+22,6	+0,9	3,2
Bremen	8 894	12 303	13 384	13 464	18 564	20 149	+50,5	+8,8	6,6
Hamburg	17 624	21 162	21 604	10 251	12 173	12 367	+22,6	+2,1	2,5
Hessen	30 581	38 201	37 244	5 036	6 270	6 128	+21,8	-2,5	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	10 248	12 766	12 547	5 793	7 452	7 376	+22,4	-1,7	3,3
Niedersachsen	44 663	55 469	56 277	5 626	6 928	7 037	+26,0	+1,5	2,6
Nordrhein-Westfalen	107 598	133 218	136 705	5 970	7 376	7 578	+27,1	+2,6	2,5
Rheinland-Pfalz	23 889	29 351	30 078	5 912	7 230	7 419	+25,9	+2,5	2,8
Saarland	7 099	8 991	9 695	6 653	8 543	9 261	+36,6	+7,8	3,6
Sachsen	15 725	17 100	15 739	3 569	3 992	3 693	+0,1	-8,0	1,6
Sachsen-Anhalt	17 713	22 513	22 485	6 813	9 065	9 153	+26,9	-0,1	3,9
Schleswig-Holstein	18 437	23 332	24 168	6 597	8 247	8 534	+31,1	+3,6	3,1
Thüringen	14 556	17 859	18 513	6 010	7 615	7 969	+27,2	+3,7	3,6
Deutschland	440 353	552 018	561 367	5 348	6 694	6 815	+27,5	+1,7	2,3
Westdeutschland	328 450	405 797	414 310	5 041	6 178	6 308	+26,1	+2,1	2,0
Ostdeutschland	111 903	146 220	147 057	6 514	8 715	8 808	+31,4	+0,6	3,7

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 541	13 455	13 119	143	143	143	-0,5	+0,0
Bayern	16 464	14 294	13 593	142	133	130	-8,7	-2,6
Berlin	11 605	10 637	10 024	405	367	338	-16,5	-7,8
Brandenburg	4 963	4 356	4 185	281	243	234	-16,6	-3,8
Bremen	1 819	1 717	1 648	312	313	299	-4,0	-4,3
Hamburg	4 486	3 824	3 849	284	236	239	-15,8	+1,2
Hessen	10 683	10 613	9 586	190	199	186	-1,8	-6,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 760	3 460	3 192	290	280	253	-12,9	-9,8
Niedersachsen	10 854	10 642	10 547	144	159	161	+11,9	+1,6
Nordrhein-Westfalen	27 429	25 271	24 967	164	165	167	+1,8	+1,1
Rheinland-Pfalz	4 768	4 525	4 541	133	139	143	+7,3	+3,0
Saarland	1 327	1 400	1 257	162	187	174	+7,5	-7,0
Sachsen	7 509	6 624	6 490	235	203	199	-15,2	-1,9
Sachsen-Anhalt	5 554	4 777	4 510	307	278	266	-13,3	-4,3
Schleswig-Holstein	3 820	3 693	3 487	149	160	154	+3,3	-4,2
Thüringen	4 881	4 218	4 206	281	252	256	-8,8	+1,6
Deutschland	134 463	123 506	119 201	183	180	177	-3,2	-1,6
Westdeutschland	96 191	89 434	86 594	158	160	158	+0,1	-0,8
Ostdeutschland	38 272	34 072	32 607	302	271	259	-14,4	-4,5

42. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2000 (April)	2004 (April)	2005	2000 (April)	2004 (April)	2005	05/00	05/04
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	271	296	308	26	28	29	+ 13,7	+ 4,1
Bayern	329	354	361	27	28	29	+ 9,7	+ 2,0
Berlin	133	152	149	39	45	44	+ 12,0	- 2,0
Brandenburg	94	100	100	36	39	39	+ 6,4	+ 0,0
Bremen	25	26	25	38	39	38	+ 0,0	- 3,8
Hamburg	55	63	63	32	36	36	+ 14,5	+ 0,0
Hessen	160	169	175	26	28	29	+ 9,4	+ 3,6
Mecklenburg-Vorpommern	70	72	75	39	42	44	+ 7,1	+ 4,2
Niedersachsen	199	217	224	25	27	28	+ 12,6	+ 3,2
Nordrhein-Westfalen	445	492	524	25	27	29	+ 17,8	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	113	114	121	28	28	30	+ 7,1	+ 6,1
Saarland	29	33	37	27	31	35	+ 27,6	+ 12,1
Sachsen	147	150	144	33	35	34	- 2,0	- 4,0
Sachsen-Anhalt	86	93	90	33	37	36	+ 4,7	- 3,2
Schleswig-Holstein	72	86	88	26	30	31	+ 22,2	+ 2,3
Thüringen	81	86	88	33	37	38	+ 8,6	+ 2,3
Deutschland	2 311	2 502	2 572	28	30	31	+ 11,3	+ 2,8
Westdeutschland	1 700	1 849	1 926	26	28	29	+ 13,3	+ 4,2
Ostdeutschland	612	653	646	36	39	39	+ 5,6	- 1,1

43. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 1 000 Kinder und Jugendliche			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 870	1 658	1 861	0,9	0,8	0,9	- 0,5	+ 12,2
Bayern	1 782	1 882	1 892	0,7	0,8	0,8	+ 6,2	+ 0,5
Berlin	3 806	1 273	1 342	6,9	2,5	2,7	- 64,7	+ 5,4
Brandenburg	1 722	1 344	1 264	3,9	3,6	3,5	- 26,6	- 6,0
Bremen	240	217	251	2,2	2,0	2,4	+ 4,6	+ 15,7
Hamburg	1 668	1 161	1 161	6,0	4,2	4,2	- 30,4	+ 0,0
Hessen	2 533	2 056	1 853	2,3	1,9	1,7	- 26,8	- 9,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 030	861	899	3,3	3,4	3,8	- 12,7	+ 4,4
Niedersachsen	2 063	2 060	2 088	1,3	1,4	1,4	+ 1,2	+ 1,4
Nordrhein-Westfalen	7 977	7 941	8 018	2,3	2,4	2,4	+ 0,5	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	585	530	582	0,7	0,7	0,8	- 0,5	+ 9,8
Saarland	166	144	160	0,9	0,8	0,9	- 3,6	+ 11,1
Sachsen	2 646	1 996	1 939	3,8	3,4	3,4	- 26,7	- 2,9
Sachsen-Anhalt	1 189	934	823	2,8	2,7	2,5	- 30,8	- 11,9
Schleswig-Holstein	1 308	847	1 023	2,4	1,6	2,0	- 21,8	+ 20,8
Thüringen	853	760	842	2,2	2,3	2,7	- 1,3	+ 10,8
Deutschland	31 438	25 664	25 998	2,0	1,8	1,8	- 17,3	+ 1,3
Westdeutschland	20 192	18 496	18 889	1,6	1,5	1,6	- 6,5	+ 2,1
Ostdeutschland	11 246	7 168	7 109	4,0	3,0	3,1	- 36,8	- 0,8

44. Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger nach SGB II (April)			Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger	
	2005	2006	2007	2005	2006	2007 ¹⁾	07/05	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	467 141	531 815	514 695	44	50	48	+ 10,2	- 3,2
Bayern	514 521	584 249	560 122	41	47	45	+ 8,9	- 4,1
Berlin	530 705	602 148	617 623	156	178	182	+ 16,4	+ 2,6
Brandenburg	321 578	353 737	351 447	126	138	138	+ 9,3	- 0,6
Bremen	93 616	102 671	100 827	141	155	152	+ 7,7	- 1,8
Hamburg	186 049	205 359	207 372	107	118	119	+ 11,5	+ 1,0
Hessen	417 721	461 776	466 521	69	76	77	+ 11,7	+ 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	272 009	288 935	284 223	159	169	167	+ 4,5	- 1,6
Niedersachsen	635 024	713 943	714 850	79	89	89	+ 12,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	1 509 875	1 694 146	1 716 483	84	94	95	+ 13,7	+ 1,3
Rheinland-Pfalz	233 231	268 661	264 321	57	66	65	+ 13,3	- 1,6
Saarland	79 776	89 040	88 405	76	85	84	+ 10,8	- 0,7
Sachsen	529 684	590 295	575 761	124	138	135	+ 8,7	- 2,5
Sachsen-Anhalt	372 178	398 890	388 449	151	161	158	+ 4,4	- 2,6
Schleswig-Holstein	239 093	264 091	261 056	84	93	92	+ 9,2	- 1,1
Thüringen	262 011	288 402	280 577	112	123	121	+ 7,1	- 2,7
Deutschland	6 664 212	7 438 158	7 392 732	81	90	90	+ 10,9	- 0,6
Westdeutschland	4 376 047	4 915 751	4 894 652	67	75	75	+ 11,9	- 0,4
Ostdeutschland	2 288 165	2 522 407	2 498 080	137	150	150	+ 9,2	- 1,0

¹⁾ Einwohner am 30.06.2006.

45. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2001	2005	2006 ¹⁾	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 704	6 498	8 809	1,6	6,1	8,2	+ 417,0	+ 35,6
Bayern	1 809	7 241	9 922	1,5	5,8	8,0	+ 448,5	+ 37,0
Berlin	439	3 149	5 100	1,3	9,3	15,0	+ 1 061,7	+ 62,0
Brandenburg	485	2 427	3 704	1,9	9,5	14,5	+ 663,7	+ 52,6
Bremen	174	1 035	2 051	2,6	15,6	30,9	+ 1 078,7	+ 98,2
Hamburg	411	2 119	2 668	2,4	12,2	15,3	+ 549,1	+ 25,9
Hessen	873	3 767	5 806	1,4	6,2	9,6	+ 565,1	+ 54,1
Mecklenburg-Vorpommern	210	1 889	2 680	1,2	11,0	15,8	+ 1 176,2	+ 41,9
Niedersachsen	1 903	9 599	12 574	2,4	12,0	15,7	+ 560,7	+ 31,0
Nordrhein-Westfalen	2 726	16 213	17 644	1,5	9,0	9,8	+ 547,2	+ 8,8
Rheinland-Pfalz	741	3 166	4 032	1,8	7,8	9,9	+ 444,1	+ 27,4
Saarland	297	1 494	1 752	2,8	14,2	16,7	+ 489,9	+ 17,3
Sachsen	426	3 241	4 601	1,0	7,6	10,8	+ 980,0	+ 42,0
Sachsen-Anhalt	374	2 565	3 807	1,4	10,3	15,5	+ 917,9	+ 48,4
Schleswig-Holstein	425	2 788	4 330	1,5	9,9	15,3	+ 918,8	+ 55,3
Thüringen	280	1 707	2 830	1,2	7,3	12,2	+ 910,7	+ 65,8
Deutschland	13 277	68 898	92 310	1,6	8,4	11,2	+ 595,3	+ 34,0
Westdeutschland	11 063	53 920	69 588	1,7	8,2	10,6	+ 529,0	+ 29,1
Ostdeutschland	2 214	14 978	22 722	1,3	8,9	13,6	+ 926,3	+ 51,7

¹⁾ Nachträgliche Änderungen der Länder wurden nicht berücksichtigt.

46. Bevölkerungsanteil der Hochbetagten

Land	Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren			Anteil der Hochbetagten an der Bevölkerung			Veränderung der Zahl der Hochbetagten	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	405 632	464 598	481 898	3,8	4,3	4,5	+ 0,7	+ 0,2
Bayern	484 321	551 492	567 458	3,9	4,4	4,5	+ 0,6	+ 0,1
Berlin	132 124	132 763	135 129	3,9	3,9	4,0	+ 0,1	+ 0,1
Brandenburg	83 974	94 998	99 233	3,2	3,7	3,9	+ 0,7	+ 0,2
Bremen	32 736	35 012	35 781	5,0	5,3	5,4	+ 0,4	+ 0,1
Hamburg	79 056	83 022	84 221	4,6	4,8	4,8	+ 0,2	+ 0,0
Hessen	244 364	280 184	289 793	4,0	4,6	4,8	+ 0,7	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	51 846	60 268	63 147	2,9	3,5	3,7	+ 0,8	+ 0,2
Niedersachsen	327 866	372 655	384 480	4,1	4,7	4,8	+ 0,7	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	695 781	798 205	827 547	3,9	4,4	4,6	+ 0,7	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	164 092	191 600	198 985	4,1	4,7	4,9	+ 0,9	+ 0,2
Saarland	42 254	50 474	52 205	4,0	4,8	5,0	+ 1,0	+ 0,2
Sachsen	194 498	217 881	226 067	4,4	5,1	5,3	+ 0,9	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	97 837	111 496	115 472	3,8	4,5	4,7	+ 0,9	+ 0,2
Schleswig-Holstein	121 057	134 533	137 537	4,3	4,7	4,9	+ 0,5	+ 0,1
Thüringen	87 365	101 639	105 889	3,6	4,4	4,6	+ 1,0	+ 0,2
Deutschland	3 244 803	3 680 820	3 804 842	3,9	4,5	4,6	+ 0,7	+ 0,2
Westdeutschland	2 597 159	2 961 775	3 059 905	4,0	4,5	4,7	+ 0,7	+ 0,2
Ostdeutschland	647 644	719 045	744 937	3,8	4,3	4,5	+ 0,7	+ 0,2

47. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		2001	2005	2006	2005	2006	06/01	06/05
		Anzahl			%		%	
Baden-Württemberg	609 837	5 473	5 773	5 678	60,1	59,9	+ 3,7	- 1,7
Bayern	673 682	5 751	5 483	5 399	65,9	64,9	- 6,1	- 1,5
Berlin	496 797	16 920	15 030	14 614	47,8	50,2	- 13,6	- 2,8
Brandenburg	222 783	9 475	8 868	8 727	58,8	58,6	- 7,9	- 1,6
Bremen	95 506	14 119	14 573	14 378	43,5	43,7	+ 1,8	- 1,3
Hamburg	236 547	18 569	14 111	13 541	46,2	47,0	- 27,1	- 4,0
Hessen	427 238	6 746	7 246	7 030	54,5	55,1	+ 4,2	- 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	152 298	10 370	9 298	8 953	59,2	60,4	- 13,7	- 3,7
Niedersachsen	603 597	7 152	7 519	7 548	55,7	55,5	+ 5,5	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	1 491 897	7 642	8 318	8 270	49,3	49,9	+ 8,2	- 0,6
Rheinland-Pfalz	298 818	6 501	7 332	7 371	61,3	62,6	+ 13,4	+ 0,5
Saarland	79 220	5 675	7 306	7 567	55,1	54,6	+ 33,3	+ 3,6
Sachsen	307 841	7 952	7 406	7 223	58,6	59,7	- 9,2	- 2,5
Sachsen-Anhalt	215 730	9 025	8 667	8 781	58,5	58,4	- 2,7	+ 1,3
Schleswig-Holstein	242 355	8 808	8 623	8 558	48,0	47,1	- 2,8	- 0,7
Thüringen	150 077	6 610	6 470	6 460	63,7	64,1	- 2,3	- 0,2
Deutschland	6 304 223	7 736	7 747	7 653	55,0	55,4	- 1,1	- 1,2
Westdeutschland	4 758 697	7 093	7 321	7 246	54,8	55,0	+ 2,2	- 1,0
Ostdeutschland	1 545 526	10 165	9 414	9 257	55,7	56,8	- 8,9	- 1,7

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

48. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	06/01	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	59 200	54 049	53 734	561	504	500	- 9,2	- 0,6
Bayern	89 733	75 240	74 384	731	604	596	- 17,1	- 1,1
Berlin	17 913	16 474	16 757	529	486	493	- 6,5	+ 1,7
Brandenburg	17 209	13 186	12 591	663	515	493	- 26,8	- 4,5
Bremen	4 060	3 599	3 669	615	543	552	- 9,6	+ 1,9
Hamburg	12 304	11 201	10 313	716	644	590	- 16,2	- 7,9
Hessen	36 866	33 563	32 542	607	551	535	- 11,7	- 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	12 345	9 567	9 004	698	558	529	- 27,1	- 5,9
Niedersachsen	52 659	45 922	44 215	663	574	553	- 16,0	- 3,7
Nordrhein-Westfalen	94 051	84 049	82 410	522	465	457	- 12,4	- 2,0
Rheinland-Pfalz	25 216	22 774	21 207	624	561	523	- 15,9	- 6,9
Saarland	6 871	6 741	6 384	644	640	610	- 7,1	- 5,3
Sachsen	24 537	20 551	20 027	557	480	470	- 18,4	- 2,5
Sachsen-Anhalt	15 308	13 350	12 974	589	538	528	- 15,2	- 2,8
Schleswig-Holstein	18 551	16 722	15 891	664	591	561	- 14,3	- 5,0
Thüringen	14 929	11 816	11 326	616	504	488	- 24,1	- 4,1
Deutschland	501 752	438 804	427 428	609	532	519	- 14,8	- 2,6
Westdeutschland	399 511	353 860	344 749	613	539	525	- 13,7	- 2,6
Ostdeutschland	102 241	84 944	82 679	595	507	495	- 19,1	- 2,7

Textteil II

Verflechtungen zwischen China und Niedersachsen

Der rasche wirtschaftliche Aufstieg Chinas ist einer der großen Megatrends, der weltweite Auswirkungen hat. Diese beziehen sich nicht nur auf die Wirtschaft. Auch die Fragen der Umweltpolitik, vor allem die Anstrengungen zur CO²-Reduzierung, und alle großen internationalen politischen Fragen sind ohne China und seine mehr als 1,3 Milliarden Menschen nicht lösbar. Das alte „Reich der Mitte“ mit seiner Jahrtausende alten Kultur nimmt im 21. Jahrhundert den Platz wieder ein, der ihm schon immer zustand und von dem es nur kurzzeitig durch den Kolonialismus Europas und später auch Japans verdrängt wurde. Heute ist China schon zur „Fabrik der Welt“ ge-

worden, richtet die nächsten Olympischen Spiele aus und ist – im Gegensatz zu Deutschland – in der Lage, Zukunftstechnologien wie den Transrapid innerhalb kürzester Zeit zu realisieren.

Diese rasanten Entwicklungen mit ihren fraglos nicht nur positiven, sondern teils hochproblematischen Auswirkungen haben auch Auswirkungen auf Niedersachsen. Im Folgenden werden in Form von Tabellen und statistischen Schaubildern Daten und Fakten gesammelt, die die Verflechtungen zwischen Niedersachsen und China und deren Entwicklung darstellen.

1. Chinesen in Niedersachsen

– Ergebnisse des Ausländerzentralregisters –

1.1 Chinesen 1980 bis 2006

Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt
1980	120	26	146
1985	297	132	429
1990	825	549	1 374
1995	1 072	727	1 799
2000	1 606	1 231	2 837
2005	3 011	2 525	5 536
2006	2 925	2 501	5 426

1.2 Chinesen am 31.12. 2006 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe von... bis unter ... Jahre	Männer	Frauen	Insgesamt
unter 15	93	104	197
15 bis 20	59	67	126
20 bis 25	581	515	1 096
25 bis 30	1 169	886	2 055
30 bis 50	914	833	1 747
50 bis 65	87	75	162
65 und älter	22	21	43
insgesamt	2 925	2 501	5 426

1.3 Chinesen am 31.12. 2006 nach Aufenthaltsdauer und Geschlecht

Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahre	Männer	Frauen	Insgesamt
unter 1 Jahr	312	253	565
1 bis 4	1 026	788	1 814
4 bis 6	802	748	1 550
6 bis 8	377	346	723
8 bis 10	117	103	220
10 und mehr	291	263	554
insgesamt	2 925	2 501	5 426

2. Bevölkerungsbewegungen

– Wanderungen, Geborene, Gestorbene, Eheschließungen, Einbürgerungen –

2.1 Wanderungen zwischen der VR China ¹⁾ und Niedersachsen 1985 bis 2006 nach Herkunfts- und Zielland sowie Staatsangehörigkeit

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon nach Staatsangehörigkeit		
				VR China ¹⁾	Deutsche	andere
Zuzüge						
1985	207	142	65	172	15	20
1990	675	440	235	597	38	40
1995	408	268	140	335	55	18
2000	1 013	587	426	931	69	13
2005	1 033	606	427	921	93	19
2006	822	480	342	714	91	17
Fortzüge						
1985	150	98	52	55	77	18
1990	372	282	90	292	57	23
1995	396	286	110	310	62	24
2000	410	273	137	313	84	13
2005	962	607	355	813	112	37
2006	937	626	311	777	116	44
Saldo						
1985	+57	+44	+13	+117	-62	+2
1990	+303	+158	+145	+305	-19	+17
1995	+12	-18	+30	+25	-7	-6
2000	+603	+314	+289	+618	-15	0
2005	+71	-1	+72	+108	-19	-18
2006	-115	-146	31	-63	-25	-27

1) Wanderungen über die Grenze des Bundesgebiets; bis 2000 einschließlich frühere britisch abhängige Gebiete in Asien (Hongkong).

2.2 Geborene und gestorbene Chinesen 1985 bis 2006

Jahr	Geborene		Gestorbene	Saldo
	insgesamt	dar. männlich		
1985	3	2	0	+3
1990	8	6	1	+7
1995	18	8	0	+18
2000	14	9	0	+14
2005	8	6	0	+8
2006	10	4	1	+9

2.3 Eheschließungen von Chinesen 1985 bis 2006 nach Staatsangehörigkeit

Jahr	Chinesischer Mann/ Deutsche Frau	Chinesische Frau/ Deutscher Mann	Chinese/Nicht- deutscher Partner	Insgesamt
1985	0	0	0	0
1990	0	3	0	3
1995	1	2	0	3
2000	0	22	8	30
2005	1	15	0	16
2006	1	15	3	19

2.4 Einbürgerungen von Chinesen 1985 ¹⁾ bis 2006

Jahr	Männer	Frauen	Insgesamt
1985	1	0	1
1990	1	2	3
1995	7	21	28
1996	13	26	39
1997	12	17	29
1998	17	23	40
1999	14	22	36
2000	54	58	112
2001	32	53	85
2002	38	43	81
2003	24	47	71
2004	20	44	64
2005	29	39	68
2006	19	57	76

1) Daten bis 1999 evtl. mit leichter Untererfassung; ab 2000 neues Staatsangehörigkeitsrecht.

3. Studenten

3.1 Chinesische Studenten in den Wintersemestern 1992/93 bis 2006/2007 nach Fächergruppen

WS	Männer	Frauen	Insgesamt	Darunter in den Fächergruppen			
				Sprach- und Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts-, Sozialw.	Mathematik, Naturw.	Ingenieurwissenschaften
1992/93	319	210	529	110	61	127	184
1993/94	283	201	484	69	69	117	184
1994/95	250	190	440	57	74	114	151
1995/96	239	182	421	49	71	107	146
1996/97	224	183	407	50	79	89	131
1997/98	222	195	417	51	77	106	124
1998/99	237	208	445	56	93	104	124
1999/00	259	267	526	88	112	122	125
2000/01	417	381	798	162	152	206	182
2001/02	794	636	1 430	330	277	288	372
2002/03	1 205	968	2 173	297	555	512	613
2003/04	1 564	1 224	2 788	253	674	658	1 011
2004/05	1 723	1 357	3 080	231	746	683	1 199
2005/06	1 700	1 380	3 080	212	725	643	1 282
2006/07	1 660	1 325	2 985	204	701	598	1 266

3.2 Abschlussprüfungen chinesischer Studenten 1993 bis 2006

Prüfungs-jahr	Insgesamt			Davon an			
	Männer	Frauen	insgesamt	Universitäten	Fachhochschulen	Kunsthochschulen	Hochschulen im Ausland
1993	32	9	41	36	1	2	2
1994	34	14	48	47	0	1	0
1995	22	7	29	24	2	1	2
1996	17	6	23	19	2	0	2
1997	31	19	50	40	8	0	2
1998	23	12	35	32	1	1	1
1999	31	9	40	40	0	0	0
2000	17	10	27	24	3	0	0
2001	36	19	55	52	1	2	0
2002	27	19	46	39	6	1	0
2003	27	37	64	52	10	2	0
2004	59	53	112	92	20	0	0
2005	95	90	185	132	47	6	0
2006	141	123	264	166	85	13	0

4. Verkehrsbeziehungen

4.1 Fluggäste (Einsteiger) nach China vom Flughafen Hannover 2002 bis 2006

Jahr	Anzahl
2002	11 181
2003	10 839
2004	14 447
2005	17 176
2006	18 195

4.2 Seeverkehr niedersächsischer Häfen mit China 2000 bis 2005 – Gütermenge des Empfangs in Tonnen

Jahr	Insgesamt	Davon nach				
		Bütsfleth	Cuxhaven	Emden	Nordenham	Wilhelmshaven
2000	54 762	50 182	693	3 107	780	-
2001	812	-	-	812	-	-
2002	68 654	231	-	820	63 895	3 708
2003	5 202	4 756	-	446	-	-
2004	2 597	-	-	2 597	-	-
2005	53 387	11 580	-	843	-	40 964
2006	12 971	-	-	1 971	11 000	-

Erläuterung: Die Mengen schwanken stark. Wichtigstes Empfangsgut ist Steinkohle; die hohen Werte von 2002 (Nordenham) und 2005 (Wilhelmshaven) gehen ausschließlich auf dieses Produkt zurück.

4.3 Seeverkehr niedersächsischer Häfen mit China 2000 bis 2005 – Gütermenge des Versands in Tonnen

Jahr	Insgesamt	Davon aus				
		Bütsfleth	Emden	Brake	Nordenham	Wilhelmshaven
2000	112 508	1 041	78 571	8 318	24 578	-
2001	127 739	4 089	85 493	-	24 979	13 178
2002	133 561	7 337	89 048	-	21 818	15 358
2003	120 392	-	63 544	10 618	44 367	1 863
2004	124 577	-	86 501	3 786	34 290	-
2005	128 601	32 350	75 071	2 307	18 873	-
2006	149 990	4 750	86 953	8 507	49 780	-

Erläuterung: Der wichtigste Ausfuhrhafen nach China ist Emden, und dort sind „Fahrzeuge“ die bei weitem wichtigste Gütergruppe. So waren 2006 tonnagemäßig 53 % aller Ausfuhren Fahrzeuge. Von Nordenham wurden vor allem Schlacken verschifft.

5. Außenhandel, Tourismus und Messen

5.1 Außenhandel Niedersachsens mit China 1993 bis 2006

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	insgesamt	darunter aus China	Anteil Chinas an der Gesamteinfuhr	insgesamt	darunter nach China	Anteil Chinas an der Gesamtausfuhr
	Mio. Euro		%	Mio. Euro		%
1993	20 468,3	404,6	2,0	26 866,4	587,3	2,2
1994	23 132,9	470,3	2,0	28 378,7	648,1	2,3
1995	25 200,7	528,7	2,1	31 083,1	1 039,3	3,3
1996	27 949,0	604,6	2,2	32 652,6	656,9	2,0
1997	31 170,5	749,7	2,4	35 125,5	493,0	1,4
1998	31 365,8	789,8	2,5	37 071,1	550,0	1,5
1999	32 714,4	909,2	2,8	39 837,1	662,0	1,7
2000	41 821,8	1 239,1	3,0	45 743,3	733,2	1,6
2001	44 779,9	1 332,4	3,0	48 604,0	956,5	2,0
2002	44 829,7	1 314,7	2,9	48 792,7	1 133,0	2,3
2003	46 797,5	1 484,0	3,2	51 284,8	1 588,8	3,1
2004	49 797,6	1 784,2	3,6	56 358,3	1 377,7	2,4
2005	54 654,7	2 216,3	4,1	60 345,9	1 094,8	1,8
2006	64 993,9	2 465,9	3,8	67 144,6	1 396,1	2,1

5.2 Außenhandel Deutschlands mit China 2006 nach Bundesländern

Ziel- bzw. Ursprungsland	Einfuhr (Generalhandel)	Ausfuhr (Spezialhandel)	Ausfuhr	Einfuhr
	Mio. Euro		%	
Deutschland insgesamt	49 299	27 520	100	100
Baden-Württemberg	5 194	4 643	10,5	16,9
Bayern	8 846	4 960	17,9	18,0
Berlin	430	373	0,9	1,4
Brandenburg	156	103	0,3	0,4
Bremen	1 007	214	2,0	0,8
Hamburg	4 578	2 223	9,9	8,1
Hessen	3 984	1 388	8,1	5,0
Mecklenburg-Vorpommern	127	112	0,3	0,4
Niedersachsen	2 466	1 396	5,0	5,1
Nordrhein-Westfalen	12 375	6 092	25,1	22,1
Rheinland-Pfalz	1 130	810	2,3	2,9
Saarland	262	346	0,5	1,3
Sachsen	335	722	0,7	2,6
Sachsen-Anhalt	280	314	0,6	1,1
Schleswig-Holstein	3 819	570	7,7	2,1
Thüringen	1 076	197	2,2	0,7
Warenverkehr ohne Länderzuordnung	3 235	3 058	6,6	11,1

5.3 Die wichtigsten Ausfuhr- und Einfuhrgüter im Außenhandel Niedersachsens mit China 2006

Hauptausfuhrgüter Niedersachsens im Handel mit China	1 000 EURO	Anteil an der niedersächsischen Gesamtausfuhr nach China (Prozent)
--	------------	--

1. Fahrgestelle, Karosserien, Kfz-Zubehör	327 760	23,5
2. Maschinen, anderweitig nicht genannt	95 523	6,8
3. Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	90 804	6,5
4. Papier und Pappe	89 595	6,4
5. Elektronische Bauelemente	82 985	5,9
6. Mess-, steuerungs-, regelungstechnische Erzeugnisse	53 132	3,8

Haupteinfuhrgüter Niedersachsens im Handel mit China	1 000 EURO	Anteil an der niedersächsischen Gesamteinfuhr aus China (Prozent)
--	------------	---

1. Bekleidung aus Baumwolle, ausgenommen Gewirke	137 276	5,6
2. Bekleidung aus Seide oder Chemiefasern	134 962	5,5
3. Fische und Krebstiere, Weichtiere etc.	125 054	5,1
4. Chemische Vorerzeugnisse, anderweitig nicht genannt	96 909	3,9
5. Eisen-, Blech- und Metallwaren, anderweitig nicht genannt	96 653	3,9
6. Möbel	94 879	3,8

6. Tourismus und Messen

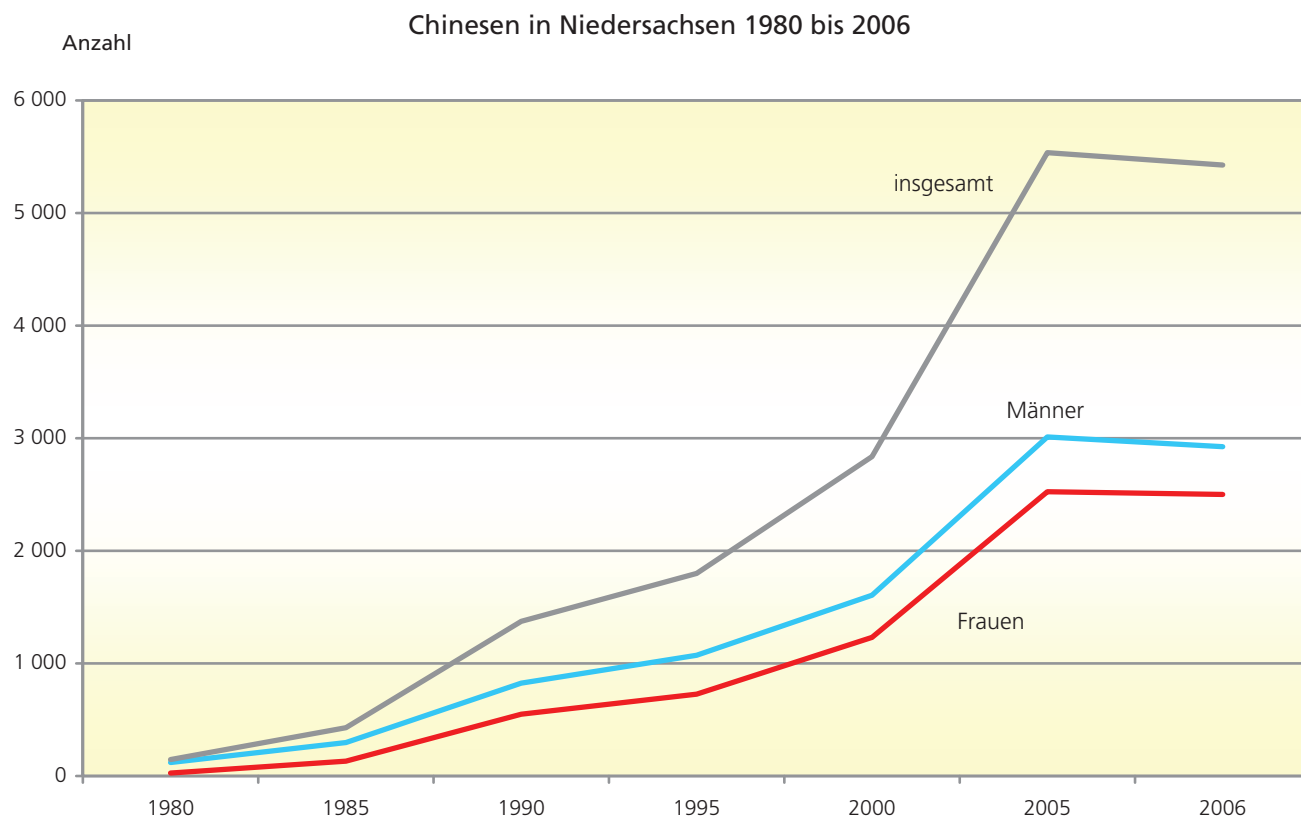
6.1 Ankünfte und Übernachtungen ¹⁾ von Gästen aus der VR China 1994 bis 2005

Jahr	Ankünfte	Über- nachtungen	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
1994	3 452	11 763	3,4
1995	2 960	10 627	3,6
1996	3 369	10 313	3,1
1997	3 593	11 341	3,2
1998	4 232	17 821	4,2
1999	5 450	17 125	3,1
2000	7 248	18 344	2,5
2001	5 747	18 959	3,3
2002	7 424	21 021	2,8
2003	6 395	20 715	3,2
2004	7 608	23 106	3,0
2005	9 842	29 827	3,0
2006	10 955	30 406	2,8

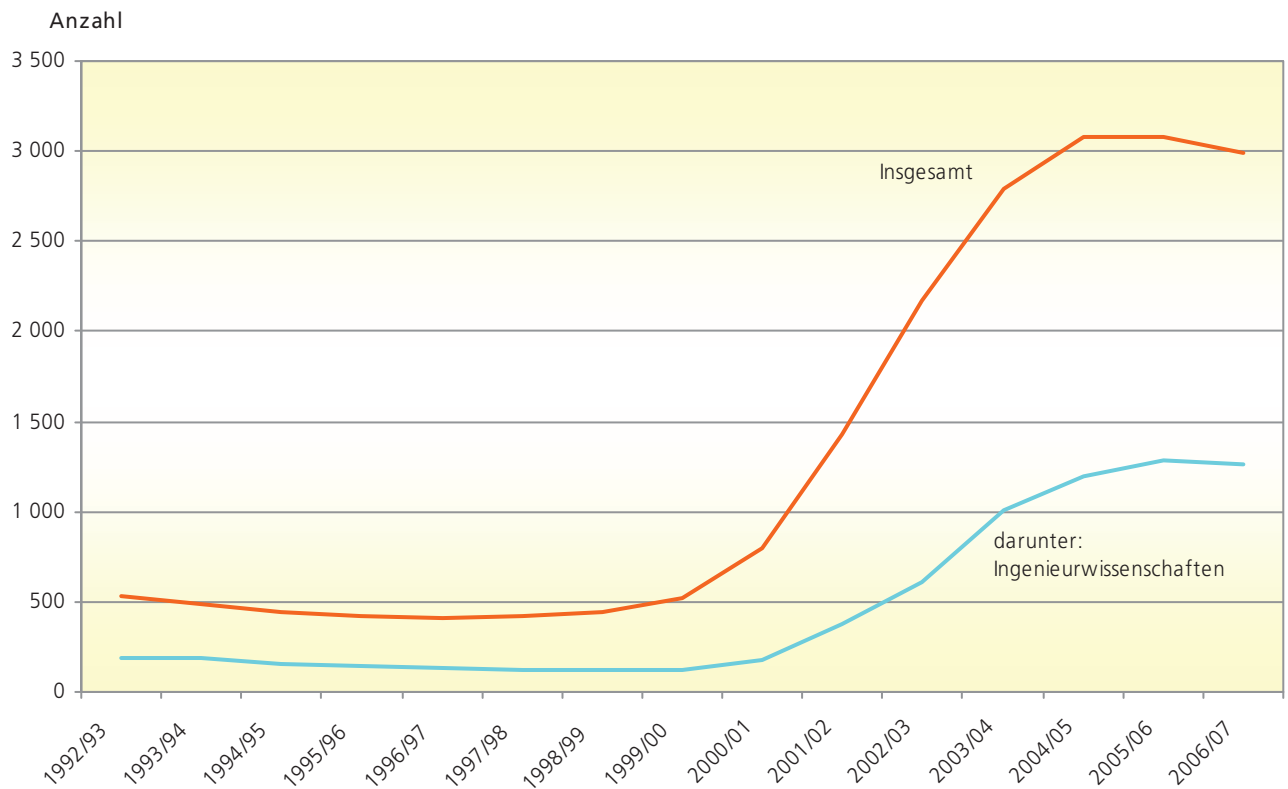
¹⁾ In Beherbergungsstätten ab 9 Betten, ohne Camping.

6.2 Chinesische Aussteller auf der Hannover-Messe und der CeBIT 1985 bis 2007

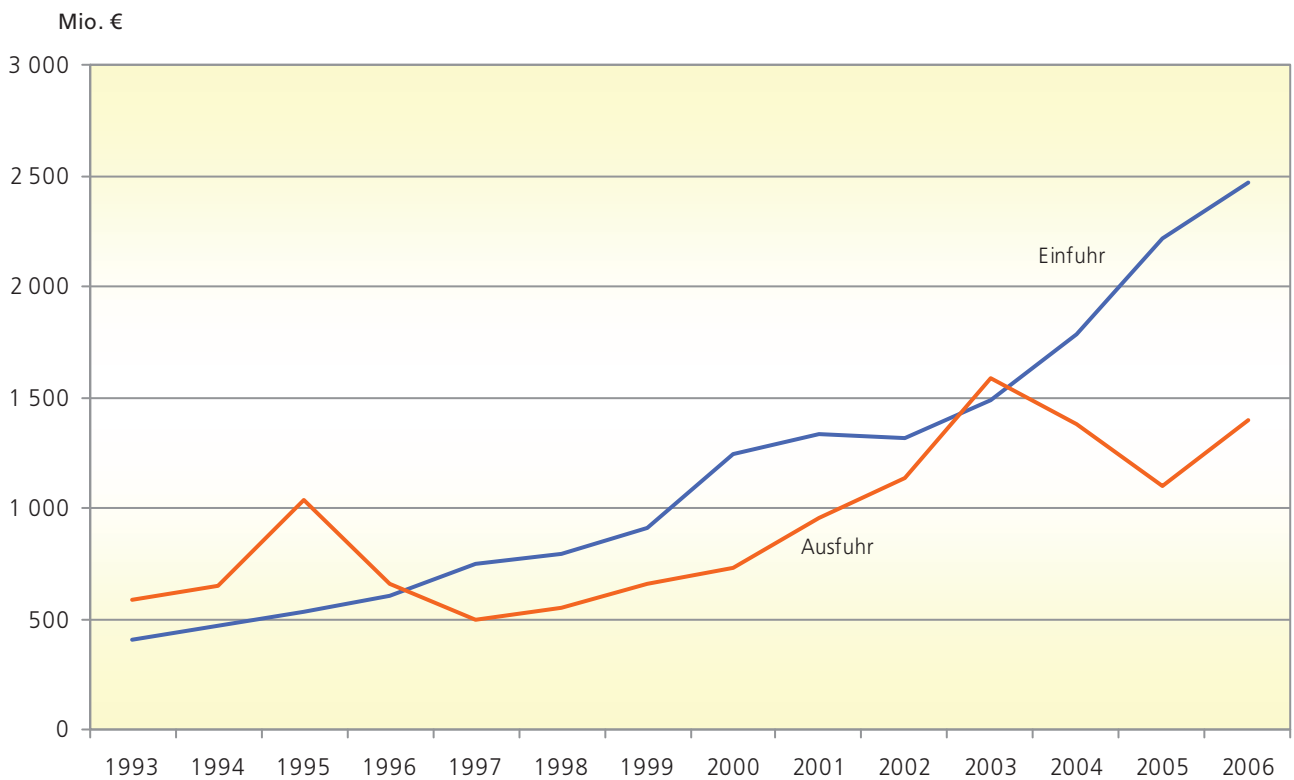
Jahr	Hannover-Messe		CeBIT	
	China	dar. Hongkong	China	dar. Hongkong
1985	5	1	x	x
1986	3	1	0	0
1987	25	1	7	7
1988	9	1	19	19
1989	6	3	34	28
1990	15	12	46	46
1991	22	10	88	85
1992	6	3	68	67
1993	6	2	74	73
1994	19	14	67	65
1995	34	23	71	68
1996	44	15	60	59
1997	72	22	73	69
1998	111	25	78	66
1999	159	21	90	73
2000	68	3	107	77
2001	150	2	109	84
2002	168	3	161	98
2003	294	4	224	113
2004	194	4	321	139
2005	331	9	474	170
2006	234	6	563	167
2007	458	7	448	162



Chinesische Studenten in Niedersachsen WS 1992/93 bis WS 2006/07



Außenhandel Niedersachsens mit China 1993 bis 2006



Chinesische Aussteller auf den hannoverschen Leitmessen 1985 bis 2007

